Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

15.August 1977
Jg.5 Nr.33

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 19 Gedruckt in Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21061 C

USA: Streik der Fleischpacker

Seit dem 16. Februar streiken rund 2 400 Arbeiter der IOWA-Fleisch-Verarbeiter (IBP) in Sioux-City, USA. Sie stehen damit zum dritten Mal innerhalb von acht Jahren im Streik; der erste Streik dauerte sieben, der zweite acht Monate. Die Arbeiter kämpfen gegen die unerträglichen Arbeitsbedingungen und für die Anerkennung der Gewerkschaft. Vor einigen Jahren haben die Kapitalisten der fleischverarbeitenden Industrie eine mächtige Rationalisierungswelle eingeleitet, die Produktion auf Fließbandarbeit umgestellt, die Arbeit intensiviert und gleichzeitig die gewerkschaftlichen Rechte der Arbeiter beseitigt. Die Arbeitszeit bei IBP beträgt 50 bis 60 Stunden die Woche, in anderen Betrieben oft sogar 15 bis 16 Stunden pro Tag. Für einen Lohn, der mehr als einen Dollar unter dem durchschnittlichen Lohn eines Industriearbeiters liegt, mußten die Arbeiter rund 180 Rinder pro Stunde zerlegen und verpacken. Unfälle sind an der Tagesordnung, die Unfallrate lag um 44% über dem Durchschnitt. Weder durch Spaltungsversuche noch durch den Einsatz von Streikbrechern noch durch gerichtliche Verbote und Verfügungen gelang es der IBP, den Streik zu brechen. Die Arbeiter antworteten mit Streikpostenketten, die militant gegen die Streikbrecher vorgehen und allen Angriffen der Polizei standhielten.

tungsversuche noch durch den Einsatz von Streikbrechern noch durch gerichtliche Verbote und Verfügungen gelang es der IBP, den Streik zu brechen. Die Arbeiter antworteten mit Streikpostenketten, die militant gegen die Streikbrecher vorgehen und allen Angriffen der Polizei standhielten.

Rohstoffräuber Sowjetunion

In nahezu 40 Ländern vor allem im Comecon-Bereich und in der Dritten Welt suchen von den russischen Sozialimperialisten ausgesandte Geologen nach Rohstofflagern. Seit 1970 haben diese für den sowjetischen Heißhunger auf fremde Rohstoffquellen 170 Lagerstätten und ca. 50 Erdöl- und Erdgasvorkommen entdeckt. Rund 40 verschiedene Rohstoffe von 137 Lagerstätten werden inzwischen abgebaut bzw. ihr Abbau vorbereitet. Zum Beispiel: *Erdöl* in Polen, Kuba, Syrien, Indien, Algerien, dem Irak, Afghanistan und Pakistan. *Steinkohle* in Nigeria, Vietnam und der Mongolei. *Eisenerz* im Iran und in Nigeria. *Bauxit* in Guinea. *Kupfer* in der Mongolei, in Kuba, Algerien und dem Kongo. *Gold* in der Mongolei, Afghanistan, Mali und Tansania.

Die Methode, mit der sie sich die fremden Reichtümer einverleiben, ist nahezu immer die gleiche. Haben ihre Geologen die Lagerstätten erkundet und die Vorräte berechnet, liefern die Sozialimperialisten die Ausrüstung zum Abbau und ihre „Experten" gleich mit. Auf Kredit. Diesen Kredit müssen die Länder mit Zins und Zinseszins mit langfristigen Rohstofflieferungen zu einem feststehenden Preis (dem zur Zeit des Vertragsabschlusses gültigen Weltmarktpreis) zurückzahlen. Der Sozialimperialisten Lohn für ihre „uneigennützige und brüderliche Hilfe": billige Rohstoffe, von fremden Völkern aus fremdem Boden geholt, und horrende Extraprofite, die mit jeder Steigerung der Weltmarktpreise wachsen.

Namibia: „Friedliebende" Imperialisten manövrieren

Seit Montag vergangener Woche finden Gespräche zwischen fünf imperialistischen Mitgliedstaaten des UN-Weltsicherheitsrats (USA, Kanada, BRD, Großbritannien, Frankreich) und der SWAPO, der Befreiungsorganisation der Völker von Namibia, statt. Die „Zukunft Namibias" stehe auf dem Spiel, man müsse jetzt einen „friedlichen Übergang" finden zur Mehrheitsregierung der Afrikaner. Die Imperialisten wollen Namibia zu einem „Modell gezielter Entwicklungshilfe der Industrienationen der westlichen Welt" machen. „Das setzt eine friedliche Übergangsphase in der politischen Entwicklung voraus", beschreibt „Blick durch die Wirtschaft" die Imperialistenabsichten. Der „Förder- und Freundeskreis Südwestafrika" der westdeutschen Imperialisten ist in „Deutsche SWA/Namibia-Vereinigung" umbenannt worden: damit der Übergang zum selbständigen Staat auf „friedliche Weise vonstatten geht". Wie diese „friedliche Übergangsphase" aussehen soll, haben die Imperialisten in Verhandlungen mit dem Rassistenchef Vorster in Südafrika vorher geklärt: Bis zu Wahlen, die ein UN-Kommissar beobachten soll, sollen südafrikanische Truppen im Land bleiben. Der Hafen Walvis Bay in Namibia, wichtigster Fischhafen des südafrikanischen Siedlerstaates, soll weiterhin in südafrikanischem Besitz bleiben.

Die SWAPO forderte den Abzug aller südafrikanischen Truppen. Sam Nujoma, Vorsitzender der SWAPO, erklärte die Verhandlungsbereitschaft der SWAPO. „Auf der anderen Seite sind wir auch zur Fortsetzung des bewaffneten Befreiungskampfes entschlossen."

„Menschen zu beschäftigen, ist für sich genommen kein Problem"

Korrektur der „Eckdaten" / Maßnahmen gegen „Arbeitslosigkeit und Auftragsmangel" / Änderung des Bundessozialhilfegesetzes

„Die Diskussion über mögliche neue Konjunkturhilfen hatten am deutschen Aktienmarkt am Donnerstag zu einer ausgeprägten Aufwärtsbewegung der Kurse geführt", meldet das „Handelsblatt" in der vergangenen Woche. „Bevorzugt gekauft wurden die Titel der Maschinenindustrie, der Kaufhäuser und der Banken."

Die Spekulation erblüht, während die Hohlheit des „Aufschwung"-Geredes und die zugrundeliegende Fäulnis der imperialistischen Ausbeuterwirtschaft in der BRD hervortreten.

Der „langsame Aufschwung" gehe in „Abflachung" über, sagen die Wirtschaftsexperten der Bourgeoisie. Für Mai/Juni meldet das Wirtschaftsministerium einen Rückgang der Auftragseingänge gegenüber den beiden Vormonaten um 2,5 %. Noch mehr sind die Bourgeois in Unruhe über eine Auftragsrückgang aus dem Ausland in Höhe von 6 % gegenüber Mai.

Die Arbeitslosigkeit ist gleichzeitig gewachsen um 41 650 im Juli auf 972 624, d.h. knapp eine Million.

monaten um 2,5 %. Noch mehr sind die Bourgeois in Unruhe über eine Auftragsrückgang aus dem Ausland in Höhe von 6 % gegenüber Mai.

Die Arbeitslosigkeit ist gleichzeitig gewachsen um 41 650 im Juli auf 972 624, d.h. knapp eine Million.

Bankiers und Monopolkapitalisten sind sich einig: Es muß etwas geschehen. Schmidt mußte die Minister aus dem Urlaub antreten lassen. Von „Steuererleichterungen" und „Investitionshilfen" ist die Rede. Der Staatshaushalt soll durch höhere Verschuldung die nötigen Beträge an die Kapitalisten zahlen, damit die Profite emporschießen und das Kapital Anlage findet.

Die Maßnahmen sollen rasch und konzentriert von seiten der Regierung der herrschenden Klasse getroffen werden. Sie müssen gegen die Arbeiterklasse und gegen den Druck der imperialistischen Konkurrenten durchgesetzt werden. Die Bourgeoispolitiker verlangen die Anwendung der Stabilitätsgesetze. Die Methode ist erprobt: aufgrund dieses Gesetzes hat sich die Bourgeoisie vor dieser großen Krise bereits Milliarden Lohngelder der Arbeiter unter dem Deckmantel des „Konjunkturausgleichs" für ihre Profitmacherei vorübergehend unter den Nagel gerissen.

Der Stachel der imperialistischen Konkurrenz drückt. Die westdeutschen Finanzkapitalisten werden von ihren Konkurrenten gefordert. Gerade versuchen die US-Imperialisten, sich per Abwertung des Dollar einen Vorteil im Handelskrieg gegenüber den westdeutschen Imperialisten zu verschaffen. Die westdeutschen Bourgeois können nur mithalten und ihre Positionen auf dem Weltmarkt ausbauen, wenn es ihnen gelingt, die Ausbeutung der Arbeiter in Westdeutschland drastisch zu verschärfen. Die japanischen Imperialisten kündigen die Verdoppelung ihrer Ausfuhr von Industrieanlagen und zu diesem Zweck ein „Wirtschaftshilfeprogramm" an. Die US-Imperialisten ziehen nach und verkünden „Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen" im Umfang von 32 Milliarden Dollar. Die französischen Imperialisten reagieren mit dem Verlangen nach Schutzzöllen.

Das versetzt die westdeutschen Imperialisten in Unruhe und ihre Politiker in Hektik. Die Gewinne der westdeutschen Imperialisten weisen gegenüber 1975 wieder steil nach oben. Das Zinsniveau ist drastisch gesunken. Die Kapitalisten schwimmen im Gelde. Sie drängen nach Kapitalanlage, um Profite zu machen. Die Profite, die sie brauchen, müssen genügen, um die imperialistischen Gegner auf dem Weltmarkt niederzukonkurrieren und den Kapitalexport zu steigern: „Das Drängen auf wirtschaftspolitische Aktivitäten aller möglichen Art (wird) immer stärker", erklärt der Professor Gutowski, eines der 5 Mitglieder des Sachverständigenrates zur Begutachtung der Konjunktur, von Wirtschaftsminister Friderichs kürzlich um ein „klärendes Wort" angeschrieben. Und das klärende Wort folgt prompt: „Man kann jedoch nicht genug betonen, daß die Diagnose im Prinzip die gleiche ist, wie im vergangenen Herbst: die Kosten, und hier insbesondere die Reallöhne, sind zu hoch, die Hoffnungen, daß der Lohnkostendruck nachlassen wird, sind gering – und das bei möglicherweise auch sonst gestiegenen Investitionsrisiken." (FAZ vom 6. August)

Die Löhne sind noch nicht tief genug gedrückt, die „Investitionsrisiken noch zu hoch" – das ist es, was die westdeutschen Kapitalisten stört und wovon sie sich „erleichtern" wollen:

„Die Umverteilung von Einkommen und das soziale Sicherheitsnetz

(Fortsetzung auf Seite 2)

Die irischen Volksmassen begrüßen die Gallionsfigur des britischen Imperialismus

32 336 Soldaten und Polizisten waren zur blutigen Unterdrückung der

Die irischen Volksmassen begrüßen die Gallionsfigur des britischen Imperialismus



32 336 Soldaten und Polizisten waren zur blutigen Unterdrückung der irischen Volksmassen aufgestellt worden, als Elisabeth II. im Rahmen der Besichtigungstournee der zusammengeraubten imperialistischen Reichtümer sich in Nordirland aufhielt. Dazu kamen Hubschrauber, ein Unterseeboot und eine Lenkwaffenfregatte. „Königin Elisabeth reist nach Nordirland wie einst Präsident Johnson nach Vietnam", stellt die „Süddeutsche Zeitung" treffend fest. Der britische Imperialismus wird in Irland das gleiche üble Ende durch den Kampf der Volksmassen nehmen wie der US-Imperialismus in Vietnam. Die Gallionsfigur des britischen Imperialismus konnte es nicht wagen, durch die Straßen zu fahren. Am ersten Tag des Besuchs sammelten sich mehrere tausend Demonstranten gegen die Beherrschung Nordirlands durch die britischen Imperialisten. Pünktlich zur selben Minute des Abmarsches explodierte an anderer Stelle eine Bombe der IRA gegen die britischen Besatzungstruppen. Schwere Straßenkämpfe gab es zwischen den Demonstranten und Polizisten, als diese den Zug anhalten wollten. (Bild)

An der Entschlossenheit des palästinensischen Volkes, seine Rechte zu erkämpfen, scheitern die Imperialisten

Die Vance-Mission im Nahen Osten

Die „Nah-Ost-Mission" des US-Außenministers Vance sei gescheitert, das Ergebnis bedeute einen Triumph für den israelischen Ministerpräsidenten Begin. So wurde das Ende der Rundreise von Vance in den Nahen Osten von der bürgerlichen Presse kommentiert. Wie geht das zu? Der Herr steckt eine Niederlage ein, die einen Sieg für seinen Hund bedeutet? Der Plan sollte die Herrschaft des US-Imperialismus über die arabischen Staaten und Völker sichern. Er ist gescheitert am Kampf des palästinensischen Volkes. Sein Scheitern steigert die Bedeutung Israels als Kettenhund des Imperialismus. Der Vance-Plan sah vor: Das palästinensische Volk soll eine „Heimstatt" auf dem Boden seines eigenen Landes bekommen, die entweder Teil des jordanischen oder des zionistischen Staates ist. Israel wird „bis zu einer Volksabstimmung über die künftige Zugehörigkeit das Mandat über das Gebiet übertragen." (FAZ, 2.8.77) Zweitens: Anstelle einer selbständigen Delegation sollen palästinensische Vertreter aus den besetzten Gebieten als Teil der jordanischen Delegation an den Genfer Verhandlungen teilnehmen. Israels Besatzung über Palästina sollte also nach dem Vorbild der „Schutzherrschaft" des südafrikanischen Rassistenregimes über Namibia international garantiert und anerkannt werden, und wenn diese Schutzherrschaft abläuft, dann, um die Palästinenser in eine „Heimstatt", vergleichbar den Bantustans in Azania oder den Reservaten für Indianer in Nordamerika, unter der Polizeigewalt entweder des zionistischen Siedlerregimes selbst oder des jordanischen Marionettenregimes einzupferchen. Das palästinensische Volk soll auf seine im Kampf aufgebaute Organisation verzichten und die arabischen Staaten sollen zu ihrer Zerschlagung beitragen. An ihre Stelle sollen bestochene und dem Imperialismus hörige Elemente treten.

Der Plan ist frech. Er ist von Carter und Begin in Washington ausgeheckt worden. Vom Rückzug Israels auch nur aus einem Teil der besetzten Gebiete ist nicht mehr die Rede. Stattdessen werden die arabischen Staaten mit offener erneuter Aggression bedroht, durch neue Waffenlieferungen an Israel einerseits, durch „mit allen staatlichen Mitteln" geschützte, neue zionistische Siedlungen in den 1967 besetzten Gebieten und Überfälle der israelischen Armee auf den Süden des Libanon andererseits.

Die US-Imperialisten hofften auf die Schwächung der Palästinenser im Libanon, auf die Spaltung der arabischen Staaten und Völker und auf ihre wirtschaftliche Abhängigkeit vom Imperialismus. Der ägyptische Präsident ist den amerikanischen Plänen ein Stück entgegengekommen, gleichzeitig hat er aber das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung nachdrücklich betonen müssen. Saudi-Arabien und Syrien haben die Pläne abgelehnt. Alle Regierungen haben sich in ihren Stellungnahmen mit der PLO beraten. Syrien hat in der Zeit der Vance-Reise weitere Vereinbarungen mit der PLO getroffen, die die Rechte der Palästinenser im Libanon und ihre Basen zum Kampf gegen Israel sichern. Die Organisationen in der PLO, auf deren Zerstrittenheit die Imperialisten so sehr hoffen, haben einen obersten Sicherheitsausschuß gebildet, um diese Basen gegen imperialistische Angriffe und Provokationen zu schützen und um den Kampf zu vereinheitlichen. Während Vance durch den Nahen Osten hastete, um die Palästinenser auszuschalten, mußte die bürgerliche Presse mehrfach von Angriffen der Palästinenser auf zionistische Einrichtungen berichten.

Die Vance-Mission ist gescheitert, wie alle imperialistischen Versuche bisher gescheitert sind, den Befreiungskampf des palästinensischen Volkes und das Unabhängigkeitsstreben der anderen arabischen Völker und Staaten trotz zahlreicher Rückschläge und Hindernisse zu brechen. Dieses Scheitern beweist den Imperialisten die Unsicherheit ihrer Vorherrschaft über die Länder der Dritten Welt und zwingt sie, ihrem Kettenhund Israel freies Spiel beim Angriff auf die arabischen Völker zu lassen.

Begin und Dayan, die neuen Häuptlinge des zionistischen Siedlerregimes, hatten als Kommandeure der zionistischen Terrortruppen mit Massenmorden und Massenvertreibungen entscheidenden Anteil an der Gründung und Ausdehnung der imperialistischen Kolonie Israel. Nach dem Vorbild der chilenischen Junta haben sie den imperialistischen Ökonomen Milton Friedman ins Land geholt, um die jüdische und arabische Arbeiterklasse in Palästina uneingeschränkt der Ausbeutung und Ausplünderung der imperialistischen Monopole auszuliefern und alle Reserven für die Fortsetzung des Krieges gegen die arabischen Völker zu mobilisieren. „Das ist die starke Hand, die das jüdische Volk spüren wollte", jubelt das Zentralorgan der westdeutschen Imperialisten, die FAZ, am 11.8.

Die sowjetischen Sozialimperialisten versuchen ununterbrochen, ihre militärische Stärke im Nahen Osten zu steigern, die Widersprüche zwischen den arabischen Staaten zu schüren und sie von sich abhängig zu machen. Sie sind an der Existenz des Staates Israel interessiert. Die US-Imperialisten brauchen unbedingt ihren festen Stützpunkt Israel als Basis für die Konkurrenzschlacht mit diesem Konkurrenten und für den bewaffneten Kampf um die Weltherrschaft, auf den sich alle Imperialisten vorbereiten. Der Befreiungskampf des palästinensischen und der anderen arabischen Völker treibt die Imperialisten dazu, ihre Aggression mit Hilfe der Söldnerführer Begin und Dayan rasch und unverhüllt voranzutreiben. Jeder Aggressionsakt schließt aber die arabischen Volksmassen enger zusammen in dem Ziel, jeglicher imperialistischen Herrschaft über ihre Länder ein Ende zu machen. – (S-Red)

Sofortige Aufhebung des Haftbefehls gegen Helga Rosenbaum!

Erklärungen für die Aufhebung des Haftbefehls gegen Helga Rosenbaum (Auszüge)

Sieben Soldaten der Tauberfranken-Kaserne in Lauda (Baden)

Lauda (Baden). „(...) Jeder, der sich gegen die herrschenden Verhältnisse auflehnt, soll ohne Verfahren eingesperrt werden können. Es ist ein Versuch, die Arbeiter und das Volk genauso rechtlos zu machen, wie es die Soldaten sind.

Wir Soldaten finden uns nicht ab mit Befehl und Gehorsam, Hungersold, Schikanierung, Kasernierung und Bestrafung bei dem geringsten Widerspruch. Soldaten sind Arbeiter, sie wollen es bleiben. Wir fordern gewerkschaftliche und politische Rechte in der Armee!

Dagegen sind die Offiziere und die Regierung der Kapitalisten. So haben sie den Haftbefehl, den sie am Soldaten- und Reservistentag in München gegen den Reservisten Hellmuth Kaiser verhängt haben, immer noch nicht aufgehoben. Damit und mit dem Haftbefehl gegen Helga Rosenbaum, mit der Strafverfolgung und Einkerkerung sollen die Massen zum Stillhalten gebracht werden."

AStA der Universität Heidelberg

Heidelberg. „(...) Es kann also keine Rede davon sein, die Haft müsse das Erscheinen von Helga Rosenbaum vor Gericht gewährleisten. Das Gericht sagt, es sei nicht gesichert, daß sie nicht ständig ihr persönliches Interesse über ihr Erscheinen vor Gericht stellt. Mit dieser Begründung kann sie auf Dauer in Haft gehalten werden, solange noch Verfahren gegen sie laufen. Helga Rosenbaum wurde bereits von Heidelberg nach Schwäbisch Gmünd verlegt!

Das Gericht stützt sich auf Bestimmungen des Haftrechts, die den Richter darüber entscheiden lassen, ob jemand die Absicht habe, sich dem Gericht zu entziehen, ob er einen ‚festen Wohnsitz' und ‚erkennbare soziale Beziehungen' habe etc.

Der Haftbefehl gegen Helga Rosenbaum ist unserer Meinung nach eine eindeutige Willkürmaßnahme der Justiz.

Er reiht sich ein in die Bestrebungen der Justiz gerade gegen politische Gegner die Gesetze in exzessiver Weise auszulegen. So wurde Hellmuth Kaiser (Student aus Heidelberg) nach der Demonstration der Soldaten- und Reservistenkomitees in München festgehalten, weil das Wohnen in einer Wohngemeinschaft keine erkennbare soziale Beziehung darstellt.

Die Heidelberger Gerichte, bekannt durch besondere Prozeßführung und Straffestsetzung bei den HSB-Prozessen, haben während der Auseinandersetzungen am Germanistischen Seminar Studenten einen Tag in Haft gehalten und von der Straße weg verhaften lassen.

Wir fordern daher: Sofortige Aufhebung des Haftbefehls gegen Helga Rosenbaum! 10. August 1977"

40 Arbeiter und Angestellte bei Teroson

„(...) Helga Rosenbaum wurde am 26. Juli verhaftet wegen Nichterscheinens vor Gericht, als sie vor Gericht erschien, weil sie angeklagt war, OB Zundel beleidigt zu haben durch die Tatsachenfeststellung: Er sei Kumpan der US-Kriegsverbrecher und sein Name stehe in Heidelberg für Ausplünderung und Unterdrückung, für Despotie und Niedertracht. Abgesehen davon, daß das, was sie über Zundel gesagt hat, stimmt, ist die Verhaftung eine bloße Willkürmaßnahme. Mit solch einer Begründung (Nichterscheinen vor Gericht, wenn einer vor Gericht erscheint) kann jeder Arbeiter, der für seine Interessen kämpft, jeder Revolutionär von der Straße weg verhaftet werden, und das bereiten die Kapitalisten und ihr Staat vor.

Das paßt genau zu dem Verhör von drei unserer Kollegen durch die Personalabteilung, weil sie auf der Betriebsversammlung die Mißstände in ihren Abteilungen richtig vorgebracht haben ... Die Taktik und das Ziel sind jedesmal gleich: Die Kapitalisten und ihr Staat wollen in Ruhe ihre Ausbeutungs- und Unterdrückungsgeschäfte betreiben, wir aber nehmen dagegen den Kampf auf. Deshalb sollen die Fortgeschrittensten von uns mundtot gemacht bzw. hinter Gitter gebracht werden. Das können wir nicht zulassen und fordern deshalb: Sofortige Aufhebung des Haftbefehls gegen Helga Rosenbaum! Nieder mit dem Haftrecht des bürgerlichen Staates!"

Weitere Erklärungen

Weitere Erklärungen gegen die Verhaftung von Helga Rosenbaum, für die sofortige Aufhebung des Haftbefehls haben wir unter anderem bekommen von

24 Teilnehmer einer Veranstaltung gegen die Wehrdienstnovelle in Flensburg; 6 Arbeitern von Jacobs in Bremen; 4 Beschäftigten aus dem Rotkreuz-Krankenhaus in Bremen; 40 Teilnehmern der öffentlichen Sitzung des Komitees gegen die Fahrpreiserhöhungen bei der Bremer KVAG; 20 Studenten der Bremer Universität sowie vom Studiengangausschuß Kunst/Musik; 3 Arbeitern der Firma Gehe & Co. Celle; 3 Arbeitern von Telefunken Celle; 3 Beschäftigten bei Engelking in Celle; 12 Beschäftigten des Anna-Stifts Hannover; 12 Studenten der Technischen Universität Hannover; vom Untersuchungsausschuß (ein koalitionsmäßiger Zusammenschluß) der Studenten an der Technischen Fachhochschule in Westberlin; 18 Arbeitern von VW Wolfsburg. 39 weitere Unterschriften aus Wolfsburg erreichten uns; 13 Beschäftigte an Krankenanstalten in Braunschweig; 9 Angestellte der Technischen Universität Braunschweig; 51 Studenten der Technischen Universität Braunschweig; 39 Studenten der Technischen Universität Clausthal-Zellerfeld; das Komitee gegen die Atommülldeponie Asse in Wolfenbüttel; 29 Unterschriften aus Wolfenbüttel; 69 Unterschriften aus Seesen, 12 aus Salzgitter, 28 aus Peine; die Untergruppe Wesel der Bürgerinitiative Wesel gegen Kernkraftwerke; 5 Arbeiter der Merz-Werke Frankfurt; 4 Arbeiter der Iliana-Druckerei Frankfurt; Betriebsgruppe Rotkreuzkrankenhaus Frankfurt der ÖTV; 8 Arbeiter bei Merck Darmstadt; 6 Beschäftigte der Technischen Hochschule Darmstadt; 5 Arbeiter bei Bosch-Fernseh in Darmstadt; 20 Unterschriften aus Koblenz, 5 Beschäftigte am Stadtkrankenhaus Ludwigshafen; 9 Beschäftigte der Mannheimer Morgen Großdruckerei; 5 Arbeiter von PWA Mannheim; 8 Arbeiter von Daimler-Benz Mannheim; 13 Beschäftigte beim Springer-Verlag Heidelberg; 20 Bewohner der Benz-Baracken in Mannheim; 14 Beschäftigte der Universitätskliniken in Heidelberg; die Selbstverwaltung des Studentenwohnheims Collegium Academicum in Heidelberg; die Instititutsgruppe Biologie, die Fachschaft Mathematik, die Diskussionsgruppe Anglistik, die Fachschaft Physik, alle an der Universität Heidelberg; 15 Anwohner der Siemens- und Industriestraße in Heidelberg; 8 Arbeiter bei Freudenberg in Weinheim; 18 Unterschriften aus Waiblingen, davon 8 von Beschäftigten bei Bosch; 33 von 36 Lehrlingen von drei Gruppen aus dem Erziehungsheim des Caritas-Verbandes in Schelklingen; 12 Teilnehmer einer Veranstaltung des Jugendzentrums Waldkirch; Studenten des 6. Klinischen Semesters an der Universität Freiburg; 4 Unterschriften aus Rosenheim; 8 Studenten der Universität München.

Nachdem am 30. Juli 500 gegen die Inhaftierung von Helga Rosenbaum demonstriert hatten, fand am 12. August eine Veranstaltung mit 650 Teilnehmern in Mannheim statt für die sofortige Aufhebung des Haftbefehls gegen Helga Rosenbaum, für die Einstellung aller Verfahren gegen Helga Rosenbaum und gegen das Haftrecht des bürgerlichen Staates. Aufgerufen hatte zu dieser Veranstaltung eine Aktionseinheit von etwa 25 Organisationen und Körperschaften aus dem Raum Heidelberg-Mannheim sowie der Bezirksverband Unterer Neckar des KBW und seine Massenorganisationen. Auf der Veranstaltung hielt das Hauptreferat der Sekretär des ZK des KBW, Genosse Schmierer. Es sprachen weiter Eberhard Kempf, inzwischen von der Verteidigung wegen angeblicher Doppelverteidigung ausgeschlossener Anwalt von Helga Rosenbaum, sowie Vertreter der Aktionseinheit, die über ihren Kampf gegen die Politik des Gemeinderates in Heidelberg, gegen die Politik des bürgerlichen Staates und über die Verbindung mit dem Kampf gegen die Inhaftierung von Helga Rosenbaum sprachen. Der Prozeß gegen Helga Rosenbaum findet statt am Montag, dem 15. August, um 8.30 Uhr im Amtsgericht Heidelberg.

„Neue Mode"

„Das Kaufen auf Pump wird wieder Mode: Bereits in den ersten sechs Monaten 1977 haben wir Hannoveraner mehr Kredite bei den Banken und Sparkassen geholt als im ganzen Jahr 1976. Die Stadtsparkasse Hannover meldet eine Steigerung um 18,6 %. Schulden ‚wie Könige' machen die Hannoveraner in erster Linie, weil sie sich ein Auto kaufen wollen. Dann folgen: neue Möbel, Farbfernseher, Stereoanlage, Geschirrspüler und Waschmaschine. (...) Erstaunlich: Den Urlaub läßt man sich offenbar nicht mehr von der Sparkasse finanzieren." (Hannoversches Wochenblatt, 28.7.)

Nichts ist daran erstaunlich. Urlaubsreisen fallen für viele flach. Das Hinabdrücken ins absolute Elend ist im Kapitalismus gesetzmäßig, solange die Arbeiterklasse nicht durch Kampf Schranken setzt. Mit der Verschärfung der Ausbeutung und der Einbeziehung der ganzen Familie in den Ausbeutungsprozeß hat sich der Umfang der Lebensmittel, die für die Wiederherstellung der Arbeitskraft erforderlich sind, erweitert. Waschmaschine, Auto usw. sind kein Luxus, sondern notwendige Voraussetzung für die Reproduktion.

Die Bourgeoisie verhöhnt die Arbeiterklasse. Was Folge der elenden Lage der Arbeiterklasse und der breiten Volksmassen ist, macht sie zum Modetriller.

Ablenken von den Zusammenhängen ist das Ziel.

Ein Stauer im Bremer Hafen verdient bei 168 Stunden im Monat 1 300 DM netto, einschließlich Schmutz- und Schichtzulage. Der Arbeiter hat Schulden: 4 000 DM Kreditschulden bei der Sparkasse, er hat diesen Kredit aufgenommen für die Einrichtung einer Wohnung, das ist schon vier Jahre her. 1 000 DM Schulden beim Otto-Versand für eine Stereoanlage, 1 200 DM beim Krankenhaus, weil er nicht versichert war, als er für den Bertelsmann Bücherring gearbeitet hat. 300 DM beim Zahnarzt, 1 000 DM bei seiner Mutter und 100 DM bei seiner Schwester. Er muß Doppelschichten kloppen. Lohn bekommt er nur für die Reproduktion auf einen Achtstundentag, die Überstunden bezahlt er mit seiner Lebenskraft.

Der Lohn reicht nicht zur Reproduktion der Arbeiterklasse.

Die gegenwärtige Reproduktion wird bestritten aus dem zukünftigen
wird bestritten aus dem zukünftigen
Lohn, Lebenskraft wird zugesetzt. In den Betrieben führt eine solche „Wirtschaft" zum Knall, der Arbeiter bezahlt sie mit seinem frühen Tod.

„Die Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol ist zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisierung und moralische Degradation auf dem Gegenpol, d.h. auf der Seite der Klasse, die ihr eigenes Produkt als Kapital produziert." (Kapital Band I, S. 675)

„Bonn will Freigrenzen für Pfändungen erhöhen", schreibt das „Handelsblatt" vom 1.8., „damit den Schuldnern im Falle einer Pfändung des Lohns ausreichende Mittel zur Bestreitung ihres Lebensunterhalts und des Lebensunterhaltes ihrer Familie verbleiben."

Ein Eingeständnis, daß breite Teile der Volksmassen ein elendiges Dasein fristen, und anknüpfend daran ist die geplante Gesetzesänderung ein neuer Angriff der imperialistischen Bourgeoisie: Vom Lohn verbleibt dann gerade so viel, daß Sozialhilfe gespart wird. Gleichzeitig wird für ein „menschenwürdiges Leben" in diesem „Sozialstaat" eine neue Marke gesetzt. Sie soll unter den Sozialhilfesatz gedrückt werden. „ ... der Regierungsentwurf (hat) die neuen Pfändungsgrenzen weitgehend mit den Sozialhilfesätzen koordiniert (allerdings werden im Sozialhilferecht individuelle Verhältnisse stärker berücksichtigt, als im Zwangsvollstreckungsrecht.)", gibt das „Handelsblatt" die Richtung an.

Die Arbeiterklasse muß den Lohnkampf führen.

„Menschen zu beschäftigen, ist für sich genommen kein Problem"

(Fortsetzung von Seite 1)

sorgen dafür, daß die Härten, die sich daraus für die weniger Erfolgreichen ergeben, in erträglichen Grenzen bleiben. Diesen muß aber zugemutet werden, daß sie sich vorübergehend mit weniger Einkommen begnügen und ... jene Qualifikationen erwerben, die gesucht sind."

Der Rat des Professors Gutowski fällt aus wie gewünscht: eine Lohnsenkung ist fällig.

Die Bundesanstalt für Arbeit ist sofort mit einer „Strukturanalyse" zur Seite:

„Die Anforderungen von Firmen und Verwaltungen an die allgemeine und berufliche Qualifikation von Arbeitskräften sind im Vergleich zu früher gestiegen. Demgegenüber setzt sich der Personenkreis der Arbeitslosen im Gefolge der langen Abschwächungsphase und der personellen Umschichtung in den Betrieben zunehmend aus Erwerbspersonen zusammen, die diesen Anforderungen nicht genügen."

Das bayrische Arbeitsministerium endlich wird konkret: „Hier mitzuhelfen, ‚schwarze Schafe' herauszufinden, seien Arbeitgeber, Gewerkschaften, Parteien und die Bundesanstalt für Arbeit aufgerufen." Aber nicht nur die „unechten Arbeitslosen" sind schuld; vor allem ist es die „Tarifpolitik der letzten Jahre": „daß immer häufiger Sockelbeträge als Mindestanhebung vereinbart worden seien. Das habe vor allem einfache Arbeiten überdurchschnittlich verteuert und den Anreiz zum Wegrationalisieren solcher Arbeitsplätze verstärkt." (Süddeutsche Zeitung vom 6.8.)

Lohnsenkung in den Tarifrunden durchzudrücken, ist das Ziel. In den Worten des „Sachverständigen" Professor Gutowski: „Lohnsteigerungen, die einige Jahre hinter dem Produktivitätszuwachs zurückbleiben."

Dafür muß die Arbeiterklasse gespalten werden. Die Linie zeichnet sich schon ab: in Arbeitslose und Arbeiter, die Arbeit haben. Aber das reicht nicht. Hinzukommen muß die Spaltung in Arbeiter mit „einfachen Arbeiten" und Facharbeitern unter den beschäftigten Arbeitern. Unter den Arbeitslosen in „echte" und „unechte" und in solche, „die den Anforderungen genügen", und solche, die „den Anforderungen nicht entsprechen".

Damit diese Spaltung auch die richtige Schärfe gewinnt, muß nachgeholfen werden: Hunderttausende Arbeitslose sind bereits abhängig von der Sozialfürsorge. Deshalb: „Kosten der Sozialhilfe sollen gebremst werden."

„Menschen zu beschäftigen, ist für sich genommen kein Problem", gibt Professor Gutowski sachverständige Auskunft. Die „Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen" laufen.

Um diese Ziele durchzusetzen, geht der herrschenden Klasse die Aufblähung ihres Staatshaushaltes durch weitere Verschuldung über die gegenwärtigen 291,6 Milliarden glatt von der Hand. Die „Investitionshilfen" locken.

„Die Beurteilung der geplanten Steuermaßnahmen ist in Bankkreisen noch sehr zurückhaltend, zumal wichtige Einzelheiten noch nicht klar waren", teilt die FAZ, das Sprachrohr der Finanzbourgeoisie, mit und fordert: „unter Berufung auf die „Verantwortung der Tarifparteien ... müssen die Gewerkschaften etwaige Steuernachlässe bei der nächsten Lohnrunde voll berücksichtigen".

Die Gewerkschaftssozialdemokraten machen bei dem Betrugsmanöver zur Durchsetzung der Lohnsenkung und zur weiteren Spaltung der Arbeiterklasse mit: „Eine kräftige Stärkung der Massenkaufkraft durch Steuersenkung könnte dem größten Teil der rund eine Million Arbeitslosen wieder Arbeit bringen", erklärt Loderer und versucht die Arbeiterbewegung zu einer Wetterfahne der Programme zu machen, die die bürgerlichen Politiker hinausblasen, um die Profite der Kapitalistenklasse in die notwendige Höhe für den imperialistischen Konkurrenzkampf zu treiben.

Für die herrschende Klasse sind die Andeutungen von „Steuererleichterungen" nichts weiter als Zündung für die Profitexplosion. Sie sind ein ausgezeichnetes Mittel, um mit Hilfe der Gewerkschaftssozialdemokraten die Arbeiterbewegung angesichts der bevorstehenden wirtschaftlichen Kämpfe im Herbst zu betrügen und zu spalten: Was sind schon 10 % Mindereinnahmen auf die Steuersumme als Preis der Kapitalisten für eine gespaltene Gewerkschaftsbewegung, die nicht mehr die Kraft hat, die Durchsetzung einer Tariflohnerhöhung von 200 DM in der Stahlindustrie und jetzt einer Lohnerhöhung von 60 Pfennig für die Metallindustrie zu erzwingen? 10 % Lohnsteuermindereinnahmen und eine im Lohnkampf geschlagene Gewerkschaftsbewegung: für die Kapitalistenklasse ist das keine Frage. Beschlossen werden soll es sowieso, wenn überhaupt, vorübergehend und aufhebbar, per Stabilitätsgesetz. Für die Arbeiterklasse steht die Frage genausowenig offen. Die Profitexplosion kann nur stattfinden auf den Knochen der Arbeiter. Die notwendige Kraft, um sich dagegen zur Wehr zu setzen, und die notwendigen Lebensmittel zur Existenz gewinnt die Arbeiterklasse nur durch Zusammenschluß im Kampf um den Lohn.

Witteveen-Fonds – zweierlei „Gläubiger"

Helmut Schmidt hat es schon in der Regierungserklärung verkündet, daß die Bundesregierung auch weiterhin Zahlungsbilanz„hilfen" an andere Staaten vergeben werde. Führend hat sich daher die BRD an der Schaffung eines neuen Kreditfonds über 10 Milliarden Dollar im Rahmen des Internationalen Währungsfonds beteiligt. Sieben imperialistische Länder in der Reihenfolge USA, BRD, Japan, Schweiz, Kanada, Belgien, Niederlande sowie sieben Länder der OPEC geben das Geld an den Währungsfonds, der es an völlig verschuldete Länder, die ihre Wareneinfuhr nicht mehr bezahlen können, weiterverleiht.

Wilfried Guth, Amtskollege des verblichenen Jürgen Ponto bei der Deutschen Bank, hat sich in einem Vortrag vor dem Münchener Herren-Club über die Vorteile dieses neuesten „Hilfs"-fonds ausgelassen. An die Erpressung dachte er zuerst: „Nur der IWF könne, was die Stabilisierung der Defizitländer angehe, Auflagen machen." Ganz allein trauen sich die westdeutschen Finanzgrößen nicht. Immerhin haben sie den Kreis der Bundesgenossen, mit denen sie die Beute teilen müssen, eingeschränkt. Faktisch geben die Bankiers der USA, Westdeutschlands und Japans den Ton an. Sie wollen die Schuldenlast auf Italien, Großbritannien und Frankreich vermehren, um gegenüber diesen geschwächten Räuberkumpanen in der Ausbeutung der Dritten Welt voranzuschreiten. Die Kredite des gemeinsamen Fonds sollen das Feld bereiten, in dem sich die Konkurrenz der imperialistischen Bankmonopole voll austoben kann. Guth: „Der Einsatz der Manövriermasse des IWF solle parallel mit den Möglichkeiten der Banken erfolgen." Weil einige Länder so sehr unter das Schuldenjoch getrieben worden sind, daß ungewiß ist, ob sie den Zinstribut leisten können, müsse „die Finanzierung der Banken durch die öffentlichen Mittel des IWF ergänzt werden". (Nach: Börsenzeitung, 30.7.)

Für die Kredite in den neuen Fonds, nach dem IWF-Präsidenten Witteveen benannt, lassen sich die Imperialisten einen Zins von 7% zahlen, und für die Länder, die um einen Kredit nachsuchen müssen, schlägt der Währungsfonds noch eine „Gebühr" drauf. Die Geldsäcke im Münchener Herren-Club werden sich darauf zugeprostet haben und auch ihres Bundeskanzlers gedacht haben.

Groß herausgestellt wurde, daß dieser Fonds gemeinsam mit den Ölländern betrieben werde. Indes handelt es sich um völlig verschiedene „Geldgeber". Die Ölländer sind Länder der Dritten Welt, und ihre bisherige Hilfe diente der gegenseitigen Unterstützung gegen die Imperialisten. Die Absicht der imperialistischen Bankiers ist es, die Gelder, die sie für ihr Öl zahlen mußten, über den IWF, in dessen Gremien sie Vorrechte genießen, wieder unter die Fuchtel zu bekommen. In Wirklichkeit haben sie sich damit natürlich eine Masse Sprengstoff in ihren Fonds eingebaut, der spätestens bei der Festlegung der Vergabekriterien das erste Mal zünden wird. – (Z-Red.)

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord – Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG. Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf. Postfach 190 240. Mainzer Landstraße 147. 6000 Frankfurt 19. Telefon 0611 / 73 02 36 – Gedruckt in Frankfurt – Redaktion: Hindenburgstraße 15. Postfach 3 406. 3000 Hannover. Telefon 0511 / 81 40 45 – Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH. Postfach 190 240. Mainzer Landstraße 147. 6000 Frankfurt 19 – Jahresabonnement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr.33/1977: 32.000

Carters „Reformprogramme"

Verschärfte Ausplünderung und Kriegsvorbereitung

Ein halbes Jahr nach seiner Amtsübernahme liegen Carters „Reformprogramme" vor, mit denen er eine „neue Ära" des US-Imperialismus einleiten will. Hinter liberalen Phrasen und seiner lächelnden Visage verbirgt er einen brutalen Angriff auf die amerikanischen Massen zur Steigerung der Konkurrenzfähigkeit des US-Monopolkapitals und seiner Profite und die zielstrebige Vorbereitung des nächsten imperialistischen Krieges zur Neuaufteilung der Welt durch die Vernichtung konkurrierender imperialistischer Mächte.

Ende vorletzter Woche stimmte der US-Kongreß seinem „Energieprogramm" zu. Carter hat in seiner Wahlkampagne die „Energiekrise das moralische Äquivalent für Krieg" genannt, das amerikanische Volk müsse Opfer bringen, seine „Verschwendung" sei schuld an einer Verknappung der Rohstoffe. Weil es den US-Imperialisten wirklich um Krieg geht, muß die Kontrolle über die Rohstoffzufuhr und über den Verbrauch durch den imperialistischen Staat gesichert werden. Ein neues Energieministerium mit 20 000 Bediensteten und 25 Milliarden DM Jahres-Anfangsbudget unter dem ehemaligen Kriegsminister Schlesinger wird dazu eingerichtet. Einen Raubzug gegen die amerikanischen Werktätigen bedeutet das Programm durch die Einführung einer Benzinsteuer von 50 Cents auf eine Gallone Benzin.

Carters Phrasen von „Menschenrechten" sollen nur das Blut vergangener Kriege von der Fratze des US-Imperialismus wischen und Vorwände liefern für den Angriff auf Regierungen anderer Länder, die den US-Imperialisten nicht willfährig sind. Im Wahlkampf hat Carter die Reduzierung des Waffengeschäfts mit der Dritten Welt versprochen, am 5. August unterzeichnete er das „Auslandshilfegesetz", das Militärhilfe von 3,2 Milliarden Dollar vorsieht, den größten Teil an Marionettenregimes wie in Südkorea oder Israel, das über die Hälfte für den Krieg gegen das palästinensische und die anderen arabischen Völker erhält. Gleichzeitig versucht der US-Imperialismus durch geringe Wirtschafts- und Militärhilfe auch in den arabischen Ländern den Einfluß zu steigern. Mit Waffenlieferungen an Sudan, Somalia, Ägypten, Zaire sollen in Afrika Widersprüche geschürt werden, um Vorwände zur Einmischung zu schaffen.

Den Kern von Carters „Reformen" bildet sein „Programm für bessere Arbeitsplätze und Einkommen". Das imperialistische System befindet sich weltweit in der Krise und die Position des US-Imperialismus wird überall von imperialistischen Konkurrenten und dem Befreiungskampf der Völker bedroht. Alles Gerede Carters und seiner Ideologen vom „Neuaufschwung" kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die amerikanische Wirtschaft sich wie die übrigen kapitalistischen Staaten in Stagnation und Fäulnis befindet und zu keinem wirklichen Aufschwung mehr in der Lage ist. Die amerikanische Monopolbourgeoisie versucht, mit Carter die Abwärtsentwicklung aufzuhalten durch die Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiterklasse zur Steigerung der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt und durch die Vorbereitung eines neuen Raubkrieges gegen die Konkurrenten. Die Arbeitslosigkeit dient dabei als Knüppel.

Die amerikanische Arbeitslosenstatistik gibt für April 1977 6,7 Millionen Arbeitslose an, das wirkliche Ausmaß wird damit aber nur verschleiert. In einer Periode von 4 bis 5 Jahren sind fast alle Arbeiter in den USA einmal arbeitslos, 1976 waren es 20 Millionen, 19 % der gesamten Arbeiterklasse. 3 Millionen davon fanden das ganze Jahr über keinen neuen Ausbeuter, 42 % während 15 Wochen und länger nicht. Millionenmassen müssen sich durch Teilzeitbeschäftigung am Leben halten und erscheinen nicht als Arbeitslose in der Statistik. Carter spricht selber allein von 8 Millionen „illegalen" Einwanderern aus Mexiko und anderen Ländern.

Die Fäulnis des kapitalistischen Systems, das zu keinem echten Fortschritt mehr fähig ist, bietet für sie keine Zukunft. Eine Regierungsstudie gibt zu, daß ein Drittel der von der Statistik jeweils erfaßten Männer und 50 % der Frauen bei weiteren Erhebungen ausscheiden, weil sie die erfolglose Arbeitssuche allmählich aufgeben und gezwungen sind, von Sozialhilfen zu versuchen zu überleben.

„Arbeit für jeden, der arbeiten will", war Carters Slogan im Wahlkampf. „Getreu dem Vorbild Franklin Roosevelts, der in den dreißiger Jahren die großen Sozialreformen vor dem Hintergrund des Schocks der großen Wirtschaftskrise einleitete, will Carter Erwerbslosen durch Bildung bis zu 1,4 Millionen Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst helfen", berichtet die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" am 3.8. Er „will die soziale Lage der armen Bevölkerung in den USA entscheidend verbessern", klingen die Phrasen der Imperialisten. „Alte, blinde und behinderte Menschen brauchen nicht zu arbeiten, ebensowenig alleinstehende Mütter und Väter mit Kindern, die jünger als sieben Jahre alt sind." Zum Überleben werden sie jedoch zu wenig erhalten. „Dieser Personenkreis soll für eine vierköpfige Familie eine jährliche Unterstützung von 4 200 Dollar (rund 9 660 Mark) erhalten." „Alleinstehende Mütter und Väter mit Kindern zwischen 7 und 14 Jahren sind zur Annahme einer Teilzeitbeschäftigung verpflichtet", zum gesetzlichen Mindestlohn von 5,60 DM.

Wie bei Roosevelt vor dem Zweiten Weltkrieg geht es um die Einführung des Arbeitsdienstes und die kasernenmäßige Erfassung der Arbeiterklasse angesichts der sich verschärfenden Krise sowie den Einsatz der Arbeitslosen zur Spaltung der ganzen Klasse. Gelingt es der amerikanischen Monopolbourgeoisie mit Hilfe der reaktionären Gewerkschaftsführung nicht, der amerikanischen Arbeiterklasse eine Verlängerung des Lohnstopps aufzuzwingen, so soll durch die Ausnutzung der Arbeitslosigkeit eine viel raschere Senkung des erkämpften Lohnniveaus der ganzen Klasse erreicht werden. Mit Roosevelt gelang es vor dem Zweiten Weltkrieg der amerikanischen Monopolbourgeoisie, innerhalb von 4 bis 5 Jahren das Realeinkommen um 40 % zu senken.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm ist zum größten Teil reiner Betrug. Von den angekündigten 1,4 Millionen „neuen" Stellen sind 60% bestehende Stellen der Städte und Bundesbehörden, die das Programm übernehmen will, „. . .300 000 Arbeitsplätze der öffentlichen Hand sollen Halbzeitstellen werden", nunmehr jedoch nicht zum gewerkschaftlich erkämpften Lohn, sondern zum Mindeststundenlohn von 5,30 DM.

Eine Million Arbeiter hat Carter aus der Statistik verschwinden lassen, indem er ihnen die Arbeitslosenunterstützung durch die Reduzierung der Zahlungsdauer von 65 auf 52 Wochen strich. Um eine Solidarisierung der ganzen Klasse zu verhindern, hatte er mehrere Wochen lang 50 Dollar im Jahr Steuerreduzierung für alle versprochen. Inzwischen ist auch das wieder gestrichen. Nur die 7 Milliarden Dollar Steuerkredite an das Monopolkapital, der andere Teil des Steuerpakets, sollen beschlossen werden.

In diesem „größten Arbeitsplatz-Beschaffungsprogramm seit der Wirtschaftskrise der dreißiger Jahre" sollen „Erwerbslose für ihre Tätigkeit in den Nationalparks, bei der Freizeitgestaltung, der Betreuung alter und kranker Menschen sowie für Isolierungs- und Kälteschutzarbeiten . . . in den ‚Slums' ausgebildet werden". Das heißt, nachdem Carter das Einkommen der ärmsten Volksschichten weiter reduziert hat, so daß viele sich keine Heizung und selbständige Ernährung mehr leisten können, will der imperialistische Staatsapparat Arbeitslose zu ihrer Kontrolle einsetzen.

Gegen die Absichten der amerikanischen Monopolbourgeoisie entwickelt die Arbeiterklasse ihren Kampf. „In den USA weitet sich die Streikfront aus", schreibt die „Süddeutsche Zeitung" am 3.8., „seit 18 Jahren zum ersten Mal haben die Stahlarbeiter den Streik aufgenommen und das von ihrer reaktionären Gewerkschaftsführung 1973 geschlossene Stillhalteabkommen zerschlagen. In den Erzgruben von Michigan und Massachussets streiken Tausende für höhere Löhne, 22 000 Bergarbeiter von Westvirginia und etwa 10 000 in Kentucky streiken bereits 5 Wochen gegen Streichungen in den Krankenkassenleistungen. (FAZ, 8.8.77) In Chicago und New York haben sich die lateinamerikanischen Arbeiter gegen den US-Imperialismus erhoben und kämpfen zu Tausenden für bessere Lebensbedingungen. – (Z-Red.)

Imperialistische Fäulnis und soziales Elend in der Sowjetunion

Im ganzen Machtbereich des Sozialimperialismus gibt es heute krasse Erscheinungen des sozialen Elends der Massen. Kriminalität, Alkoholismus, Drogen, Prostitution sowie verschiedene Formen der Verelendung der Massen, wie sie in den imperialistischen und kapitalistischen Ländern Amerikas und Westeuropas zu finden sind, wie zum Beispiel das Rentnerelend. Diese Erscheinungen sind das Produkt einer Klassengesellschaft und eine Widerspiegelung von Klassenwidersprüchen. In der Sowjetunion und ihrem Machtbereich sind solche Erscheinungen unvermeidliches Resultat der Restauration des Kapitalismus, Resultat der Ausbeutung und Unterdrückung der Werktätigen durch die bürokratische Monopolbourgeoisie der Sowjetunion sowie das erneute Hervorbrechen der ganzen Fäulnis und Verrottung der kapitalistischen Gesellschaft. Sie sind aber auch eine Manifestation der Verschärfung der Klassenwidersprüche und des Klassenkampfes in der sowjetischen Gesellschaft.

Rentnerelend

Insgesamt gibt es in der Sowjetunion 45 Millionen Rentner. 30 Millionen sind Alterspensionäre, der Rest fällt auf Bezieher von Kriegs-, Invaliden- oder Hinterbliebenenrenten. Offiziell sind Männer mit 60 Jahren rentenberechtigt, Frauen mit 55.

Die Rente ist aber so niedrig in der Sowjetunion, daß sie oft nicht reicht, eine eigene Existenz zu sichern. Nach amtlichen Zahlen umfassen die Renten monatlich als Mindestrente 45 Rubel für Arbeiter und Angestellte in städtischen Verhältnissen und 38,24 Rubel für Pensionäre, die auf dem Lande wohnen (ein Rubel entspricht etwa 3,30 DM). Den Kolchosbauern steht eine noch niedrigere Mindestrente zu, 20 Rubel. Die Rente steht dem Arbeiter zu, wenn er 25 Jahre gearbeitet hat, bei Frauen 20 Jahre. Eine genaue Statistik der Durchschnittsrente war nicht zu finden. Nach DDR-Angaben soll sie 60 bis 70% des letzten Lohneinkommens betragen.

Angesichts der sowieso schon niedrigen Lohnsumme reichen 60 bis 70% Rente nicht aus. Auf alle Fälle nicht bei denen, die einen nicht so qualifizierten oder schlecht bezahlten Arbeitsplatz hatten. Deshalb sind so viel Rentner gezwungen, weiterzuarbeiten. Das führt zu erheblichen Schwierigkeiten. Halbtagsbeschäftigungen gibt es nicht genug. In den Fabriken ist der Profit der Motor. Dort werden die alten Arbeiter oft abgelehnt. Sie bringen nicht genug Mehrwert. „Das Produktionsniveau des ganzen Betriebes würde durch die Einstellung der Alten gesenkt", heißt es dann. Das führt dazu, daß die Familienangehörigen gezwungen sind, die alten Arbeiter und Bauern aufzunehmen und mitzuernähren. Durch diese Entwicklung sinkt das Existenzniveau der gesamten Arbeiterklasse, und die Verelendung schreitet voran.

Alkoholismus

Mit Entwicklung der Verelendung der Massen hat der Alkoholismus in der Sowjetunion starke Ausmaße angenommen. Weil der Klassenkampf in der Sowjetunion oftmals noch keine organisierte Form angenommen hat, versuchen Teile der Werktätigen, ihren Haß gegen die neue Ausbeuterklasse durch Alkohol zu ertränken. Die sowjetische Presse ist voll von Beispielen über Alkoholismus.

So schreibt die Zeitschrift „Literaturnaja Gaseta", daß auf Grund amtlicher Verkaufszahlen der Alkoholkonsum zwischen 1940 und 1973 um 534% gestiegen ist. Diese amtlichen Angaben der Sozialimperialisten sind mit Vorsicht zu genießen, sind sie doch immer Mittel, um die tatsächlichen Verhältnisse der Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter und Bauern im „Namen des entwickelten Sozialismus" zu legitimieren sowie die hemmungslose Bereicherung der neuen Bourgeoisie zu verschleiern.

Der Alkoholkonsum wird in der Sowjetunion ausdrücklich gefördert, denn es ist eine höchst profitable Einnahmequelle für die Sozialimperialisten und ihren Staatsapparat. Sie besitzen das Alkoholmonopol, und tatsächlich dürfte die Staatskasse bei jeder Wodkaflasche einige hundert Prozent verdienen. Damit sind die neuen Zaren vollständig in die Fußstapfen der alten Zaren getreten, die vor der proletarischen Revolution 1917 in Rußland die politische Macht in der Hand gehabt haben. Das Schnapsmonopol war damals eine bedeutende Einnahmequelle des zaristischen Gewaltapparates. Gegen dem von „Wladimir dem Heiligen" vor tausend Jahren geprägten Spruch: „Das Trinken ist Rußlands Freude" des Zaren flossen zum Beispiel im Jahre 1865 in die zaristische Kriegskasse aus dem Schnapsverkaufsmonopol 38% der gesamten Einnahmen.

Die Summe, die heute in die Kriegskasse der Sozialimperialisten fließt, war nicht zu ermitteln, dürfte aber nach der Steigerung des Alkoholkonsums beträchtlich sein.

Kriminalität

Mit Entwicklung der Klassenwidersprüche steigt auch die Kriminalität erheblich an. Straßenraub, Ladendiebstahl, Mord – die Erscheinungen sind die gleichen wie in den kapitalistischen Ländern Westeuropas.

Der Zusammenhang von Alkoholismus und Kriminalität ist eng und hat auch die gleichen sozialen Ursachen in der Verelendung der Massen, ihrer größeren Ausbeutung und Unterdrückung. So schreibt wiederum die Zeitschrift „Molodoi Kommunist", daß 70 bis 95% aller Schüler und Schülerinnen Alkoholika konsumieren. Auf dem Lande machen die Kinder durchschnittlich bereits im Alter von 11,5 Jahren mit Spirituosen Bekanntschaft. Gleichzeitig müssen die Sowjetbehörden zugeben, daß die Jugendkriminalität um sich greift. 50 bis 80% ihrer „Delikte" werden in Banden verübt.

Diese Erscheinungen der Verrottung der kapitalistischen Gesellschaft haben auch im Machtbereich der Sowjetunion ihre „Vorbilder" in der Bourgeoisie. Die häufigsten „Kriminaldelikte" sind nämlich die Unterschlagungen, Bestechungen, Bereicherungen durch Betrug, der Preiswucher über den Fabrikdirektorsessel, den Kolchosleiter oder in staatlichen Behörden. In der SU-Presse kann man lesen, „daß zahlreiche Kader der Parteiorganisationen vom Zentralkomitee bis runter zu den Grundeinheiten in Stadt und Land, in den Regierungsämtern und Schulen auf ‚Kosten des Volkes' leicht zu Geld kommen". (Peking Rundschau, 7/76) „Manche von ihnen sind selbst Anführer von Banden für Diebstahl oder Unterschlagung. Zum Beispiel der Leiter einer Fruchtsaftfabrik in Baku fälschte zusammen mit dem Chefbuchhalter und einem Produktionsleiter die Quittungen für den Einkauf und Transport von Früchten und verkaufte ‚Fruchtsäfte, die aus Leitungswasser, Zucker und Zitronensäure anstatt Früchten gemacht waren'. In drei Jahren strichen sie beinahe eine Million Rubel ein." (Peking Rundschau 1/75)

„Der Vorsitzende des Verwaltungskomitees, der Hauptbuchhalter und andere des Dzerzhinsky Staatsgutes in Tadshikistan ließen 242 000 Rubel in ihre eigene Tasche wandern, indem sie Geschäftsbücher und Tabellen in Unordnung brachten, Rechnungen und andere Dokumente fälschten und sich ein- und dieselbe Waren mehrfach bezahlen ließen." (Peking Rundschau, 14/77)

Diese Liste läßt sich beliebig verlängern und zeigt: Der aufgeblähte bürokratische Apparat in der Sowjetunion selbst ist die Brutstätte der Kriminalität und macht die ganze Verrottung der neuen herrschenden Klasse in der Sowjetunion deutlich. – (Z-Red.)

Ostpolitische Absichten

„Eine Zeitlang sah es so aus, als würde Bonn seine ostpolitischen Absichten eher dilatorisch (abwartend) verfolgen. Jetzt aber kommt wieder Bewegung in die Szene", triumphiert die „Frankfurter Rundschau" (8.8.). Kaum ist die Belgrader Vorbereitungskonferenz der KSZE-Nachfolgekonferenz beendet und haben sich die Imperialisten auf die „Rahmenbedingungen" ihres Entspannungsspektakels geeinigt, treffen sich Außenminister Genscher und SU-Botschafter Falin zu einem „umfassenden Gedankenaustausch".

Im Herbst wird Breschnew nach Bonn kommen. Für beide Seiten geht es um Profit und Expansion. Die SU-Imperialisten, unfähig, die Produktion zu entwickeln, aber mit dem unbändigen Willen, ihre Herrschaft über die Welt zu errichten, sind auf die Importe aus den westlichen imperialistischen Ländern und vor allem auf die Importe aus der BRD, ihrem größten westlichen Handelspartner, angewiesen. Die BRD-Imperialisten liefern vor allem Maschinen, Fahrzeuge und andere industrielle Fertigwaren, die die SU-Imperialisten für den Auf- und Ausbau ihrer Kriegswirtschaft dringend benötigen. Die SU-Imperialisten bauen ihre Kriegswirtschaft auf Raub und Pump auf. Während sie vor allem die unter ihrem Militärstiefel stehenden RGW-Länder nach Strich und Faden ausplündern – das im ersten Quartal 77 um über 20% gesteigerte Handelsvolumen zwischen der Sowjetunion und den übrigen RGW-Staaten zeigt, welche Fortschritte sie dabei machen –, wickeln sie ihren Westhandel weitgehend auf Kreditbasis ab.

Daß „Bewegung in die Szene kommt", das erwarten beide imperialistischen Mächte. Seit etlichen Monaten „hat sich der Warenaustausch zwischen beiden Ländern deutlich verlangsamt". (Nachrichten für Außenhandel, 22.7.) Im ersten Quartal 1977 stieg der Handel zwischen der BRD und der SU im Vergleich zum Vorjahr nur um 2,4% auf ein Volumen von 799,6 Millionen Rubel. (Die Steigerungsrate im ersten Quartal 76 betrug demgegenüber noch 22%)

Die BRD-Imperialisten verspüren bei ihren Ostgeschäften gerade deshalb nicht ungeteilte Freude. Während sie, erst recht unter den Bedingungen der Überproduktionskrise ihrer imperialistischen Wirtschaft, nach Ausweitung ihrer Exporte streben und der sozialimperialistische Markt ihnen glänzende Geschäfte bietet, rührt sich hin und wieder die Sorge über die wachsende Verschuldung der Sozialimperialisten. So fragte der CDU-„Ostexperte" Dr. Marx im Bundestag besorgt an: „Trifft die sich auf eine Information der Chase Manhattan Bank berufende Meldung der Welt am Sonntag zu, wonach sich die Schulden der Ostblockländer gegenüber dem Westen in den letzten 3 Jahren von 60 Mrd. DM auf 110 Mrd. DM (Stand Ende 76) gesteigert haben?" (Nach: Tagesnachrichten des BMW, 28. Juli) Selbst imperialistische Räuber, wissen die westdeutschen Bourgeois allzugut, daß die Sozialimperialisten sich wenig Sorge um die Rückzahlung der Schulden machen; daß sie vielmehr danach trachten, sich in den Besitz der riesigen Produktionsstätten in Europa, nicht zuletzt auch in der BRD, zu bringen, das Oberkommando über die Ausbeutung der europäischen, nicht zuletzt auch der westdeutschen Arbeiter, zu übernehmen, und dabei gleich das Zahlungsproblem mit zu erledigen. Aber eben weil die BRD-Imperialisten selbst Räuber sind, läßt sie die erkannte Gefahr höchstens kurz zögern. Warum den Osthandel nicht ausdehnen? Ist doch längst nicht raus, daß es die Sozialimperialisten und nicht die US-Imperialisten und im Bündnis mit ihnen die BRD-Imperialisten sind, die den Kampf um Europa für sich entscheiden, das Oberkommando über die Ausbeutung der europäischen Arbeiter einschließlich der Arbeiter aus dem Machtbereich des Sozialimperialismus an sich reißen und die Sozialimperialisten noch zu ganz anderen Zahlungen als zu den Schuldentilgungen zwingen können.

Auf beiden Seiten der imperialistischen Lager wächst die Erwartung, „Bewegung in die Szene" zu bringen, besteht die feste Absicht, den Kampf um Europa auf die Entscheidung zuzutreiben, werden höchste Anstrengungen unternommen, die militärischen Vorbereitungen auf den notwendigen Stand zu bringen. Wie hätten die Imperialisten da den Entspannungsbetrug, den Betrug von „Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa", die ganze KSZE-Konferenz, mit der sie vor der internationalen Arbeiterklasse und den Völkern der Welt Nebelschwaden über ihre finsteren Absichten ausbreiten und weiter auszubreiten gedenken, an kleinlichen Differenzen wie Tagesordnung, Konferenzdauer und ähnlichem scheitern lassen können? – (Z-Red.)

Frister – Die Laufbahn eines Schulrats

Zur Widerlegung eines „linken“ Vorurteils



Im September findet die ordentliche Bundesvertreterversammlung der GEW statt. Die letzten Bundesvertreterversammlungen in Mainz und Köln waren außerordentlich und seitdem hat sich die Auseinandersetzung in der GEW zwischen der Staats- und Beamtenfraktion um Frister und den gewerkschaftlichen Mitgliedermassen um die Frage, ob kompromißloser Kurs gegen den staatlichen Dienstherren oder Beamtenparasitismus, erneut verschärft. Frister steht für Reaktion und Beamtenparasitismus. Aber hartnäckig hält sich das Gerücht, er sei einmal links gewesen. „Der linke Frister, Linke frißt er“, heißt es seit Mainz und Köln. Wir sind diesem Gerücht nachgegangen. Aus Fristers literarischer Tätigkeit konnten wir zunächst keinen Anhaltspunkt finden außer der Überschrift eines Artikels aus dem Jahr 1964 gegen Religionsunterricht, ein Eindruck, der bei der Lektüre des Artikels sich rasch wieder verflüchtigt, denn es werden nur geltende Gesetze zitiert. Der Werdegang dieses ehemaligen Schulrats ist der eines imperialistischen Politikers sozialdemokratischer Prägung von Anbeginn. Wir verfolgen die Stationen dieses Werdeganges, um damit zugleich zu verdeutlichen, daß jegliche Hoffnung auf Versöhnung und Ausgleich mit dieser Mischung aus scharfem Polizeihund und speichelleckendem Intriganten, wie sie meist besonders gut in der Figur von Schulräten gelingt, verrückt ist.

Früh übt sich ...

Für die Durchsetzung des Beamtenrechts

Während Anfang der fünfziger Jahre von der Regierung Adenauer und dem Westberliner Senat eine große Kampagne zur Säuberung der öffentlichen Dienste von allem, was nicht treue Beamtenseele für die Restauration des deutschen Imperialismus war, betrieben wurde, wurde Erich Frister Schulrat. Rückhaltlos spricht er sich für das reibungslose Funktionieren des Disziplinarrechts für Lehrer aus, hervorhebend, „daß alle in unserem Beruf untragbaren Personen prompt entfernt worden sind und – sofern es sich als notwendig erweisen sollte – weiterhin prompt entfernt werden“. (Berliner Lehrerzeitung Nr. 23, 24/55) Früh übt sich. Man hat schon hier gewaltige Zweifel, wie bei diesem Ausgangspunkt und heute bekanntlich erreichten Stadium reaktionärer Unterdrückung und Intrige einmal eine Phase der Fortschrittlichkeit eingequetscht gewesen sein soll.

Für die polizeimäßige „Durchführung der gesetzlichen Vorschriften über die Schulpflicht“

Fristers prompte Diensterfüllung erstreckt sich nicht bloß auf die Vollstreckung des Beamtenrechts an „untragbaren“ Lehrerkollegen, sondern auch auf die Schülermassen, die er von Anfang an gehaßt haben muß, was sicherlich auf Gegenseitigkeit beruht hat. Nach dem Verbot der körperlichen Züchtigung, 1948 durch den Berliner Magistrat und 1954 durch den Bundesgerichtshof, fordert er „endlich“ eine Katalogisierung von Strafmöglichkeiten: „Die prophylaktische Bedeutung läge vor allem darin, daß die bei Schülern und Eltern recht verbreitete Ansicht, Schule und Lehrer seien Einrichtungen, die sich letztlich alles gefallen lassen müßten und denen man infolgedessen keinerlei Achtung und Respekt entgegenzubringen brauchte, doch etwas eingeschränkt würde, wenn alle Eltern unterschriftlich von einer solchen Schulbesuchsordnung Kenntnis nehmen müßten ...“ Eine solche Katalogisierung von Strafmöglichkeiten soll „dem Lehrer die Möglichkeiten eröffnen, sich mit rechtlich fundierten strafenden Maßnahmen in Krisensituationen durchzusetzen“. Der jetzige Zustand erwecke den Eindruck, „als ob die Kinder vor prügelwütigen Lehrern geschützt werden müßten“, und trage damit dazu bei, „die Autorität des Lehrers zu untergraben und die Zügellosigkeit zu fördern“. Frister fordert u.a. Bestimmungen über das Nachsitzen mit einem Stundensoll für jede Schule, Möglichkeit von Ausschluß von Veranstaltungen und vom Schulbesuch und Schadenshaftung durch die Eltern bei Zerstörung. Außerdem ist Frister die Polizei zu lasch. „Es dürfte vom Senat nicht mehr stillschweigend hingenommen werden, daß die Polizei als das Machtinstrument der vollziehenden Gewalt sich den Anforderungen der Schule zur Unterstützung bei Durchführung der gesetzlichen Vorschriften über die Schulpflicht mit diplomatischen Wendungen versagt.“ (Berliner Lehrerzeitung 18/55)

So etwas muß doch belohnt werden, so etwas muß doch befördert werden, so etwas kann doch mehr ausrichten als leitender Schulrat in Reinickendorf!



... wer ein Meister ...

Für Schmierung der Beamten – gegen gewerkschaftliche Rechte der Lehrer

Zunächst aber wird erst einmal parallel zur Karriere im Staatsapparat die Karriere in der Gewerkschaft betrieben. Unter den Lehrern sitzt in den fünfziger Jahren die Ideologie davon, daß der Lehrer berufen sei, Schulmeister der Nation zu sein, noch tief. Frister ist Vorreiter davon, doch ohne jegliche eventuell gutgläubige pädagogische Absicht. Er klagt darüber, daß in anderen Ländern die Lehrer mehr Ansehen und auch mehr Einfluß hätten, dies vor allem in den Parlamenten und auf den Regierungsbänken und z.B. in den Entwicklungsländern als Außenminister. Er fordert höhere Besoldung und mehr Aufstiegsmöglichkeiten für den Lehrer. Weil durch ihn der gebildete Mensch der Zukunft geformt werde. 1959 wird er Vorsitzender der GEW Berlin. Von hier aus betätigt er sich sogleich als Führer der Schulaufsichtsfraktion gegen die Interessen der lohnabhängigen Lehrermassen. Er fordert die Verstärkung der Schulaufsicht und tritt gegen Forderungen nach mehr Vertretungsmittel und -stunden auf. Die Situation der Berliner Lehrer sei immer noch ein ganzes Stück besser als in der BRD, man müsse von einer Verteilung des Mangels ausgehen und mehr Bereitschaftsstunden von den Lehrern fordern.

Für chauvinistische Mobilisierung

Es treibt ihn jedoch zu Höherem als Lehrerpolitik zu machen. Nach dem Berliner Mauerbau 1961 sieht er seine Chancen für eine Karriere als imperialistischer Politiker gekommen. Mit einem Artikel in der Berliner Lehrerzeitung 10/61 „An die Schandmauer geschrieben“ leitet er vom Berliner Lehrerverband aus eine chauvinistische Mobilisierung tatsächlich über den gesamten Erdball ein. Er gründet eine Aktion „Berlins Lehrer rufen Lehrer des Auslands nach Berlin“. Er organisiert Reisen nach Westafrika, Amerika usw. „Der Berliner Lehrerverband leistet damit unablässig einen Beitrag, der weit über die Vertretung von beruflichen Aufgaben von erheblicher Bedeutung ist.“ (Berliner Lehrerzeitung 1/62) Die Berliner Lehrerzeitung, die er leitet, ist voller Chauvinismus und Hetze gegen den Kommunismus. Afrikanische Besucher sprechen sich nach ihren Erfahrungen mit der Mauer darin dafür aus, daß für den Kommunismus in Afrika und Asien kein Platz sein dürfe. Vietnamesische Lehrer telegrafieren, daß auch sie im Kampf gegen den Kommunismus stehen und solidarisch sind usw. Anfang der sechziger Jahre beginnt sich jedoch die Klassenkampfsituation in Westdeutschland und Westberlin zu verändern. Es beginnt sich abzuzeichnen, daß die sogenannte soziale Marktwirtschaft auch nichts anderes ist als der alte Kapitalismus. Unter den Massen, besonders unter der Jugend, entwikkelt sich große politische Unruhe. Die Lehrer stehen im Kampf für die 45-Stundenwoche und höhere Besoldung. Sie bereiten Personalratswahlen vor. Frister mobilisiert gegen Zusammenschluß und Kampf. „Angesichts der politischen Situation in Deutschland und in Berlin mag sich mancher fragen, ob nicht Lehrerinnen und Lehrer und die Organisationen, in denen sie sich zusammengeschlossen haben, andere Sorgen hätten, als Personalratswahlen mit den oft unerfreulichen Auseinandersetzungen durchzuführen ... Die Mitarbeit an Plänen, die Berlin zu einem Zentrum der deutschen Kultur- und Bildungswesens machen sollen, all das ist ohne Zweifel wichtiger als Propagandaaufwand für Personalratswahlen.“ (Berliner Lehrerzeitung 10/61)

Für imperialistische Bildungsreform

Die steigende Ausbeutung brachte das Interesse der Massen an einer Bildungsreform hervor. Die durch den Heißhunger der Kapitalistenklasse nach verschärfter Ausbeutung erzwungene Verwandlung der Arbeiterfrauen in Lohnarbeiter macht die familienmäßige Organisierung der Erziehung der Kinder zunehmend unmöglich. Aufgrund dieser sozialen Notlage entwickelte die Arbeiterklasse ein Interesse am Ausbau des staatlichen Ausbildungs- und Schulwesens. Die verstärkte Schulunterdrückung wird von ihr mit verstärkter Einmischung in die Schulverhältnisse und Kampf beantwortet. Hier meldet sich Frister wieder zu Wort und fordert 1962 in einem Artikel in der Berliner Lehrerzeitung die Verteidigung von Schulleitern gegenüber Einmischungsversuchen von Eltern in die Schulangelegenheiten. 1965 legt er die Funktion des Vorsitzenden der GEW Berlin nieder zugunsten des Postens als Volksbildungsstadtrat in Neukölln. Über die GEW pflegt er internationale Beziehungen. Dem Berliner Lehrerverband komme dabei eine besondere Rolle zu, betont er. Er organisiert weiter Reisen in alle Welt und läßt über das angeblich besonders fortschrittliche Berliner Bildungswesen und die Situation im geteilten Deutschland referieren. Als er 1968 Bundesvorsitzender der GEW wird, beruft er sich auf diese angebliche Fortschrittlichkeit. In einem Interview mit der Berliner Lehrerzeitung (3/68) führt er aus: „Sicher dringt das, was in Berlin auf pädagogischem und schulpolitischem Gebiet gemacht wird, nicht so recht in das Bewußtsein in Westdeutschland. Man lobt zwar gern und sagt: das Berliner Schulsystem ist das Beste. Berlin ist Schrittmacher. Aber man schwächt es dann auch wieder damit ab, daß man sagt: das ist eben ein Sonderfall, das ist Berlin, die besondere Lage, ein Stadtstaat.“

... für Unterdrückung und Spaltung werden will

Hier wird zum ersten Mal angedeutet, woher dieser unberechtigte Ruf der Fortschrittlichkeit von Frister herrühren mag. Er rührt her von der vor allem von Frister selber mit betriebenen Propaganda von der von ihm als Volksbildungsstadtrat, ehemaligem Schulleiter und leitendem Funktionär der GEW Westberlin maßgeblich verantworteten angeblich fortschrittlichen Westberliner Bildungsreform.

Gemeint ist damit die sechsjährige Grundschule, Restelement der nach dem Zweiten Weltkrieg von der Arbeiterklasse Berlins mit der Unterstützung der Roten Armee erkämpften Einheitsschule, die in Berlin schon 1949 eingeführte neunjährige Schulpflicht und Erfahrungen mit dem 10. Schuljahr. Keine Faser von Fortschritt für die Arbeiterklasse haftet diesem Schulsystem an. Der scheinbare Ausbau der Schulpflicht ist von Anfang an nur der Umweg zum Abbau der Berufsschulpflicht und der vollständigen Trennung der Ausbildung der Jugend von jeglicher Kontrolle durch die Arbeiter, in ihrem Gefolge zu vollziehenden Reduktion der allgemeinen Schulpflicht und der Einreißung jeglicher Schranken, die die Arbeiterbewegung bislang gegen die Ausbeutung der jugendlichen Arbeitskraft errichtet hat.

Alle Elemente, die auf den ersten Blick den Interessen der Lehrermassen an besseren Bedingungen des Verkaufs ihrer Arbeitskraft und den Interessen der Arbeiterklasse an einer besseren Schulausbildung ihrer Jugend entsprechen könnten, werden von Frister in völligem Gleichklang mit der imperialistischen Monopolbourgeoisie als Elemente zur Durchsetzung der imperialistischen Bildungsreform entfaltet. Aus der Forderung der Lehrer nach Arbeitszeitverkürzung wird ihm die Befürchtung, daß sonst die Lehrer nicht mehr bereit sein könnten, die Bildungsreform zu tragen und durchzusetzen. Als Grundschulreform fordert er die Durchsetzung der verfassungskonformen Grundschule zur Stabilisierung und Verteidigung der Demokratie in der BRD und daß die freiheitlich demokratische Grundordnung täglich in der Schule erlebt und erfahren werden soll. Die Aufgabe der GEW sieht er darin, die Globalsteuerung des Bildungswesens zu vertreten und Geld bei den Massen locker zu machen. „Vorrangig ist jetzt Geld für die Schulpolitik.“ Man sieht, bisher ist nichts von Fortschrittlichkeit auszumachen bei diesem Mann. Keineswegs ist es etwa so, daß er vielleicht aus Enttäuschung über ein angebliches Scheitern der Bildungsreform der sozialliberalen Koalition reaktionär geworden wäre. Weder war Frister jemals nicht reaktionär noch ist die Bildungsreform der Bourgeoisie gescheitert, d.h. ursprünglich fortschrittlich gewesen und dann an der Reaktion zerschellt, wie das sozialdemokratische Ammenmärchen lautet, sondern war von Anfang als imperialistische Bildungsreform gegen die Interessen und den Kampf der Arbeiterklasse geplant und betrieben. Wir haben das an anderer Stelle bewiesen. Was bloß richtig ist, ist, daß die Bourgeoisie diese imperialistische Bildungsreform aufgrund der Kämpfe der Arbeiterklasse und der Volksmassen noch nicht in dem angestrebten Umfang und gewünschten Tempo durchsetzen konnte.

Durch die sich verschärfende Unterdrückung und Auspressung der Lehrermassen und die Kämpfe der Arbeiterklasse gegen die Schulunterdrückung zerbricht auch unter den Lehrern zunehmend die Ideologie vom Lehrer als Bildungsträger und Vorreiter des menschlichen Fortschritts. Der Graben der Klassenspaltung vertieft sich auch innerhalb des Schulpersonals, zwischen der Masse der lohnabhängigen Lehrer und der Schulaufsichtsriege. Dieser Widerspruch findet sich wieder in der GEW zwischen den organisierten Mitgliedermassen und der herrschenden sozialdemokratischen Schulaufsichtsriege. Seit seinem Amtsantritt und verstärkt in den letzten Jahren ist Frister damit beschäftigt, diesen Widerspruch zu bändigen und die Interessen der Lehrermassen im Kampf gegen den staatlichen Dienstherren und die Verbindung mit der Arbeiterbewegung zu unterdrücken.

In einer Rede auf der a.o. Landesvollversammlung der GEW Berlin 1973 läßt er sich angesichts der Streikvorbereitungen für Arbeitszeitverkürzung unter den Lehrern grundsätzlich aus zur Frage von Streiks: „Die Frage nach der Streikfähigkeit der GEW ist unter den Aspekten des Rechts, der Finanzen, des Instruments und der Funktion zu beantworten. (...) Den Streik als Mittel zur Durchsetzung anderer politischer Ziele, die nicht direkt und unmittelbar eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen darstellen, lehnen wir ab. Alle Spielregeln demokratischer Ordnung würden außer Kraft gesetzt, wenn es Arbeitnehmergruppen freigestellt wäre, zur Durchsetzung allgemeiner politischer Ziele zu streiken. (...) Eine Ausnahme bildet die Notwehr der Arbeitnehmer gegen den Staatsstreich.“ Außerdem sei vorauszusetzen, „daß die Streikziele nicht von allen im Parlament vertretenen Parteien abgelehnt werden“. Polizeiminister Maihofer könnte es nicht besser ausdrücken. Der Ausschluß des Westberliner Landesverbandes der GEW, die Unterdrückung der Lehrerstreiks in Hessen und Hamburg, die maßgebliche Beteiligung am Lohnraubabschluß im öffentlichen Dienst in diesem Jahr sind einige seiner vorerst letzten Verbrechen. Heute ist Frister nicht mehr bloß geschmiert aus der Ausbeutung der Arbeiterklasse, sondern hat selber unmittelbar teil an ihr z.B. als Mitglied im Aufsichtsrat von Peine & Salzgitter. Seine Interessen an der Unterdrückung der Kämpfe der Lehrermassen und der Spaltung der Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst über Spaltung in Beamtenschmiere und in untere Lohngruppen sind die Interessen des Finanzkapitals gegen die Verbindung der Lehrerbewegung mit der Arbeiterbewegung, gegen die Zerschlagung des imperialistischen Unterdrückungsapparats und die proletarische Revolution. In diesem Rahmen muß die Abrechnung mit seiner Politik auf der Bundesvertreterversammlung gesehen werden. – (Bezirk Westberlin)

VW: Neue Rationalisierungswelle / Neue Zuchthausordnung gegen die Arbeiter

Wolfsburg. Schmücker hat die Urlaubszeit in den VW-Werken genutzt, um weiter zu rüsten für die Konkurrenzschlacht: „Marktanteile ausbauen, nieder mit den Japanern, VW-Kapital in alle Welt“, das ist sein Schlachtruf.

In der Halle 12 an den Golf-Endmontage-Bändern ist die Materialbereitstellung neu organisiert und gestrafft. Dort stehen jetzt neue Materialkästen und Rohrregale. Mehrarbeit für die Materialbereitsteller heißt das. Trotzdem sollen sieben bis acht neue Materialbereitstellerplätze eingerichtet werden. Das deutet darauf hin, daß Schmücker erneut einen Versuch unternimmt, die Stückzahl an den Golfbändern auf 300 Wagen pro Band und Schicht hochzupeitschen. Darauf deuten auch andere Umbauarbeiten hin. In der Lackiererei wird ein neues Band errichtet. Der Nachschub von Rohkarrossen aus dem Rohbau für die Lackiererei wird durch neue, kürzere Transportbänder beschleunigt. Die Folgen dieser Umbauarbeiten werden in jedem Fall über kurz oder lang Neuabstoppungen sein.

Jetzt nach dem Urlaub läuft auch das vierte Golfband in der Halle 12 mit voller Stückzahl von 278 Wagen. Bisher waren es nur 220. Damit bewirken auch die neuen Fertigungspläne die von Schmücker heiß ersehnte Profitsteigerung. Das VW-Kapital hat damit für 58 Wagen pro Schicht unbezahlte Mehrarbeit zusätzlich eingesaugt. In

Mehrarbeit zusätzlich eingesaugt. In

der Lackiererei Halle 12 ist jetzt eine Nachtschicht eingerichtet worden, und zusätzlich werden in der Spätschicht jeden Tag zwei Überstunden gearbeitet, damit lackierte Golfs für die Montagelinie 4 auch tatsächlich bereitstehen.

Im Werk Salzgitter sind am Motorenband für Chrysler-Motoren Automaten für Zylinderkopfdichtungen aufgebaut worden. Vorher wurden 370 Motoren pro Schicht gezogen, jetzt 400. Schmückers Ziel sind 800 bis 900 Motoren wie an den anderen Bändern.

Schmückers Angriff auf den Normalarbeitstag folgt der Angriff auf den Tariflohn. Bis Oktober soll die Passat-Produktion aus dem Wolfsburger VW-Werk nach Emden verlagert sein. Die Achsfertigung Typ I und II soll aus dem Werk Braunschweig wegverlegt werden. Ein Motortyp soll aus Salzgitter nach Hannover verlegt werden. Es folgen Umsetzungen von Arbeitern an andere Arbeitsplätze. Aus dem Umsetzungskarussell werden etliche Arbeiter mit gedrücktem Lohn herauskommen. In den VW-Werken ist der Reallohn gleichzeitig Tariflohn. Also, der gesamte Lohn ist tariflich abgesichert. Da kann Schmücker direkt nicht ran. Über Produktionsverlagerungen und Umsetzungen von Arbeitern auf schlechter bezahlte Arbeitsplätze kommt er ran.

Die Arbeiter sagen: Es muß etwas geschehen. Noch nie haben wir so viel Geld auf dem Lohnzettel stehen gehabt, aber noch nie haben wir uns soviel dafür schinden müssen, und noch nie haben wir so wenig dafür kaufen können.

Am 1.8. ist in den VW-Werken eine neue Arbeitsordnung in Kraft getreten. In der letzten Woche wurde sie verteilt, und jeder mußte mit Unterschrift Empfang und Anerkennung bestätigen.

„Jeder Werksangehörige ist zur Erhaltung des Arbeitsfriedens verpflichtet“, lautet der neue aufgenommene § 22. Wer nicht Hand anlegt, seine Kollegen vom Streik abzuhalten, kann fristlos entlassen werden.

„Jeder Werksangehörige ist verpflichtet, seine Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen“ (§ 8),

ist das Kernstück der alten wie der neuen Arbeitsordnung. Schrankenlose Ausbeutung, vollständige Ruinierung der Arbeitskraft für die imperialistische Expansion ist die Absicht der VW-Kapitalisten. Ohne die Arbeiter jeglicher Kampfrechte zu berauben, ist dies Programm von vornherein zum Scheitern verurteilt, das weiß Schmücker. Neu in die Liste der Gründe für fristlose Kündigung ist aufgenommen:

„unentschuldigtes Fernbleiben von der Arbeit, wiederholt oder zusammenhängend länger als drei Tage“.

Wer Sonderschichten verweigerte, fehlte unentschuldigt. Die alte Arbeitsordnung drohte für länger als drei Tage unentschuldigtes Fernbleiben von der Arbeit fristlose Kündigung an, jetzt werden Zwangsschichten für Samstag vorbereitet.

§ 10, neu aufgenommen:

„Nichtbetriebliche Veröffentlichungen bedürfen der Genehmigung der Personalabteilung und werden nur in besonderen Ausnahmefällen zugelassen.“

Nichts soll über die Fabrikausbeutung nach außen dringen.

§ 19, neu:

„Das Aufsuchen anderer Abteilungen aus persönlichen Gründen erfordert einen Urlaubsschein.“ Vorher war eingefügt „während der Arbeitszeit“.

Neu ebenfalls:

„Außerhalb der Arbeitszeit sowie der Umkleide- und Waschzeiten ist der Aufenthalt im Werk und auf dem Werksgelände grundsätzlich nicht erlaubt.“ Vorher hieß es: „ist zu vermeiden“.

Aushänge in der eigenen Abteilung, Verständigung mit Arbeitern anderer Abteilungen und aus der entgegengesetzten Schicht, allesamt unerläßliche Rechte, um einen erfolgreichen Kampf führen zu können, dies zu verhindern, ist die Absicht der VW-Kapitalisten. Vollkommen neu § 26:

„Im Interesse der Sicherheit und Ordnung und zum Schutz des Eigentums des Unternehmens und der Werksangehörigen ist der Werkschutz eingesetzt. Seinen im allgemeinen Interesse liegenden Anordnungen ist nachzukommen.“

Vorher ist in § 17 *(„Privateigentum“)* festgelegt:

„Grundsätzlich dürfen nur Gegenstände des täglichen Bedarfs in das Werk mitgebracht werden. Das Mitbringen von Waffen aller Art ist verboten.“

Zur Niederhaltung der Arbeiter ist Schmückers Privatarmee mit MPi und MG ausgerüstet.

Auf der Betriebsversammlung eine Woche vor dem Urlaub verkündete Gesamtbetriebsratsvorsitzender Ehlers den „erfolgreichen“ Abschluß der Verhandlungen. Die gewerkschaftlichen Vertrauensleute wurden in Unkenntnis gelassen, und selbst die Betriebsratsmitglieder der einzelnen Werke konnten einen Entwurf weder besorgen noch Auskunft über die Verhandlungen geben.

Zwei Zugeständnisse mußten die VW-Kapitalisten machen: Der Lohnabzug bei Verspätung wird statt auf volle Viertelstunden jetzt fünfminutenweise gerechnet, und die nach fein abgestuftem System verhängten Verwarnungen, Verweise und Geldbußen, die bisher auf Lebenszeit in den Personalakten verblieben, werden jetzt nach zwei bzw. vier Jahren gestrichen. Der Lohnabzug selbst und die Disziplinierungsmaßnahmen sind so weiter bestehen geblieben.

Der Imperialismus ist ein Militärzuchthaus für die Arbeiter. Die Wahrheit dieses Satzes Lenins kommt in der neuen VW-Arbeitsordnung zum Vorschein. – (VW-Betriebszelle Wolfsburg)

schein. – (VW-Betriebszelle Wolfsburg)

„Japaner nur halb so hohe Personalkosten wie wir“

Die Profitgier der Automobilkapitalisten

BMW Hauptversammlung

Blick durch die Wirtschaft, 10. Juli, Kuenheim (Vorstandsvorsitzender): „Unternehmerische Freiheit veranlaßt Investitionen und damit die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen ... ermöglicht schließlich die Erträge, von denen wir alle profitieren: Staat und Gemeinden durch unsere Abgaben, der Kapitalmarkt und Sie, die Aktionäre, durch unsere Dividenden.

Anders als in Zeiten des Werkaufbaus in Dingolfing stehen in diesem und in den kommenden Jahren die Rationalisierung ... im Vordergrund. Dieser Rationalisierungsprozeß zielt darauf ab, Material, Energie und Personal einzusparen.

Wir sind dazu durch die starken Belastungen gezwungen, die einerseits auf der Material- und Energieseite stehen, die uns andererseits aber immer noch von einer die Produktivitätsfortschritte überschreitenden Tarifpolitik drohen. Der Standort unserer Fertigung in einem Hochlohnland mit keinen eigenen Rohstoffreserven ist nur dann aufrechtzuerhalten, wenn unsere Produktivität – ständig verbessert wird.“

VW Hauptversammlung

Süddeutsche Zeitung, 6.7.: „Für das laufende Jahr rechnet das VW-Werk mit einer überdurchschnittlichen Steigerung des Konzernabsatzes um 9,6 % auf 2 315 Millionen Auslieferungen, nachdem im ersten Halbjahr eine Steigerung um 11 % ... eingetreten war.“

Süddeutsche Zeitung, 6.7.: „Die nachfragebedingte Verengung der klassischen Automobilmärkte in Westeuropa und den USA werde zu einem noch härteren Kampf um Marktanteile führen ...“

Schmücker: „Wo keine Gewinne erwirtschaftet werden, können auch Arbeitsplätze nicht erhalten, geschweige denn geschaffen werden. Wohin Verlustsituationen führen können, wurde selten so deutlich demonstriert, wie bei VW vor 2 Jahren!“

Ford

Handelsblatt, 14.7.: „Die Folge des expansiven Geschäfts war eine volle Auslastung der Kapazitäten, deren Grenzen noch durch Sonderschichten ein wenig hinausgeschoben wurden. 3 500 Wagen liefen von den Bändern, 23,5% mehr als 1975. Doch die erhebliche Steigerung des Ausstoßes je Beschäftigten von 13,7 auf 16 Wagen resultierte nicht allein aus dem günstigen Verhältnis von Produktionsvolumen zu Belegschaft ...“ „Der Materialeinsatz hat sich stärker als die Gesamtleistung erhöht ... von 55,3 auf 56%. Größere Wirkungen zeigen sich beim Personalaufwand, dessen Anteil auf 26,2 (29) % gesunken ist.“

Daimler Benz Hauptversammlung

Handelsblatt, 6.7.: „Aktionäre waren voll Freude und Zufriedenheit. Im ersten Halbjahr stieg die Pkw-Produktion um 10,5 % auf 198 000 Wagen.“ „Die Belegschaft stieg im ersten Halbjahr 1977 um 3 500 auf 130 000 Beschäftigte (d.h. nur um 2,7 %).“

„Vor dem Hintergrund dieser Ergebnisentwicklung rechnete Zahn (Vorstandsvorsitzender) Mitarbeitern, Staat, Kunden und vor allem den Aktionären vor, wie sie vom Unternehmen profitieren und voraussichtlich weiter profitieren können.“ „Unter anderem seien wieder Sonderschichten vereinbart worden. So könne 1977 die PKW-Produktion um 30 000 Einheiten weiter gesteigert werden (1976 um 20 000 Einheiten erhöht). Dies sei nun die höchste jährliche Produktionssteigerung seit 1972.“

Handelsblatt, 27.5., Daimler-Zahn: „Japanische Konkurrenz dringt auf allen Märkten vor.“

Süddeutsche Zeitung, 7.7.: „Zahn beschwört amerikanische Gefahr ..., befürchtet wachsende Auto-Konkurrenz aus den USA.“

Handelsblatt, 21.7.: „Hält der Autoboom noch?“ „Diesmal ist man nicht in den Fehler verfallen, aufgrund der starken Nachfrage die Kapazitäten nennenswert zu erhöhen. Das Beispiel VW ist vielen eine Lehre gewesen. Jeder weiß inzwischen, daß wir heute in Europa zu große Produktionskapazitäten haben, die wir voraussichtlich 1985 nicht mehr brauchen. Kein Wunder, daß bei dieser Situation die Automobilfabriken dazu übergegangen sind, den Nachfragebedarf durch Sonderschichten abzufangen. Trotzdem mußten noch 1 000 neue Mitarbeiter zwecks Ausnützung aller Produktionsreserven neu eingestellt werden. (...) Es ist die Frage, ob es nicht schon wieder zu viele sind. Denn in letzter Zeit wird immer wieder darauf hingewiesen, daß die Lohnkosten je Stunde in Deutschland die höchsten in der Welt sind ...“

Leichte Löt- und Montagearbeiten – 4,50 DM pro Stunde

Delmenhorst. Die „leichten Arbeiten“ bei der Firma Delektronik sehen z.B. so aus: an einem Tag sechzig große Kartons öffnen, daraus je fünf nochmals in Kartons verpackte Rundfunkgeräte herausnehmen, diese 300 Geräte auspacken und von den Geräten die Gehäusedeckel abschrauben, die Gehäusedeckel in Fließpapier einwickeln und in andere Kartons verpacken. Daß man abends geschafft ist, ist klar.

Die meisten Frauen erhalten einen Lohn von 4,50 DM. Einige wenige bis zu 6,18 DM für solche und ähnliche Arbeiten, z.B. Plattenspieler oder Kassettenrecorder in Steuergeräte einbauen, einzelne Teile aus der Elektronik ausbauen oder einbauen, Geräte einpacken, auspacken usw. Oftmals wochen- oder monatelang dieselbe Arbeit.

Ca. 15 Frauen waren es bis vor einigen Monaten, die jüngeren, fast alle alleinstehend, haben zum größten Teil gekündigt. Kann man sich von einem Lohn von 600 DM schon nicht mehr durchschlagen, bei einem Kurzarbeitergeld von 380 DM muß man schon zum größten Teil aus der Tasche von Verwandten, Freunden und Bekannten leben. Teile der Arbeiterklasse, die allen Reichtum schafft, erhalten von den Kapitalisten aus diesen Werten nicht einmal soviel an Lohn ausgezahlt, daß sie sich selbständig unterhalten können. Diese Arbeiterinnen, weil jung und leistungsfähig, haben einen neuen Ausbeuter gefunden, die Bekleidungsfabrik La mod. Für die älteren Arbeiter sieht das anders aus. Warum sie sich nicht auch eine andere Arbeit suchen? „Wo findest Du denn was?“ – „Wer nimmt uns noch? Sie wollen die Jungen.“ – „Ich sollte bei der Wolle (Vereinigte Kammgarn Spinnerei, großer Textilbetrieb) anfangen, in Schicht. Das macht mein Mann nicht mit. Die Familie.“ Jetzt sind sämtliche Frauen gekündigt.

Mit der schriftlichen Zusage, in acht bis zehn Wochen wieder eingestellt zu werden. Begründung: Ein Großauftrag, der schon im Frühjahr zugesagt war, ist bis heute nicht eingetroffen. Die Kurzarbeit wurde nur für ein halbes Jahr genehmigt. Das „normale“ Arbeitsverhältnis existiert für diese Frauen praktisch nicht mehr. Sie nähern sich dem Status des Tagelöhners. Während der Kurzarbeit wurden sie einzeln oder in kleinen Gruppen in den Betrieb geholt. Ganz so, wie die Arbeit anfiel, die Profit versprach. Jetzt, wo sie offiziell arbeitslos sind, erledigen sie die anfallende Arbeit in Heimarbeit.

Die Wut ist groß, aber die industrielle Reservearmee drückt. Besser wieder zu einem Hungerlohn anfangen als noch ein Jahr Arbeitslosengeld und dann Arbeitslosenhilfe. Mit dem Lohn des Mannes wird man schon noch über die Runden kommen. Es geht ja mal wieder aufwärts.

Aber dem ist nicht so, und das wird zunehmend klar. Eine Arbeiterin: „Ohne Krieg kommen die da nicht wieder raus.“ Ist die Lage so klar, wird erkannt, was die Kapitalisten vorhaben und wie sie allseitig den Angriff auf die Existenzbedingungen und die Rechte der Arbeiterklasse führen, dann sind die größten Schwierigkeiten im gewerkschaftlichen Zusammenschluß im Kampf für Tarifverträge und eine gewählte betriebliche Vertretung überwunden. – (Zelle VKS, Bezirk Weser-Ems)



Bremen. Die Seeleute der „Kayode Bakare“ stehen nach wie vor im Streik. Bisher schlugen sämtliche Versuche des Reeders, die Streikfront zu brechen, fehl. Der Streik findet Unterstützung bei den Hafenarbeitern, die Delegierte zum Schiff schicken, und bei den Arbeitern und Angestellten Bremens, die sich selbst im Hafen nach dem Stand der Auseinandersetzung erkundigen.

Erfolgreicher Streik für Ablösung am Band

Bremen, Daimler-Benz/Hanomag. Vor einer Woche haben die Arbeiter der Lackiererei gestreikt, um drei Ablöser für das Schleifband zu erzwingen. Vor den Werksferien gab es drei Ablöser am Schleifband und mußten die Arbeiter in einer Schicht 60 Wagen produzieren. Gleich nach dem Werksurlaub wurden die Ablöser weggenommen und sollten 72 Wagen pro Schicht geschafft werden.

Die Arbeiter stellten ein Ultimatum: „Wenn wir innerhalb einer Stunde unsere drei Ablöser nicht wiederbekommen, gehen wir alle zum Betriebsrat.“ und wie einer anfing „Ablöser, Ablöser ... “ zu rufen, riefen alle mit. 20 Minuten lief das Band weiter und wurden die Autos nicht bearbeitet.

Vergeblich versuchte der sozialdemokratische Betriebsrat zu spalten: Ein Ablöser müßte reichen. Die Arbeiter bleiben bei ihrer Forderung. Am nächsten Morgen bei Schichtbeginn waren die drei Ablöser wieder da. – (aus: Bezirksbeilage Bremen-Unterweser)

Tarifkampf Papierindustrie

Herzberg/Harz. Für die Beschäftigten der papiererzeugenden Industrie Niedersachsens wird gegenwärtig über neue Tarife verhandelt. Wie der Betriebsratsvorsitzende der Herzberger Papierfabrik auf der Betriebsversammlung erklärte, sollten die ersten Gespräche über einen neuen Lohntarifvertrag schon in der letzten Woche stattfinden. Im letzten Jahr hatten die Kapitalisten einen Lohnraubabschluß von 5,4 % durchgesetzt; mit einer 7 %-Forderung will die sozialdemokratische IG Chemie-Führung den Kapitalisten einen neuen Lohnraub ermöglichen. Der Tariflohn liegt für die Masse der Arbeiter auf einem Elendsniveau zwischen 7,14 DM und 8 DM (Lohngruppen III-VI).

In der Herzberger Papierfabrik haben die Kapitalisten durch Schichtarbeit, teilweise Vier-Schicht-Betrieb übers Wochenende, durch Streichung von Prämien und Zulagen und durch Einführung neuer Maschinerie die Ausbeutung gewaltig gesteigert. Vom Umweltbundesamt haben sie sich jetzt eine neue Kartonmaschine bezahlen lassen, mit der die Arbeiter aus 5 Millionen Tonnen Altpapier im Jahr hochwertigen Karton produzieren.

Saisonarbeiter bei der Obsternte eingesetzt

Stade. 1 500 bis 2 000 türkische Arbeiter ohne Arbeitserlaubnis und damit ohne jeden Schutz werden gegenwärtig im Alten Land, dem größten Obstanbaugebiet Westdeutschlands, zu Hungerlöhnen bei der Ernte ausgebeutet. Die Nahrungsmittelmonopole, in deren Abhängigkeit die Obstbauern stehen, versprechen sich dadurch Höchstprofite.

Während sonst ausländische Arbeiter ohne Arbeitserlaubnis sofort verhaftet und abgeschoben werden, drücken „Landkreis Stade, die Landesregierung und die Polizei ... bisher beide Augen zu“ (Hamburger Abendblatt, 12.8.). Nach der Ernte wird damit Schluß sein.

Die Bourgeoisie will in der Landwirtschaft die Saisonarbeit wieder zur Regel machen. Mit tausenden ausländischen Arbeitern, nur zur Ernte ins Land geholt und völlig rechtlos, will sie den Druck auf die Arbeiterklasse erheblich verschärfen. Dazu soll das reaktionäre Ausländergesetz entsprechend geändert werden: „Auch der Leiter des Arbeitsamtes Stade, Dr. Hunecke, hat sich für die Legalisierung der Saisonarbeit ... ausgesprochen.“ „Die Arbeitsämter sind trotz der großen Anzahl Arbeitsloser nicht in der Lage, Erntehelfer zu vermitteln.“ Für jede Arbeit zu jedem Lohn sollen die Arbeitslosen verfügbar sein. Das ist das Ziel. – (N-Red.)

Stundenlohn 1,92 DM – Gekündigt – Sperrfrist

Delmenhorst. Einer Dienstverpflichtung durch das Arbeitsamt Delmenhorst als Saisonarbeiter zu den Sonnen-Bassermann-Werken in Seesen/Harz (vier Wochen Sperrfrist waren angedroht) entging eine Arbeiterin dadurch, daß sie eine Arbeit in Wildeshausen, 25 km von Delmenhorst entfernt, annahm. Bei dem Schrottverwerter Schulze mußte sie Putzlappen aus alten Lumpen schneiden, ohne festen Stundenlohn. Bezahlt wurde nach dem Gewicht der zugeschnittenen Lappen. Am Ende der ersten Woche kam heraus ein Stundenlohn von 1,86 DM, in der zweiten Woche von 1,92 DM.

Die Gewerkschaft Textil-Bekleidung riet ihr zu kündigen und gab ihr Rechtsschutz. Das Arbeitsamt Delmenhorst hielt diesen Stundenlohn für zumutbar. Es verhängte eine vierwöchige Sperrfrist. 80 % Arbeitslosengeld für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit, Selbstverwaltung der Versicherung durch die Versicherten, Bezahlung der Beiträge durch die Kapitalisten und den staatlichen Dienstherrn.

Die Durchsetzung dieser Forderungen hat nicht nur ungeheure Bedeutung für die Arbeitslosen, sondern für die gesamte Arbeiterklasse. Wie sonst kann sie den Kampf um einen ausreichenden Lohn auf den Normalarbeitstag erfolgreich führen trotz der Existenz einer riesigen industriellen Reservearmee? – (Zelle VKS, Bezirk Weser-Ems)

Streiks der Arbeiter

Kanada

Der Kampf gegen die absolute Verelendung und für mehr Lohn wird in den USA und Kanada mit äußerster Härte geführt.

In einer Getreidemühle in Montreal befinden sich die Arbeiter seit dem 4. Februar im Streik, weil die Kapitalisten der „Robin Hood Multifood“ noch nicht einmal die staatlich festgesetzte Lohnerhöhung von 8,5% zahlen wollen. Am Freitag, dem 22.7., eröffneten Wehrschutztruppen das Feuer auf die streikenden Arbeiter. Sie waren von einer Gewerkschaftsversammlung in die Mühle zurückgekehrt und stellten fest, daß von der Geschäftsleitung geheuerte Streikbrecher gerade dabei waren, Mehlsäcke auf Lastwagen wegzutransportieren. Die Arbeiter suchten das zu verhindern und wurden daraufhin zunächst von der Polizei angegriffen. Dann erschienen die Werkschutztruppen, von den Arbeitern „goons“ (geheuerte Schläger) genannt, die sofort das Feuer eröffneten. 8 Arbeiter wurden dabei verletzt. Ein Gericht hatte den Streik für illegal erklärt. Aus Solidarität traten Arbeiter von 4 weiteren Getreidemühlen in der Provinz Quebec ebenfalls in den Streik. Nach Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen in Montreal sah sich die Provinzregierung in der vergangenen Woche gezwungen, ein Gesetz gegen die Ausrüstung des Werkschutzes mit Schußwaffen anzukündigen.

USA

Die Arbeiter einer großen Autozubehörfabrik (80% Frauen) in Elwood (US-Bundesstaat Indiana) traten jetzt in den Streik für höheren Lohn und besetzten die Fabrik. Die Arbeiter erhalten dort 2,76 Dollar (6,20 DM) im Schnitt. Die Streikenden wurden von bezahlten Schlägern bedroht, dann wurden die Streikposten beschossen. Als Antwort bewaffneten sich die Arbeiter und beschossen einen Hubschrauber, der den in der Fabrik eingeschlossenen Managern Nahrungsmittel bringen sollte. Der Hubschrauber mußte abdrehen. Erst als die Regierung des Staates Indiana schwerbewaffnete Truppen einsetzte, gaben die Arbeiter die Belagerung der Fabrik auf.

mußte abdrehen. Erst als die Regierung des Staates Indiana schwerbewaffnete Truppen einsetzte, gaben die Arbeiter die Belagerung der Fabrik auf.

Australien

Seit einigen Monaten nimmt die Streikbewegung der australischen Arbeiter für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen großen Aufschwung.

Am 5. August streikten 20 000 australische Arbeiter des öffentlichen Verkehrs, um ihren Forderungen nach höheren Löhnen Nachdruck zu verleihen. Der gesamte öffentliche Verkehr lag für 24 Stunden still.

Im Juli führten 3 000 Arbeiter der US-amerikanischen Autofabrik Chrysler in Südaustralien eine Massenkundgebung gegen geplante Entlassungen und Kurzarbeit durch. Als kurz darauf entgegen ihren Forderungen rund 700 Arbeiter entlassen wurden, legten die Arbeiter die Produktion lahm.

Im Westen Australiens streikten 2 200 Bergarbeiter und andere Arbeiter aus Port Hedland und Newman 37 Tage lang, vom 2. Juni bis zum 8. Juli.

Im Südwesten Australiens demonstrierten Ende Juli 1 200 Arbeiter und ihre Familien aus Fremantle gegen die Verhaftung von 21 Streikposten aus dem Erdöldepot im Norden Fremantles.

Im Bundesland Viktoria streikten im Juli 9 000 Sekundarschullehrer, um sich das Streikrecht zu erkämpfen. Die Lehrer von 25 höheren Schulen in Melbourne schlossen sich diesem Streik Anfang August an. (Nach Hsinhua, 7.8.77)

Schwerer Angriff auf das Lebensniveau der tschechoslowakischen Massen

Wie in allen kapitalistischen Ländern, so verschlechtert sich die Lage der werktätigen Massen auf Grund der sich vertiefenden Krise auch in der Tschechoslowakei beständig. Scheinheilig zeigen die revisionistischen Bourgeois auf die wachsende Inflation in den westlichen kapitalistischen Ländern. Damit wollen sie nur ablenken von der steigenden Last, die sie den werktätigen Massen aufbürden. Mit deren Schweiß und Blut versuchen sie aus der Krise herauszukommen. Nach dem Eingeständnis des verantwortlichen Ministers für das staatliche Preisamt, Sabolchik, wurden die Kaffeepreise ab Juli um 50% hochgesetzt, für Baumwoll- und Wollprodukte um 34%. Am höchsten stieg der Preis für keramische und Glaswaren. Das sind bereits die dritten Preissteigerungen in diesem Jahr. Anfang Januar hieß es, ein neues System von Großhandelspreisen würde eingeführt. Um 41 Prozent trieb die neue Bourgeoisie diese Preise hoch, am stärksten für Brennstoffe und Strom. (Nach Albanische Telegraphen Agentur, 27.7.77)

Die Arbeiter schließen sich für 100 DM mehr Lohn zusammen

Bremer Vulkan: Kapitalisten und Sozialdemokraten kommen nicht durch

Bremen. Am Freitag hat jetzt die Branchenversammlung der größten Branche auf der Werft, der Schweißer und Brenner, stattgefunden. Anfang der Woche war es den Sozialdemokraten auf den Versammlungen der Schiffbauhallen und der Elektriker noch gelungen, den Zusammenschluß der Arbeiter auf diesen Versammlungen im Kampf um mehr Lohn zu verhindern. Die Anträge kommunistischer Arbeiter, 100 DM mehr Lohn jetzt sofort zu fordern und die zur Betriebsratswahl aufzustellenden Kandidaten darauf, wie auf das Aktionsprogramm des Vertrauenskörpers, zu verpflichten, wurden unterdrückt und blieben in der Minderheit.

Die Schweißerversammlung hatten Geschäftsleitung und Sozialdemokratie sauber vorbereitet: Die Branchenvertrauensleute stellten auf einer vorbereitenden Sitzung acht Kandidaten zur Betriebsratswahl auf und planten anfangs, keine Versammlung der ganzen Branche mehr durchzuführen. Dieser Plan scheiterte am Einspruch einiger Vertrauensleute. In der Branche selbst stieß dieser Vorschlag auf große Empörung. Nachmittags bereits war klar, daß die Versammlung stattfinden würde. Am Mittwoch hing dann das Protokoll der letzten gemeinsamen Sitzung von Geschäftsleitung und Betriebsrat am Schwarzen Brett der Schweißerei, obgleich es ansonsten nirgendwo zu haben war. Darin heißt es: „... beinhaltet der Bau einer Fregatte ein betriebliches Fertigungsvolumen von mehr als 1 Mrd. Fertigungsstunden. Demgemäß müsse bei der Belegschaft Klarheit darüber bestehen, daß diejenigen auch im Betriebsrat vertretenen kommunistischen Gruppierungen, die sich gegen den Fregattenauftrag stellen, damit nicht nur den Interessen des Bremer Vulkan, sondern auch dem Beschäftigungsinteresse der Belegschaft entgegenwirken.“

Weiter steht dort: „... daß für die Berücksichtigung des Bremer Vulkans als Generalunternehmer dieses Auftrags die bessere technische Konzeption ausschlaggebend war – dies, obwohl das Konkurrenzangebot preisgünstiger lag.“

Gegen die KBW-Zelle, die „die Arbeitsplätze gefährdet“, mit dem Appell an die – alle anderen Werftarbeiter überragenden – Fähigkeiten der Vulkan-Arbeiter, so sollte die Schweißerversammlung von Geschäftsleitung und Sozialdemokratie bestritten und durch die Aufstellung ihrer acht Kandidaten ohne Verpflichtung auf die Interessen und Forderungen der Arbeiter gewonnen werden.

Damit sind sie nicht durchgekommen. Mehr als zwei Drittel der Schweißer und Brenner lehnten es nach dreiviertelstündiger heftiger Auseinandersetzung ab, den achtköpfigen Kandidatenvorschlag zu akzeptieren und bestanden auf dem Recht, ihre Kandidaten selbst vorzuschlagen. Ein KBW-Genosse wurde vorgeschlagen. Dazu wird jetzt in der kommenden Woche eine erneute Versammlung durchgeführt. Zugrunde liegt dem, daß die Lüge der Geschäftsleitung, ihre Fregattenkonzeption wäre nicht die preisgünstigste gewesen – obgleich man in allen bürgerlichen Zeitungen das Gegenteil lesen konnte –, geplatzt ist. Sie haben den Auftrag erhalten, weil sie Spitzenreiter in der Ausbeutung der Arbeiter sind. Diesen Kurs wollen sie fortsetzen, und zu diesem Zweck will die Sozialdemokratie die Betriebsratswahlen gewinnen, um die Arbeiter dem zu unterwerfen. Gegen diesen Kurs sind die Arbeiter. Man hat sich in den Kolonnen über die Lage verständigt. Ende September werden für die Schweißerei nahezu sämtliche Überstunden gestrichen. Am Donnerstag hat der noch amtierende Betriebsrat der Versetzung von 50 Schweißern in andere Gewerke zugestimmt, damit die restlichen Schweißer weiterhin Überstunden machen können.

Das ist auf große Empörung gestoßen dort, wo es bekannt geworden ist. Gegen die Betriebsräte, die dem zugestimmt haben, wollten mehrere versetzte Schweißer auf der Versammlung auftreten. Als jetzt die Lohnzettel ausgeteilt wurden, war die Empörung groß: Die Steuerabzüge waren wegen des Urlaubsgeldes hoch wie nie. Mehrere Kollegen haben, weil sie sich einen Urlaubsvorschuß genommen hatten, jetzt weniger Geld ausgezahlt bekommen als in den Monaten je zuvor. Und das, wo der Lohn vorher schon nicht reichte. Als ein Arbeiter auf die Hamburger Krisensitzung von Schmidt und Konsorten verwies und meinte, jetzt würde ja wohl die Steuer um 10 % herabgesetzt, war das Gelächter groß. „Das glaub ich nur, wenn ich es in der Tasche habe. Das sind doch alles leere Versprechungen, um uns hinzuhalten.“ „Wenn die so was schon bereden, dann kannst du gewiß sein, daß sie dir mit einer Hand ein Brötchen reichen, um mit der anderen Hand dir das ganze Brot zu nehmen.“ „Ungespitzt in den Boden rammen sollte man diesen Staat, 800 DM Abzüge habe ich.“

Werden die Überstunden gestrichen, weiß kein Arbeiter, wie er lang kommen soll. Einhellig unterstützt wurde in einer Kolonne, daß man auf der Branchenversammlung jetzt die Forderung nach 100 DM mehr aufstellen und den Betriebsrat wie die zu wählenden Kandidaten darauf verpflichten muß. Dazu wollen sich am Wochenende mehrere Schweißer treffen, um gemeinsam Reden und einen Antrag für die Versammlung zu erstellen. – (Zelle Bremer Vulkan)

Interessen des Bremer Vulkan, sondern auch dem Beschäftigungsinteresse der Belegschaft entgegenwirken.“
digt. Ende September werden für die Schweißerei nahezu sämtliche Überstunden gestrichen. Am Donnerstag
gemeinsam Reden und einen Antrag für die Versammlung zu erstellen. – (Zelle Bremer Vulkan)

„Vermittlungsprobleme“

„Die Lehrlingsgehälter drücken die Betriebe“, so lautet die Schlagzeile des „Handelsblatt“ vom 10.8. auf der Titelseite. Der Deutsche Industrie- und Handelstag möchte „Entlastung bei Ausbildungskosten“. Nur so könne „eine ausreichende Zahl von Ausbildungsplätzen ... gesichert werden“. Außerdem verlangte der DIHT erneut „eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für die betriebliche Berufsausbildung“. „Dadurch sollte die Berufsausbildung vor allem in kleineren und mittleren Betrieben erleichtert werden.“ 100 000 zusätzliche Lehrstellen haben die Kapitalistenverbände angekündigt. In großem Maßstab wollen sie die jugendliche Arbeitskraft ausbeuten. Da können alle Anforderungen an die betriebliche Ausbildung nur hinderlich sein. Können die Lehrlinge für niedrigsten Lohn in der Produktion eingesetzt und vernutzt werden, warum sollte man dann nicht Lehrstellen schaffen können?

Wochenlang haben verschiedene Tageszeitungen eine Kampagne durchgeführt: „Gesucht: Lehrstellen für Hamburgs Jungen und Mädchen“ usw. Da hieß es dann beinahe täglich: „Immer wieder melden Firmen: Wir helfen auch!“ und „Hier gibt's Lehrstellen“. (Hamburger Abendblatt) Im Kreis Stade, berichtet das „Hamburger Abendblatt“ dann, gebe es sogar rund 6 100 Ausbildungsplätze, denen nur 5 800 Berufsanwärter gegenüberständen. „Dennoch wird auch hier mit arbeitslosen Schulabgängern gerechnet, weil Berufswünsche und Ausbildungsplätze nicht immer in Übereinstimmung zu bringen sind. So sind Berufe im Bauwesen und Nahrungsmittelhandwerk (Bäcker, Fleischer) wenig gefragt. Allein im Maurerhandwerk sind im Kreis Stade noch 100 Lehrstellen unbesetzt.“ Der Zorn der Bourgeois ist groß. So seien z.B. keine Bewerber vorhanden für 100 Lehrstellen als Verkäuferin im Lebensmitteleinzelhandel, 60 Stellen für Fachverkäuferinnen in Schlachtereien, 40 Schlachter-Lehrstellen, 22 Kellner-Lehrstellen, 15 für Friseure, sieben für Gebäudereiniger, sechs Glaser- und drei Former-Lehrstellen „warten auf clevere Jungen“ (Hamburger Abendblatt).

Die Jugendlichen wissen, daß die Kapitalisten in vielen Betrieben Lehrlinge nur einstellen, um billige Arbeitskräfte zu haben und daß nach der Ausbildung in diesen Berufen die Arbeitslosigkeit auf sie wartet. So stieg die Zahl der Bäckerlehrlinge von 1971 bis 1975 von 9 809 auf 15 105 und die der Fleischerlehrlinge von 11 307 auf 15 759, gleichzeitig stieg die Zahl der Arbeitslosen bei den Ernährungsberufen von 5 414 auf 26 922.

Zwangsmaßnahmen sind deshalb nötig, um den Widerstand der Jugendlichen gegen Ausbeutung zu Niedrigstlöhnen zu überwinden. In Oldenburg wurde einem arbeitslosen Jugendlichen, der eine Praktikumsstelle für seine Ausbildung brauchte, angeboten: „Wir haben eine Stelle für Sie, als Obstverkäufer auf Wangerooge“ – Saisonarbeit. Als der Jugendliche darauf hinwies, daß er für seine Ausbildung einen Praktikumsplatz brauche und in Oldenburg zur Berufsschule müsse, wurde ihm gesagt: „Ja, dann können Sie auch kein Arbeitslosengeld bekommen, da Sie dem freien Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen.“

„Ermutigende Zwischenbilanz“, meinte das „Hamburger Abendblatt“ nach zwei Monaten Lehrstellenkampagne. Ermutigend, weil die Bourgeois in der Schürung der Konkurrenz unter den Jugendlichen vorangekommen zu sein meinen. Es „wachen jetzt immer mehr Firmen auf“, die wieder Geschmack an der Ausbeutung von Lehrlingen finden.

„Zwischenbilanz“, weil die Kapitalisten mit der Drückung des Lohns und Steigerung der Auspressung der jugendlichen Arbeitskraft noch viel mehr vorhaben. – (N-Red)

„Ihr habt eine hohe moralische Verantwortung ...“

Hildesheim. Lehrstellenantritt in einem Hildesheimer Metallbetrieb. Etwa 20 Lehrlinge wurden neu eingestellt. Viele haben schon einige Bewerbungen hinter sich. Sie wurden jetzt nach einem „Eignungstest“ unter vielen anderen ausgesucht. Von zehn Lehrlingen wollten sechs eigentlich etwas anderes werden. Bei der Berufsberatung wurden sie „überzeugt“, daß sie jetzt Werkzeugmacher, Modelltischler oder Former werden. Alle sind froh, daß sie eine Lehrstelle haben. Jeder muß die Lehrstelle nehmen, die er bekommt. „Ihr habt eine hohe moralische Verantwortung zu tragen, gegenüber dem Teil Eurer Generation, der das Pech hatte, keine Lehrstelle zu finden. Deshalb werdet dieser Verantwortung gerecht und seid fleißig“, erklärte ein Meister gleich am zweiten Tag bei der Führung durch den Betrieb.

Am Nachmittag ging es dann richtig los. Die Modelltischler müssen ein Brett nach dem anderen zersägen. Auf die Frage der Lehrlinge, warum sie dazu nicht an die Maschinen dürfen, sagt dann ein Meister: „Stellt Euch mal vor, unsere Bandsäge ist kaputt. Dann müssen wir das mit der Hand sägen. Außerdem muß man das können.“ Danach kommt das Hobeln: sinnlos ein Brett nach dem anderen einfach weghobeln. Die Former müssen Formkästen mit der Hand stampfen, einen nach dem anderen, eine stumpfsinnige Arbeit, die sich auch später kaum ändert. Die Werkzeugmacher und Modellschlosser müssen nach Zeit U-Eisen feilen. Für acht Stunden gibt es eine Eins, für neun Stunden eine Zwei usw. Zwischendurch wird dann Eisen gefeilt, Platten mit Name und Beruf hergestellt, und natürlich geht es auch mal durch den Betrieb. Die Tätigkeiten sind reine Schikane, der Widerstand der Lehrlinge soll gleich zu Anfang gebrochen werden. Während der Arbeitszeit dürfen sich die Lehrlinge in allen drei Berufen nicht setzen. Die Lehrlinge aus dem ersten Lehrjahr fallen abends kaputt ins Bett.

Die Ausbilder versuchen, die verschiedenen Abteilungen gegeneinander auszuspielen und zu spalten. Der Beruf des Formers sei doch nur ein reiner Kraftberuf, wird den Werkzeugmacher- und Modelltischlerlehrlingen erzählt, als Werkzeugmacher und Modelltischler dagegen brauche man Köpfchen. Ein Lehrling aus dem zweiten Lehrjahr hat berichtet, daß sie bei „ordentlicher Arbeit“ und guten Zensuren früher an die Maschinen dürfen. Prämien gibt es für Pünktlichkeit, Sauberkeit, Fleiß, Noten usw. Die werden halbjährlich abgerechnet, kommen also entweder zum Lohn hinzu oder werden abgezogen.

Gegen die Unterdrückung schließen sich die Lehrlinge spontan zusammen, indem sie sich gegenseitig helfen, gemeinsam Pausen während der Arbeitszeit einlegen. Die Modelltischlerlehrlinge wollen geschlossen in die Gewerkschaft eintreten. – (KJB Hildesheim)

Hamburg. Für die 35-Stunden-Woche – gegen „Rastertarifvertrag“. In den Hamburger Druckbetrieben werden die Verhandlungen über die Einführung neuer Satzverarbeitungstechniken in der Druckindustrie genau verfolgt. Die nächste Verhandlung darüber ist am 18./19. August in München. Verhandlungsbasis ist ein sogenannter „Rastertarifvertrag“, den die IG Druck und Papier vorgeschlagen hat, und ein Papier der Druckkapitalisten. Bei Gruner & Jahr in Hamburg und beim Heinrich-Bauer-Verlag wird der vorgelegte Entwurf für den Rastertarif abgelehnt, weil er hinter das Aktionsprogramm der IG Druck zurückfällt. In einem Brief des Vertrauensleutekörpers bei Bauer mit Unterschriften der Belegschaft wird die Tarifkommission aufgefordert, den Rastertarif-Entwurf fallenzulassen und sich unter anderem für die Forderungen: Beschränkung der Arbeitszeit an Bildschirmgeräten auf vier Stunden, 35-Stunden-Woche für alle, auf jeden Fall an Bildschirm-Geräten, einzusetzen. Der Hauptvorstand wird darauf hingewiesen, daß für den Rastertarifvertrag keine Kampfbereitschaft besteht, wohl aber für die Durchsetzung dieser Forderungen. Daß für den Rastertarifvertrag keine Kampfbereitschaft besteht, ist verständlich, enthält er doch keine wirklichen Schutzrechte, sondern sieht sogar die Möglichkeit der Akkordarbeit durch Betriebsvereinbarung vor. Die Linie der Sozialdemokratie ist es, die Forderung nach dem Siebenstundentag zu unterdrücken durch die Formulierung „Arbeitszeitverkürzung“ und „Novellierung der Arbeitszeitordnung“. Entscheidend ist aber der Zusammenschluß mit den anderen Berufen, mit den Hilfsarbeitern, Angestellten und Redakteuren, für Tarifverträge, für gleichen Lohn an den gleichen Geräten, für Forderungen, die alle betreffen, für den Siebenstundentag.

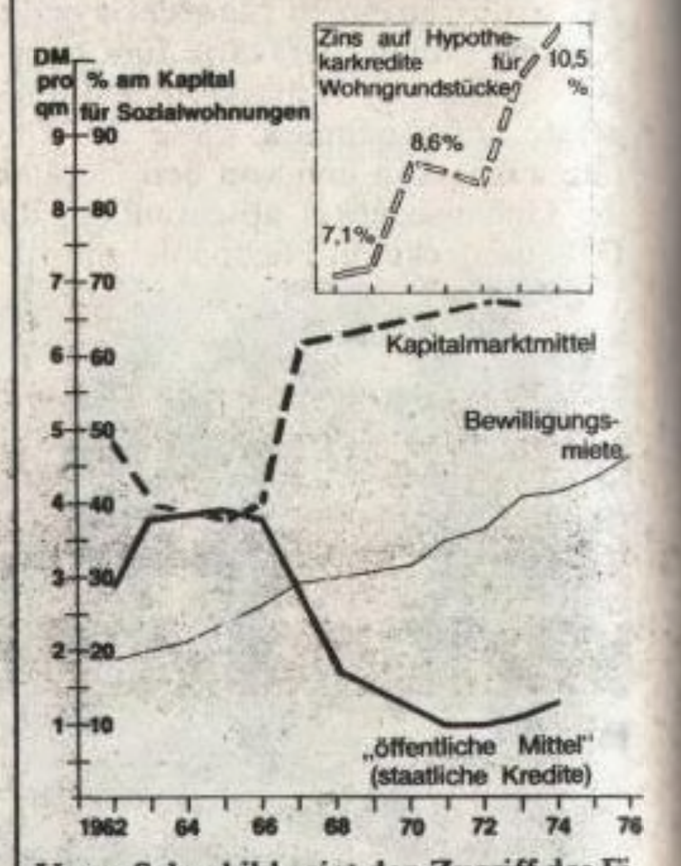
Westberlin. Am 10. August stimmten auf der Jugendversammlung DIAG/Fritz Werner 18 Lehrlinge einer Resolution zu, in der die Westberliner Delegation zum IG-Metall-Gewerkschaftstag aufgefordert wird, einen Initiativantrag mit den Forderungen: Festgeldforderung für den kommenden Lohnkampf, für Auszubildende mindestens in Höhe von 100 DM, zu vertreten. Mit dem Argument, die Resolution sei vom KBW, hat der Ausbilder Druck ausgeübt, so daß sich 30 Lehrlinge bei der Abstimmung enthielten.

Freiburg. Vor zwei Wochen haben Arbeiter der Firma SIW u.a. über eine Lohnerhöhung vor der Tarifrunde diskutiert. Sie haben eine Forderung nach 60 Pfennig für alle gleich aufgestellt und begon-

Freiburg. Vor zwei Wochen haben Arbeiter der Firma SIW u.a. über eine Lohnerhöhung vor der Tarifrunde diskutiert. Sie haben eine Forderung nach 60 Pfennig für alle gleich aufgestellt und begonnen, den Kampf darum zu organisieren. Jetzt haben Kollegen in einem anderen Betrieb ebenfalls den Kampf für betriebliche Lohnerhöhung eingeleitet.

25 Arbeiter bei der Firma Ehinger haben eine Erklärung unterschrieben, in der es unter anderem heißt: „... Nicht nur die gestiegenen Preise machen einen höheren Lohn notwendig, sondern auch die miserablen Arbeitsbedingungen, die unerträgliche Hitze im Sommer, die schädlichen Dämpfe usw. Das drückt auf unsere Gesundheit. Die Forderungen nach Verbesserung der Arbeitsbedingungen sind bisher mit dem Argument der Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit der Firma abgelehnt worden, z.B. die Forderung nach Verlegung des Arbeitsbeginns auf eine Stunde früher. An dem Beispiel sieht man: Weil die Geschäftsleitung die Forderung abgelehnt hat, steigen für uns die Kosten. In der Hitzeperiode ist oft der Getränkeautomat innerhalb von einem Tag leer, das geht ins Geld. Aus diesen Gründen brauchen wir ab sofort für jeden 100 DM mehr pro Monat...“ Die 25 Kollegen sind Mehrheiten in drei Abteilungen. Am Donnerstag kurz vor der Mittagspause versammelten sich 25 bis 30 Arbeiter, um der Geschäftsleitung den Text mit der Anzahl der Unterschriften zu übergeben.

„Sozialmiete“



Unser Schaubild zeigt den Zugriff des Finanzkapitals auf die Lohngelder der Arbeiter über die Mietzahlungen. Im „Sozialen Wohnungsbau“ geht die Steigerung des Anteils der „Kapitalmarktmittel“ an den Kosten des Wohnungsbaus einher mit der Steigerung der Zinseinnahmen der Banken für Hypothekarkredit. Gleichzeitig ist die „Bewilligungsmiete“, also die staatlich festgesetzte Grenze für die Miete in Sozialwohnungen in den ersten Jahren, auf über 4 Mark pro Quadratmeter gestiegen. Für Sozialwohnungen aus den Jahren 1970 bis 1974 wird für 1980 eine Miete von sieben bis 9 DM pro Quadratmeter von der Bundesregierung geschätzt.

„Strukturmängel verschärfen die Absatzkrise“
Die Pläne der Stahlmonopole und der Finanzkapitalisten

Lohndruck und Existenzunsicherheit für die Stahlarbeiter / Verschärfung des Konkurrenzkampfes / Zerstörung und Verödung ganzer Regionen

Osnabrück/Georgsmarienhütte. Die Debatten um die Vorbereitung des Lohnkampfes in der Stahlindustrie haben sich verstärkt. Die Frage, wie die Entlassungen und Umbesetzungen zurückschlagen, die die Klöckner-Kapitalisten in beiden Werken planen, steht dabei mit im Mittelpunkt. Daß man mindestens 200 DM mehr braucht, das ist die Meinung der Arbeiter. Dies durchzusetzen, geht nur mit Streik. „Auf Verhandeln kann man sich sowieso nicht einlassen.“ Aber: „Können wir uns gegen die Kapitalisten durchsetzen?“, ist eine von vielen Fragen.

Im letzten „Stahlwerker“ haben wir ein Beispiel gezeigt. Würden die Arbeiter auf der Georgsmarienhütte in der Vergüterei die Klamotten hinschmeißen, wo Teile für VW hergestellt werden, würde VW gegenüber Klöckner toben. Solche Bedingungen können die Arbeiter gut nutzen. Im Betrieb war die Hölle los. Die Arbeiter fanden das gut. Ein Meister versuchte, „Stahlwerker“ einzusammeln. Fragen tauchten auf: „Wie stellen wir die Einheit her?“ „Haben wir die Kraft, die zu schlagen, wo doch die Lage auf dem Stahlmarkt so schlecht ist?“ Die Einheit der Arbeiter ist wesentlich. Die Bedingungen sind nicht leicht, die industrielle Reservearmee drückt, und Spaltung über das Lohnsystem ist vorhanden. Die Einheit kann nur hergestellt werden über ein Bewußtsein über die eigene Lage, und daß es keinen Schritt zurück mehr geben kann.

Die andere Seite ist das Lager des Feindes. Man muß die Lage des Feindes kennen, wenn man ihn schlagen will. Das wissen die Arbeiter genau.

Daß die Stahlkapitalisten in einer Krise stecken, ist klar, daß die Konkurrenz zwischen den Kapitalisten scharf ist, spürt man. Die Stahlkapitalisten winden sich, um aus der Krise rauszukommen. Über die Verschärfung der Ausbeutung der Stahlarbeiter wollen sie es erreichen, bei gleichzeitiger Drosselung der Produktionszahlen.

Ihre Bourgeoisschreiberlinge wollen diese Verfaulung rechtfertigen, dazu greifen sie weit zurück. Ein Helmut Uebbing von der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ zitiert am 5.8. aus der Zeitschrift „Stahl und Eisen“ von vor über 70 Jahren: „Die Technik des Eisenhüttenwesens steht heute mehr als je im Zeichen des Massenerzeugung, und jedenfalls ist es jetzt ein größeres Kunststück, den Absatz der gewaltigen erzeugten Mengen regelmäßig zu bewirken und sich in der Darstellungsmenge weise Beschränkung aufzuerlegen, als die Erzeugung stets weiter bis ins Unangemessene zu steigern. Denn es ist doch daran festzuhalten, daß der Endzweck des Daseins aller industriellen Anlagen nicht die Erzielung einer Höchstleistung in der Erzeugung oder eines Triumphs der Technik, sondern eine angemessene Verzinsung der zu ihrem Bau und Betrieb aufgewendeten Kapitalien ist.“ Nicht Produktion zur Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse, sondern um des Profits willen, den es aus den Arbeitern herauszuschinden gilt. Das einzige Streben der Kapitalistenklasse seit ihrer Existenz.

Den Bourgeoisschreiberling interessiert noch ein anderes „Phänomen“, daß der Absatz der Stahlkapitalisten in der EG und vor allem der westdeutschen Stahlkapitalisten nicht klappt. Schließlich sollen diese das Kommando haben, den Profit einstreichen und die Konkurrenz niedermachen.

Beschworen wird, „daß die Stahlwerke sich nicht untereinander zerfleischen und mit geschwächten Kräften dem Ausland begegnen“. (Frankfurter Allgemeine Zeitung) Vor allem den Japanern und den USA. Die Beschwörungen helfen nicht, alle Maßnahmen, wie Mindestpreise und Produktionsbeschränkungen, die schon von der EG-Kommission beschlossen wurden, fliegen über den Haufen. Die Gier des einzelnen Stahlmonopols nach Profit bricht sich Bahn. „Walzstahl etwa, der aus den abenteuerlich kalkulierenden italienischen Werken um Brescia auf den süddeutschen Markt kommt und bis nach Norddeutschland hin jede vernünftige Kalkulation in Industrie und Handel gefährdet“, sprich: die Profite der westdeutschen Stahlkapitalisten bedroht, versetzt die Stahlkapitalisten in Raserei. „Im Verlauf des Jahres mußten wir feststellen, daß in der Küche ungebetene Gäste kräftig mitaßen“, so Klöckner-Chef Gienow auf der letzten Aktionärsversammlung.

Ausgedehnte Expansion läßt sich nur bewerkstelligen bei verschärfter Ausbeutung. Die Klöckner-Kapitalisten haben mittlerweile den Salzgitter-Konzern abgehängt, der Kauf der Max-Hütte machte das möglich über die verschärfte Auspressung der Arbeiter. Sie haben sich in Südafrika eingekauft mit Klöckner-Ferromatik, sie gehen die Eroberung des US-Marktes an über Klöckner-Pentaplast und über den Einkauf in die Maschinenfabrik Holsten & Kappert AG.

Verschärft sich die Konkurrenz der Stahlmonopole untereinander, so treten gleichzeitig ganze Staaten gegeneinander an, geführt durch das jeweilige Finanzkapital; Industrie- und Bankkkapital sind verschmolzen zum Finanzkapital, nirgends so deutlich wie in der Stahlindustrie, z.B. Klöckner: Allein im Aufsichtsrat und Vorstand sechs Vertreter der Banken, darunter Dresdner, Commerz- und Deutsche Bank, die drei größten. Genauso bei den anderen Stahlkonzernen.

Knallen tut es auf dem Weltmarkt. „EG-Stahl läßt sich in USA wieder mit Gewinn verkaufen“, „Amerikanische Gerichte könnten deutschen US-Export stoppen“, „Bundeskanzler Helmut Schmidt hat bereits bei Carter interveniert“. Schlagzeilen der Bourgeoisie. Die US-Stahlmonopole geraten in Hektik: Einfuhrbeschränkungen müssen her! Sie wollen ihren Markt gegen die Konkurrenz abschotten. Das schärft den Konkurrenzkampf weiter.

Trotz ihres Vorstoßes klagen die westdeutschen Stahlkapitalisten: „Strukturmängel verschärfen die Absatzkrise.“ Teile ihrer Kapazitäten sind nur zu 60 % ausgelastet. Überkapazitäten, die als tote Kosten auf die Profitrate drücken. Dagegen die Maßnahmen zur Verschärfung der Ausbeutung. Es reicht noch nicht. Sind in der BRD 1976 gegenüber 1975 5 % mehr Rohstahl erschmolzen worden, haben die Händler aber insgesamt 10 % mehr eingekauft. Gienow: „Die deutsche Stahlindustrie hat aber an der Deckung dieses gestiegenen Bedarfs keinen angemessenen Anteil.“ „Weiter voran in der Ausbeutung der Arbeiter“, das ist der Schlachtruf der Klöckner-Kapitalisten, um die Konkurrenz auf dem Markt zu schlagen.

Drückung des Lohns und vollständige Existenzunsicherheit, damit wollen sie alle Stahlarbeiter überziehen. Der Kauf der Max-Hütte brachte Klöckner bessere Kapazitäten als auf der Georgsmarienhütte, OBM-Stahlwerk, Stranggußanlage, Feinwalzstraße sowie eine eigene Erzbasis! Erst haben sie auf der Max-Hütte rationalisiert, jetzt haben sie zwei „Oberrationalisierer“, Dr. Teich und Dr. Fuchs, direkt Gienow unterstellt, aus Duisburg in das Werk Georgsmarienhütte gesetzt. So entwickeln sich Gerüchte, daß der Hütte in den nächsten Jahren Stillegung droht. Die Sozialdemokraten rennen im Betrieb damit herum. „Lohnforderungen, bei der Lage?! Können froh sein, wenn sie uns was geben.“

Wir sagen, was gibt es da schwarz zu malen. Die Konkurrenz der Kapitalisten ist so scharf, jeder Prozentverlust Marktanteil macht sie verrückt! Diese Lage können wir nutzen, um ihre Maßnahmen wie Entlassungen, Kurzarbeit und Umbesetzungen zurückzuschlagen, einen ausreichenden Lohn auf den Normalarbeitstag zu erkämpfen.

Die Lage ist günstig, die Völker Afrikas machen Revolution, da wird auch Klöckner Schläge bekommen. Eine große Hilfe für unseren Kampf. „Wenn wir jetzt kämpfen, machen die dann nicht den ganzen Betrieb dicht?“, fragen Arbeiter im Betrieb. Die Sozialdemokraten streuen das aus im Verbund mit den Kapitalisten.

Existenzunsicherheit ist für die Arbeiterklasse etwas alltägliches im Kapitalismus. Da gibt es kein anderes Mittel als ihn zu zerschlagen. Läßt man die Kapitalisten unter dem Etikett „Arbeitsplätze sichern“ machen, so ist das nur Stachel für neue Taten.

Es sind hohe Anforderungen an die Arbeiter, die der Kampf verlangt. Aber das Bewußtsein über die Aufgaben steigt, das Interesse an der Kommunistischen Volkszeitung wächst. Es sind Indizien. Gute Voraussetzungen, um die geplanten Maßnahmen der Kapitalisten zurückzuschlagen, den Lohnkampf zu führen und damit Schritte zur sozialistischen Revolution zu machen. – (Klöckner-Zelle Osnabrück/Georgsmarienhütte)

220 DM Festbetrag ist auf jeden Fall richtig!

Ein Kranführer bei Klöckner bekommt seinen Lohnzettel. Dieser unterteilt sich in folgende Bestandteile:

Pro Stunde:

5,96 DM	Festbetrag
2,27 DM	19 Wertzahlen mal 11,97 Pfennig (über analytische Arbeitsplatzbewertung)
0,82 DM	10 % Dynamisierung
0,55 DM	Betriebliche Lohnzulage
9,60 DM	Gesamt

Von diesen 9,60 DM sind 5,96 DM ein feststehender Betrag, die anderen Beträge können sich ständig verändern. In diesem Fall sind 62 % feststehender Lohnbestandteil.

Zu diesem Betrag kommen aber noch pro Stunde 0,34 DM Prämien dazu. Jeweils nach Tonnenanzahl und geleisteten Arbeitsstunden variabel. Jetzt hat er nur noch 59 % an festem Lohnbestandteil.

Noch nicht genug. Denn der Arbeiter muß Schicht arbeiten, wogegen man sein muß. Er bekommt darüber im Monat 305,45 DM zusätzlich an Zulagen. 39 DM vermögenswirksame Leistungen kommen noch dazu. Bei 184 Stunden, die der Kranführer arbeitet, hat er einen feststehenden Bruttobetrag von 1096,64 DM. Er hat insgesamt mit den nichtfeststehenden Beträgen 2 173,41 DM. Also 50 % feststehende, nicht variable Bestandteile und 50 % variable Lohnbestandteile.

Die Stahlkapitalisten haben also viele Fallen gestellt, um den Lohn des Arbeiters anzugreifen. Zwar stehen verschiedene Zahlen vertraglich fest, aber dies soll die Möglichkeit den Kapitalisten eröffnen, den Lohn des Arbeiters anzugreifen.

Die Forderung nach 200 DM Festbetrag oder nach 1,20 DM pro Stunde ist von großer Bedeutung im Kampf der Stahlarbeiter gegen die Spaltung und Konkurrenz in der Arbeiterklasse. – (N.-Red)

„Jeder muß seine Toten selbst begraben“

Peine/Salzgitter. „Jeder muß seine Toten selbst begraben“, so äußerte sich der Vorstandsvorsitzende des Salzgitter-Konzerns, Birnbaum, vor kurzem im „Spiegel“ zu Fusionserwägungen der Stahlkapitalisten.

„Damit haben die Stahlbosse längst begonnen“, ergänzte der „Spiegel“. Ende des Jahres wird die Hauptverwaltung von Peine und Salzgitter (P & S) von Peine nach Salzgitter verlegt. Dort befindet sich bereits die Hauptverwaltung des Salzgitter-Konzerns, zu dem P & S gehört. 300 Angestellte sind davon mindestens betroffen. Sie haben „die Wahl“ zwischen Arbeitslosigkeit und ein bis anderthalb Stunden Fahrzeit und Umzug, der einiges kosten wird. Alle werden nicht mitgehen können, Kündigungen sind nach Äußerungen des Betriebsratsvorsitzenden Gerlach von vornherein eingeplant.



Produktion und Verwaltung von P & S sollen in Salzgitter konzentriert werden. Schon in der „Entwicklungsplanung Ilsede“ – Ilsede ist ein 13 000-Einwohner-Ort sieben Kilometer von Peine entfernt – von 1972 wurde die Möglichkeit einer Stillegung des Hochofenwerks Ilsede, das das gesamte Roheisen für die Walzwerke in Peine liefert, erwogen. Das Roheisen könnte dann in Pfannenwagen von Salzgitter nach Peine gebracht werden. Vor 1980 sei damit allerdings nicht zu rechnen, heißt es in dem dicken Ordner.

Was von solcher Planung der Profitproduktion zu halten ist, beweist sie selbst. Die Erzgrube Lengede, die laut Planung 1978 stillgelegt werden sollte, wurde schon letztes Jahr geschlossen. Die Grube Bülten, von der noch garnichts feststand, sogar schon vorher. Der Salzgitter-Konzern hat sich seine Erzbasis in Übersee erobert und vom Hamburger Senat für den Transport einen ganz neuen Hafen bauen lassen. Die Krise der Profitproduktion in der Stahlindustrie treibt die Stahlkapitalisten, ebenso ganze Walzwerke wie das Feinwerk in Peine zu schließen, um Stabstahl, Betonstahl usw. nur noch in Salzgitter zu walzen.

Sowohl in Peine als auch in Salzgitter herrscht der Salzgitter-Konzern. Um 1860 wurde mit dem Aufbau der Ilseder Hütte, dem heutigen Werk Peine von P & S, begonnen. Das Werk Salzgitter wurde erst 1937 auf direkte Anweisung Hitlers als „Reichswerke Hermann Göring“ gegründet. Beide Gebiete sind äußerst fruchtbares Akkerland. Peine war eine „rein landwirtschaftliche Stadt mit knapp 4 000 Einwohnern“, Salzgitter existierte bis 1937 gar nicht. Stattdessen gab es einzelne Dörfer, die heute zum Teil den Kern der Stadtteile der völlig zerrissenen Stadt bilden. 130 000 ha Land eigneten sich die „Reichswerke“ bis Kriegsende gegen den heftigen Widerstand der Bauern an. Durch den Abbau „heimischer Erze sollte der Kriegsbedarf an Roheisen unabhängig von anderen Ländern gedeckt werden“. 685 der 1 500 landwirtschaftlichen Betriebe wurden gleich ganz stillgelegt, ein Teil der Bauern wurde ausgesiedelt. 1966 gibt es nur noch 300 Bauernhöfe in Salzgitter, um 60 % ist die Anzahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft von 1949 bis 1960 zurückgegangen. Die Bauern wurden in die Fabriken gepreßt.

Einzig für die „Reichswerke“ wurde die Stadt Salzgitter aufgebaut. Zigtausende von Arbeitern wurden zum größten Teil zwangsverpflichtet. 42 % der Bevölkerung wohnen in Salzgitter-Lebenstedt, zehn Kilometer von der Hütte entfernt. 50 % der Wohnungen gehören der Salzgitter Wohnungs AG, also dem Konzern. Er diktiert die Preise. Ein Facharbeiter in Peine zeigte an seinen Lohnzetteln, daß die Mieten der Glückauf-Wohnungs AG, einem Gegenstück zur Salzgitter Wohnungs AG, seit 1972 fast genau um den Betrag gestiegen sind, den die Netto-Lohnerhöhung ausmacht.

Peine zählt heute zu den Städten mit der höchsten Luftverschmutzung in ganz Niedersachsen.

Die Arbeitslosigkeit in Peine und Salzgitter liegt ständig über dem Durchschnitt, bei 7,4 % in Salzgitter, in Peine im Juli bei 6,3 % (2 150 Arbeitslose). „Die Strukturschwächen müssen ausgeglichen werden.“ Die Rufe der bürgerlichen Politiker nach mindestens 25prozentiger statt wie jetzt ohnehin schon 15prozentiger Wirtschaftsförderung für Neuansiedlungen nehmen mit der Stahlkrise zu. Nur an den Profiten der Kapitalisten verbessern sie was. „In Ilsede war in letzter Zeit zu vermerken, daß immer mehr jüngere Menschen die Gemeinde verlassen“, hieß es schon 1975. Um 800 nahm die Bevölkerungszahl Peines in den letzten zwei Jahren ab, das sind 1,1 %.

Haben die Stahlkapitalisten in ihrer Profitgier die Vernichtung der natürlichen Produktionsbedingungen rasch vorangetrieben, haben sie die Ausbeutung gewaltig gesteigert – die Belegschaft des Hochofenwerks Ilsede ist von 1965 bis 1975 um die Hälfte auf 880 gesunken –, so wird sich die Verlagerung von Produktionsteilen nach Salzgitter als Todesstoß für das Peiner Gebiet auswirken. Das riesige Heer erfahrener Arbeiter in Salzgitter und Peine wird aus den Plänen der Stahlkapitalisten lernen, daß sie der Ausbeuterklasse den Todesstoß versetzen müssen. – (Bezirk Braunschweig-Östliches Niedersachsen)

Mannesmann: Große Mobilmachung für den Profit

Ende letzten Jahres sagte Overbeck, früher Major in der imperialistischen Armee im 2. Weltkrieg, heute Vorstandsvorsitzender des Mannesmann-Konzerns, in einem Referat vor dem Betriebswirtschaftstag: „Die Wahlen zum Bundestag sind vorüber. Es kommt die Zeit des Regierungsprogramms und der Antwort der Opposition. Schließlich kommt die Zeit der Arbeit.“ Overbecks „Arbeit“ besteht darin, für die Mannesmann AG Finanzhaie und Couponschneider die Profitproduktion auf Vordermann zu bringen. Deshalb die geplante Stillegung der Mannesmannwerke in Reisholz. Im November ist Aufsichtsratssitzung im Werk Kammerich. Dort soll die Stillegung offiziell gemacht werden. Bis dahin wollen die Kapitalisten den Betrieb sturmreif gemacht haben.

Noch im August soll das E-Werk stillgelegt werden, im September die mechanische Werkstatt. Bis heute sind von den geplanten 1 800 Entlassungen schon 300 Arbeiter aus dem Werk entfernt worden. Umsetzungen, frühzeitige Verrentungen, Selbstkündigungen. In einer Abteilung tauchen plötzlich umbesetzte Arbeiter aus anderen Abteilungen auf. Sie stehen herum und wissen nicht, was sie tun sollen. Ein hochqualifizierter Stahlarbeiter bekommt eine Stelle als Gärtnerhilfe im Rather Werk angeboten. Ein anderer, seit Jahren im Stahlwerk, muß als Bademeister im Strandbad Unterbacher See anfangen. Die Mannesmannkapitalisten spalten wie wild. Das größte Übel soll jetzt sein, keinen Ausbeuter mehr zu finden.

Die, deren Ausbeutung sich für die Kapitalisten noch lohnt, hält sich das hartnäckige Gerücht, sollen alle Arbeitsplätze kriegen. Overbeck: Mehr Mobilität ist erforderlich! 160 sollen nach Brackwede, 174 km von Düsseldorf. Da kann keiner mehr pendeln. Ärger genug hatte es sowieso schon in der Familie gegeben wegen der Schichtarbeit. Keine Zeit für die Kinder. Und jetzt noch nach Brackwede! Vielleicht zweimal im Monat nach Hause. Und wenn man die ganze Familie mitnimmt? Wer sagt, daß dort nicht auch wieder Entlassungen anstehen? Und niedrigeren Lohn wird es auf jeden Fall geben. Niedriger eingestuft, einige Monate Lohnschutz nach dem sozialdemokratischen Sozialplan, wonach einem dann monatlich fünf Pfennig abgezogen werden. Aber machen wird mans wohl müssen. Die Sozialdemokraten haben im Arbeitsvermittlungsförderungs- und Erleichterungsgesetz festgelegt, daß, wer eine zumutbare Arbeit ablehnt, den Anspruch auf Arbeitslosengeld verliert.

Wer jetzt übrigens auf Kündigung mit Abfindung hofft, kann sich freuen. Nach den ehrenbergschen Gesetzen wird die Abfindung nicht mehr aufs Arbeitslosengeld berechnet. Allerdings: Die Mannesmannkapitalisten zahlen keine Abfindung. Zwei Arbeiter wollten mit Abfindung aus dem Betrieb. Sie sind darauf verwiesen worden, gefälligst auf einen zumutbaren Arbeitsplatz zu warten.

Vielleicht hat man auch Glück, im Rather Röhrenwerk unterzukommen. Dort läuft aber in fünf Monaten ein Großrohrauftrag aus. Was danach ist, weiß keiner. Wahrscheinlich wieder Entlassungen. Zwar soll dort jetzt für 500 Millionen eine neue Anlage gebaut werden. Die wird aber nur die alten Stopfenstraßen in Rath und Lierenfeld ersetzen und weitere Entlassungen mit sich bringen. Die Stadt gibt 60 Millionen für Straßen, Kanalisation usw.. Zukunftsinvestitionen nennt man das. Das wird Gebührenerhöhungen geben.

Eingeführt wird durch die Umsetzungen in Brackwede die dritte Schicht. Gezwungen und gepreßt zu niedrigerem Lohn und zu Schicht! Das ist ein wichtiges Ziel für die Mannesmannkapitalisten in dieser Stillegung. Und wer nicht mitmachen will bei der großen „Mobilmachung“, dem wird das soziale Netz die Lebensmittel entziehen. Die ganze Niederträchtigkeit des Kapitalismus in seinem faulenden Stadium, der große Betrug, mit dem die Sozialdemokraten die Zahnräder für die möglichst reibungslose Stillegung von Reisholz und Hebung der Profite für die Kapitalisten in Regierung und Gewerkschaft geschmiedet haben, tritt hervor. Wenn nicht der Streik gegen die Entlassungen dazwischen fährt, wird sich diese Niederträchtigkeit auf dem Rücken der Arbeiter austoben. – (m, Bezirk Rhein)

Kampf gegen das Arbeitsbeschaffungsprogramm

Hamburg. Die ÖTV-Betriebsgruppe aus Bereichen der Arbeits- und Sozialbehörde hat das Arbeitsbeschaffungsprogramm (ABM-Programm) des Hamburger Senats untersucht und festgestellt:

1976 wurden für jeweils 26 Wochen 1 390 Arbeitsplätze in der Hamburger Verwaltung „geschaffen", davon 988 im Außendienst (gärtnerische Tätigkeiten für die Bezirksämter) und 402 im Innendienst. Vom Arbeitsamt dazu zwangsverpflichtet wurden Arbeitslose unter Androhung einer Sperrfrist beziehungsweise Streichung von Arbeitslosengeld bzw. -hilfe. Diese Auspressung der Arbeitskraft hat den Hamburger Senat gerade 0,65 Mio. DM gekostet. 13,02 Mio. DM wurden von der Bundesanstalt für Arbeit aus den Versicherungsgeldern finanziert (Zahlen aus: Drucksache des Senats 8/1885). Für 1977 sind für insgesamt 2 000 ABM-Beschäftigte einschließlich Sonderprogramme für Jugendliche und arbeitslose Lehrer und Sozialarbeiter 20 Mio. DM angesetzt. Davon werden etwa 90 % von den Versichertengeldern übernommen. Die ABM-Beschäftigten sind wesentlicher Rechte beraubt, so des Streik- und Koalitionsrechts. Erkämpfte Tarifverträge werden durchlöchert und außer Kraft gesetzt. ABM-Beschäftigte haben weniger Urlaub (sieben Arbeitstage), werden geringer bezahlt und haben keinen Kündigungsschutz. Sie sind nicht durch den Personalrat vertreten.

Der Zusammenschluß gegen das Arbeitsbeschaffungsprogramm kommt voran: Gegen den Widerstand der Dienstaufsicht wurden gemeinsame Dienstbesprechungen von ABM-Beschäftigten und den übrigen Beschäftigten durchgesetzt.

Die Mitglieder der ÖTV-Betriebsgruppe fordern in einer Resolution: „Gegen die Spaltungsmöglichkeiten durch die wirtschaftliche Not der Arbeitslosen ist die Forderung notwendig: Zahlung eines Arbeitslosengeldes von 80 % des Lohns für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit! Solange ABM-Beschäftigte innerhalb der Hamburger Verwaltung arbeiten, fordern wir: Übernahme in die Tarifverträge! Vertretungsrecht durch Betriebsrat oder Personalrat! Statt Einstellung von ABM-Beschäftigten Schaffung von Planstellen!" Weiter heißt es: „Wir dagegen meinen: Kollegen, Arbeitslose, Dienststellen und gewerkschaftliche Betriebsgruppen müssen gegen den Einsatz von ABM-Beschäftigten Stellung beziehen und das Arbeitsbeschaffungsprogramm ablehnen. Die Personalräte dürfen der Beschäftigung von ABM-Kräften nicht zustimmen."

Beschlossen wurde weiter, daß diese Resolution in den Abteilungsvorstand der Abteilung Sozialarbeit und in den Personalrat eingebracht wird. Der Personalrat, der am 16.8. tagt, wird aufgefordert, eine Versammlung für ABM-Beschäftigte durchzuführen.

Resolution in den Abteilungsvorstand der Abteilung Sozialarbeit und in den Personalrat eingebracht wird. Der Personalrat, der am 16.8. tagt, wird aufgefordert, eine Versammlung für ABM-Beschäftigte durchzuführen.

„. . .Mangelnde Zuwendung in der Pflege"

Medizinische Hochschule Hannover

Hannover. „. . . mangelnde Zuwendung in der Pflege", „. . . fehlender Takt im Umgang mit Patienten", „erschreckend schlechte Manieren" des Pflegepersonals. So wie in der „Hannoverschen Allgemeinen" vom 30.7.77 versucht die Bourgeoisie, den Haß der Volksmassen über die Behandlung in der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH) auf die Beschäftigten zu lenken. Nicht die Finanzbourgeoisie und ihre Regierung, die über das Krankenhausfinanzierungsgesetz und über das Kostendämpfungsgesetz des frühen Tod der verschlissenen Lohnarbeiter organisiert, sondern die Schwestern sollen Schuld daran sein.

Dabei spricht der Schein für die Verdrehungen der Bourgeoisie. Die Schwester oder der Assistenzarzt machen schließlich den Fehler, durch den ein kranker Arbeiter zum Krüppel wird oder stirbt.

Darüber, wer die Verantwortung trägt, gab es anläßlich des Todes der Rentnerin Emma Lueg im Krankenhaus Siloah viele Debatten auf einer Station der Neurochirurgie. Ausgelöst wurden sie durch einen Vorschlag für einen Leserbrief, in dem es hieß:

„Der Tod der Rentnerin hat nur etwas aufgedeckt, was die meisten Beschäftigten im Krankenhaus wissen. Immer wieder kommt es vor, daß Patienten an den Folgen einer Krankenhausbehandlung eines unnatürlichen Todes sterben. Aber das ist meistens nicht Schuld des einzelnen Arztes oder der einzelnen Pflegekraft. Es sind die Verhältnisse im Krankenhaus, der Personalmangel, die schlechte Ausbildung, die vielen Bereitschaftsdienste u.a., die dazu führen, daß Fehler gemacht werden und Patienten daran sterben." Vier von sieben Beschäftigten der betreffenden Schicht unterstützten den Brief, der dann in der Presse auszugsweise abgedruckt wurde. 1971 umfaßte die Neurochirurgie 36 Betten, 1976 waren es ca. 80 Betten. Die Bettenzahl stieg also um 220 %. Die Zahl der Operationen stieg aber um 330 %. Diese Steigerung wurde hauptsächlich durch die Verkürzung der durchschnittlichen Liegezeit auf zur Zeit zehn Tage erreicht. Jede Verkürzung der Liegezeit bedeutet mehr Entlassungen und Neuaufnahmen. Einen Haufen Formulare ausfüllen, Patientensachen zusammenpacken, Betten umschieben, Blut abnehmen. Zwischen vier und zehn Entlassungen bzw. Neuaufnahmen fallen inzwischen bei 32 Betten pro Werktag an.

Wenn dazu dann noch gehäuft Operationen am Gehirn gemacht werden, reicht das vorhandene Personal nicht aus. Wenn von 14 im Stellenplan vorgesehenen Pflegekräften zwei im Urlaub, eine im Nachtwachenfrei und zwei krank sind, bleibt am Wochenende für 16 Patienten nur noch eine Schwester pro Schicht.

Dieser Stellenplan mit 14 Planstellen für 32 bzw. 36 Betten ist so kalkuliert, daß notwendige Pflege unterbleibt. Wenn die alten und schwerkranken Arbeiter nach Operationen nicht mehr auf die Beine kommen, liegt das z.B. daran, daß sie nur noch einmal pro Tag für 15 Minuten von einer Krankengymnastin aus dem Bett geholt werden. Mit ihnen Gehen zu üben, dazu haben die Schwestern keine Zeit.

In welche Richtung der staatliche Dienstherr diese Verhältnisse weitertreiben will, kam in der „Hannoverschen Allgemeinen" vom 30.7.77 heraus. Die „aufopferungsbereite Diakonisse alten Schlages" soll nach Ansicht der Oberschwestern der MHH das „korrektive Leitbild für die jüngeren Kräfte" werden. Verlängerung des Arbeitstages in Richtung 60-Stundenwoche und als Lohn ein Taschengeld. Da soll's langgehen.

Gleich am Montag nach dem HAZ-Artikel verteilten Oberschwestern und Oberpfleger auf einer Reihe von Stationen „Neue Testamente". Für die Patienten, so hieß es. Die meisten Schwestern waren sich schnell einig: „So was verteil ich nicht. Das landet im Papierkorb." Und wie eine Diakonissin will auch keiner arbeiten. Die Pflege wäre bei denen auch nicht besser, aber billiger wären sie.

Die Beschäftigten haben ein großes Interesse daran, kranke Angehörige des Volkes gesund zu pflegen. Dafür gibt es viele Beispiele. Manche können nach Gehirnoperationen nicht mehr sprechen, sind halbseitig gelähmt, fast blind oder können nicht mehr allein atmen. Wenn sie sich dennoch erholen und noch leben, ist das auf den Einsatz der Beschäftigten zurückzuführen. Sie haben trotz Arbeitshetze den Willen der Kranken, gesund zu werden, unterstützt und Hindernisse in der Heilung beseitigt.

Der ÖTV-Vertrauensleutekörper führt zur Zeit eine Untersuchung durch, um den tagtäglichen Kleinkrieg auf den Stationen gegen die kapitalistische Rationalisierung zusammenzufassen. Es sollen die Verhältnisse auf den Stationen enthüllt werden, verbunden mit der Forderung nach zusätzlichen Planstellen für diese Stationen. Auf der vorletzten Vertrauensleutesitzung waren Stände vorgeschlagen für die Besucher und in der Stadt, um sich mit den Arbeitern und übrigen Lohnabhängigen zu verbinden. Die Vertrauensleutekörperleitung hat eine Stellungnahme, ähnlich wie die vier Angestellten der Neurochirurgie, verfaßt, die die „Hannoversche Allgemeine" am 9.8.77 auszugsweise abdrucken mußte.

Um die Einheit der gesamten Belegschaft gegen die Rationalisierung herzustellen und die dreisten Spaltungsversuche zwischen Klinikpersonal und Arbeitern zu vereiteln, ist die Forderung nach zusätzlichen Planstellen nicht geeignet. Das können nur die Forderungen nach ausreichendem Lohn, nach dem Siebenstundentag und gegen das Kostendämpfungsgesetz bewirken. Dem erhöhten Verschleiß der Arbeitskraft durch die Rationalisierung muß einheitlich mit gesetzlichen Schranken des Arbeitstages begegnet werden. Gerade auch im Pflegebereich, wo zwölf Tage durchgehend gearbeitet wird und dann nur zwei Tage zur Erholung bleiben, wird diese Forderung breit unterstützt. Auf den beiden neurochirurgischen und auf einer der neurologischen Normalstationen sprachen sich alle anwesenden Beschäftigten für den Siebenstundentag, 35 Stunden an fünf Tagen in der Woche bei vollem Lohnausgleich aus. – (MHH-Zelle)

Ehrenberg braucht für die „Endlösung" keine Todespille

„Ich hoffe, einmal ohne diese Ärzte sterben zu können. Ich möchte nicht in ein Krankenhaus, ich möchte die Hilfe eines Arztes, der mir beisteht, aber ich möchte dieser Organisation nicht ausgeliefert sein." Dies ist ein Zitat aus einem Buch von Rudolf Kautzky mit dem Titel „Sterben im Krankenhaus, Aufzeichnungen über einen Tod". Die Intensivstation wird als eine „seltsame unwirkliche Welt, überaus geschäftig, überaus funktionell, auf Rettung und Hilfe abgestellt, aber der Menschlichkeit wenig Raum lassend" geschildert. Der Sterbehelfer Ehrenberg wird sich die Hände reiben. Gut, zu Hause sollen die Leute bleiben, wenn sie krank sind, und dort „menschlich" verrecken. Der Endlöser Ehrenberg wird sie schon noch das Fürchten lehren über die Organisation Krankenhaus. Dafür läßt er die bürgerliche Presse einspringen. Und damit auch keiner glaubt, daß das Spaß ist, dem soll über die „Todespille für Greise" das Gruseln beigebracht werden. „Noch vor Ende dieses Jahrhunderts wird es eine Todespille für Greise geben. Wer sie nicht freiwillig nimmt, dem wird sie zwangsweise eingegeben", steht kommentarlos in der „Welt" und in der „Bild"-Zeitung vom 8.8.77. Der Urheber dieses Gedankens sei ein englischer Arzt namens John Goundry.

Ehrenberg will nicht so lange warten. Die Auswirkungen des Krankenversicherungskostendämpfungsgesetzes sind schneller zu verwirklichen. Auf einer Dienstbesprechung an der orthopädischen Klinik in Heidelberg wurde vergangene Woche folgende Anweisung an die Beschäftigten befohlen:

1. Jede Bestellung in der Klinikapotheke muß von einem Oberarzt gekennzeichnet sein.
2. Mit den Medikamenten muß sparsam umgegangen werden.
3. Ab sofort können Placebos über die Klinikapotheke bestellt werden.

Placebos sind Pillen, in denen kein Wirkstoff ist. Ehrenberg hat die Todespille nicht nötig. Er macht es billiger. – (Z-Red.)

Plünderung der Kleinbauern, Gewinne der Großbauern, Reibach des Finanzkapitals

Plünderung der Kleinbauern, Gewinne der Großbauern, Reibach des Finanzkapitals

Erweiterung der Willkür gegen Ausländer

Am 1. Juni 1977 sind die Änderungen der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Ausführung des Ausländergesetzes in Kraft getreten. Beschluß hat darüber gefaßt die Ständige Konferenz der Innenminister der Länder am 18. März dieses Jahres. Alle bürgerlichen Parteien haben sich darauf geeinigt: „Die Innenministerkonferenz bekennt sich uneingeschränkt zu dem im Grundgesetz verbürgten Asylrecht und zu den humanitären und rechtsstaatlichen Prinzipien, die das Asylrecht kennzeichnen. " Freiheitlich-demokratisch wurde danach beschlossen:

– Nach den neu geänderten Verwaltungsvorschriften können Ausländer bereits an der Grenze zurückgewiesen werden, d.h. die Einreise wird von den BRD-Imperialisten nicht gestattet, wenn ausländische Arbeiter in die BRD wollen, ohne daß zuvor ihre Nutzung zwecks Ausbeutung für die Kapitalisten festgestellt ist. Der Bedarf an billigen ausbeutbaren ausländischen Arbeitern muß vorab festgestellt sein, alles überschüssige menschliche Arbeitsmaterial wird in die Heimatländer gleich zurückverschubt. (Punkt 62 der Änderung, in Gemeinsames Ministerialblatt GMB 1977 Nr. 9)

– Anträge auf Asyl in der BRD werden in Zukunft „schneller" bearbeitet: Sehen die Gesetze der BRD für jedes gerichtliche Klageverfahren bei Abweisung der Klage die Berufung vor, so sollen Ausländer, die mit ihrem Asylantrag abgewiesen worden sind, zukünftig nicht mehr Berufung einlegen können.

– Über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ist im Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Zirndorf das Personal verstärkt worden (BT Drucksacke 8/654). Die Bundesregierung hat auf eine Anfrage der CDU erklärt, sie habe für das „ABM-Programm" 19 Arbeitskräfte eingestellt, die zur Bearbeitung der Anträge, das heißt zur beschleunigten Vorbereitung der Abschiebung der ausländischen Arbeiter, da sind.

Die geänderten Verwaltungsvorschriften zum Ausländergesetz verschärfen die bereits gesetzlich festgeschriebene Lage der Ausländer. Für die BRD-Imperialisten sind sie Hebel, die Zufuhr und Sortierung billiger ausländischer Arbeitskraft bereits an der Grenze vorzunehmen und dort auszulesen. Die Ausländer in der BRD können jetzt u.a. rechtlich ohne weiteres kurzerhand in Lagern kaserniert werden, um dann im beschleunigten Verfahren wieder abgeschoben zu werden. – (Z-Red.)

Landwirtschaftliche Genossenschaften

„Mit 39 Milliarden DM Konzerngeschäftsvolumen sind wir eine der großen Banken der Bundesrepublik", schreibt die Deutsche Genossenschaftsbank in einer Anzeige in der „Wirtschaftswoche" vom 5.8.77. Die „Geschäftsbank mit der breiten Basis" ist ein Zusammenschluß der Raiffeisenbanken, Volksbanken und Spar- und Darlehenskassen. Die breite Basis ist das Vermögen der Genossenschaften, das ihre Mitglieder eingezahlt haben.

Die landwirtschaftlichen Genossenschaften, ursprünglich von den Bauern gebildet, um nicht beständig dem Wucherer ausgeliefert zu sein und höhere Verkaufspreise gegenüber dem Käufer der landwirtschaftlichen Produkte, den Großhändlern und der Nahrungsmittelindustrie, zu erzielen und niedrigere Ankaufspreise für Betriebsmittel, sind längst zu einem Instrument der Ausplünderung der kleinen Bauern zugunsten der Großbauern und zur günstigen Kreditierung des Finanzkapitals geworden.

Obwohl das Gros der Bauern genossenschaftlich organisiert ist – die Zahl der Genossenschaftsmitglieder beträgt über acht Millionen Menschen – sind die Bauern ruiniert worden. Die Betriebe von 1-10 ha sind von 1949 bis 1976 von 77,7 % auf 53,8 % zurückgegangen, während die Betriebe über 30 ha durch Landankauf im gleichen Zeitraum von 3,4 % auf 11 % angestiegen sind.

War zu Gründerzeiten der landwirtschaftlichen Genossenschaften eines ihrer Ziele, den in Schwierigkeiten Geratenen finanzielle Unterstützung durch langfristige Kredite mit niedrigen Zinsen zu geben, wird dies heute zum Hebel, die kleinen Bauern zu legen. Groß- und Kleinbauern sind in den Genossenschaften organisiert. Der Großbetrieb beherrscht die Genossenschaften durch seine rationellere und kostengünstigere Produktionsweise. Der Kleinbauer kann durch Verschuldung und Investitionen die Produktionsweise des Großbetriebs nicht annähernd erreichen, sondern betreibt nur seinen eigenen Ruin. Die Verschuldung der kleinen Bauern wird in immer neue Höhen gesteigert. Vor zehn Jahren betrug das in der Landwirtschaft vorhandene Fremdkapital etwa 19 Mrd. DM, was 16 % der in Boden, Maschinen, Gebäuden etc. vorhandenen Anlagen ausmachte. 1976 ist der Anteil des Fremdkapitals auf 31 Mrd. DM angestiegen, was 21,6 % der gesamten Anlagen bereits beträgt.

Die Genossenschaftsbanken sind dazu verpflichtet, Rücklagen zu bilden. Nur werden diese Rücklagen nicht zur Stützung der Kleinbauern benützt, sondern auf dem Geldmarkt angelegt. 11 Milliarden DM in Wertpapieren haben die landwirtschaftlichen Genossenschaftsbanken 1970 angelegt. Von den in der Landwirtschaft getätigten Krediten gingen 17,3 % über die Genossenschaftsbanken. Kaufen die Genossenschaften neue und größere Betriebsmittel wie Maschinen etc., dann werden diese von den Großbauern profitabler genutzt als von den kleinen, nur: Gekauft worden sind sie von dem Geld, welches die gesamten Mitglieder der Genossenschaft zusammengetragen haben. –(Bezirk Östl. Nds.)

Senkung der Getreide-Erzeugerpreise

Flensburg. Mit einem geschickten Schachzug wollen die westdeutschen Imperialisten über die EG-Kommission die Ruinierung der kleinen Bauern vorantreiben. Nachdem durch die bisherigen Interventionen auf dem Getreidemarkt zur Stützung der Erzeugerpreise der Anteil des Getreidebaus an der Ackerfläche radikal erhöht worden ist, sollen jetzt die Interventionen für Backweizen (Qualitätsweizen) gestrichen werden. Die Bauern werden dadurch gezwungen, Massenweizen anzubauen, da sie sich oftmals auf den Getreideanbau eingerichtet haben und den Betrieb nicht einfach auf gänzlich andere Produktionszweige umstellen können. In Schleswig-Holstein schreibt das „Bauernblatt" dazu: „Das ohnehin durch die letzten Brüsseler Agrarpreisbeschlüsse niedrig gespannte Netz der Absicherung der Getreidepreise funktioniere nicht mehr.

Große Partien von Getreide seien nicht mehr interventionsfähig. Sie gerieten somit unter erheblichen Preisdruck." (13.8.77) Viele Bauern an der Westküste berichten schon jetzt, daß sie bis zu drei DM pro Doppelzentner weniger für ihr Getreide bekommen. Vor allem viele kleine Bauern sind wegen ihrer erheblich höheren Produktionskosten dadurch vom Ruin bedroht. So liegen z.B. die Hektarkosten eines 100 PS-Mähdreschers bei 10 ha bei 1 363 DM, für 40 ha bei 478 DM, was der durchschnittlichen Auslastung eines betriebseigenen Mähdreschers in Schleswig-Holstein entspricht. Beim Großbauern mit 150 ha liegen die Kosten nur noch bei 124 DM pro ha (aus Top-Agrar 7/77).

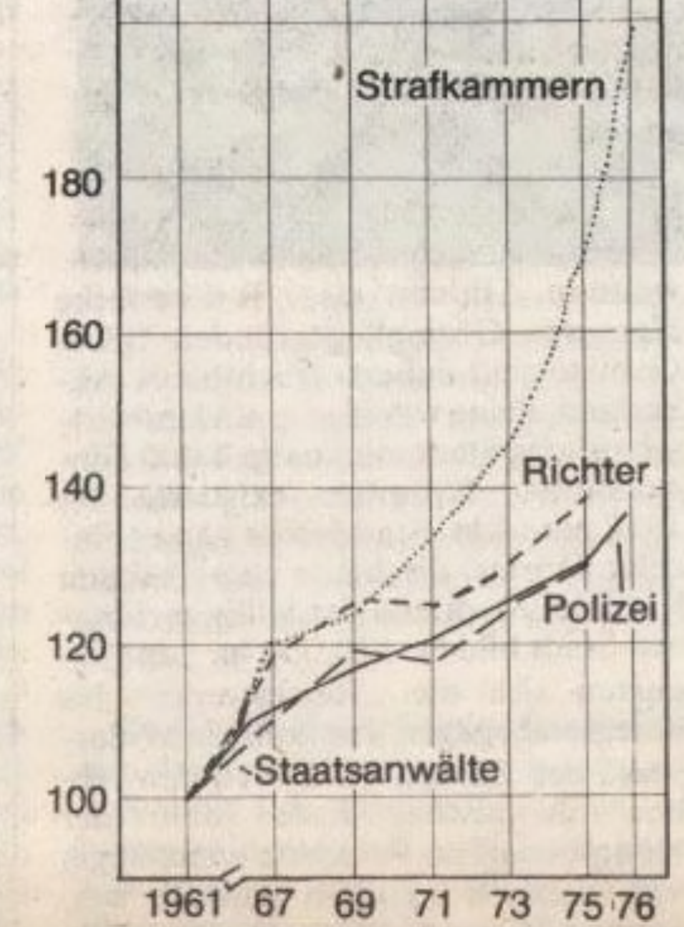
In Nordfriesland gieren die Großbauern bei den so zu erzielenden Profiten auf den Ruin jedes einzelnen Kleinbauern, um das Land aufzukaufen. Auch die Banken und Futtermittelkapitalisten steigen direkt oder als stille Teilhaber bei den Großbauern ins Geschäft ein. Den kleinen Bauern nützt der Verkauf nichts, auch wenn sie 30 000 DM Verkaufspreis oder 1 400 DM bei Verpachtung pro Hektar erzielen. Die Banken behalten den größten Teil zur Tilgung der Kredite ein.

Der personelle Ausbau des Unterdrückungsapparates

	1961	1975	1976
Staatsanwälte:	2 174	2 999	
Richter:	9 231		15 056
Strafkammern:	436		858
Polizei in Bund und Ländern	132 000		180 000

Stärker als alle „Verwaltungszweige" ist in den letzten Jahren der Bereich „öffentliche Sicherheit und Ordnung" in den Haushalten des Bundes und der Länder gewachsen. Erst am 3. August 1977 beschloß die Bundesregierung den weiteren Ausbau des Bundeskriminalamts, des Bundesgrenzschutzes und des Verfassungsschutzes. Unter direkter Berufung auf „Straftaten mit politischem Hintergrund" – gemeint waren Demonstrationen gegen die Fahrpreiserhöhungen – forderte der Bremer Justizsenator einen weiteren Richter und zwei weitere Staatsanwälte.

Neben dem weiteren Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparates geht es der Bourgeoisie jetzt darum, das einheitliche Polizeigesetz durchzusetzen. Obwohl



bereits am 11. Juni 1976 von der Innenministerkonferenz beschlossen, ist der „Musterentwurf eines einheitlichen Polizeigesetzes" noch in keinem Land verabschiedet. Der Bund solle vorangehen, forderte in dieser Woche der FDP-Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Hirsch. Der „langwierige Disput" solle endlich beendet werden, forderte auch die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" und behauptet, bei dem einheitlichen Polizeigesetz gehe es nicht um die Erleichterung des Todesschusses. Richtig ist, daß dieses Mustergesetz der Polizei in vielen Bereichen weitergehende Befugnisse einräumt. Kern aber ist die Legalisierung des gezielten Todesschusses und der Schußwaffengebrauch gegen eine Menschenmenge. Zwar wurde beides bisher schon praktiziert, allerdings gab es das „Hemmnis der gerichtlichen Nachkontrolle". (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9. August) Dieses Hemmnis soll durch das neue Polizeigesetz beseitigt werden und gleichzeitig kann damit jeder Polizist gezwungen werden, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen.

Strompreiserhöhung in Vorbereitung – Matthöfers betrügerisches Gerede

Die Lügenpropaganda der Bourgeoisie ist groß: „Matthöfer rechnet mit langem Baustopp für Kernkraftwerke." „Kernkraft – Baustopp zwingt zu Sparmaßnahmen." „Vor allem die privaten Haushalte sollen höhere Strompreise zahlen", sind die Parolen, unter denen das Energiesparprogramm der Bundesregierung angekündigt wird. Eine Verdreifachung der Stromtarife für private Haushalte in den Spitzenzeiten sei nicht auszuschließen, kündigt das „Handelsblatt" am 4.8. an. Farbfernseher sollen besteuert werden. 3000 bis 4000 DM könnten jährlich eingespart werden. Die „Tarife für die Industrie" sollten im Gegensatz dazu „im Interesse der internationalen Konkurrenzfähigkeit" von der Erhöhung verschont bleiben, so Matthöfer. Für die Familien der Arbeiterklasse und der Volksmassen sieht Matthöfer dagegen ein „energisches Energiesparprogramm" vor, für sie soll es „mit schmerzlichen Opfern verbunden" sein. „Das beinhalte dann eben eine Verteuerung der Energie auf mittlere Sicht, möglicherweise um ein Fünftel oder mehr. Und das bedeutet unter anderem, besonders bei einer Umgestaltung der Tarife, daß etwa die Familien, die ohnehin rechnen müßten, in Spitzenzeiten auf Duschen oder Backen verzichten müssen." (Frankfurter Rundschau, 4.8.)

Vorbereitet wird damit ein groß angelegter Raubzug auf die Löhne der Arbeiterklasse und der Volksmassen. Der Zweck ist: Die Massen sollen das Energieprogramm der Kapitalistenklasse bezahlen, dazu sollen die Löhne der Massen geplündert und die Massen weiter ins Elend gedrückt werden.

Der Kampf der Volksmassen gegen den Bau der Kernkraftwerke soll gespalten werden. „250 000 Menschen bezahlen den Stopp im Kernkraftwerksbau mit ihrem Arbeitsplatz", schreibt die „Welt" am 6./7. August. „Eine 2- bis 5jährige Baupause würde aber auch bei forcierten Sparmaßnahmen und intensiver Entwicklung von Alternativen zu einer beträchtlichen Lücke in der Stromversorgung führen. Die Folgen wären eine Beeinträchtigung des wirtschaftlichen Wachstums, zusätzliche Beschäftigungsprobleme und eine Gefährdung der sozialen Sicherheitssysteme und des sozialen Friedens. Die Bürger müßten dann auch bereit sein, sowohl auf Vermehrung wie auch auf die Wahrung ihres Wohlstandes zu verzichten", erklärt Friderichs. (Handelsblatt, 2.7.)

„Die Zeit der stabilen Preise sei vorbei", verkünden die Stromversorgungskapitalisten. Man muß also noch mit einigem rechnen.

Dies unverschämte Geschwätz dient zu nichts anderem, als den Feldzug der Bourgeoisie auf die Löhne der Massen einzuleiten, um die Arbeiterklasse und die Volksmassen vor den Karren der imperialistischen Pläne der Bourgeoisie zu spannen. Die Zeit drängt. Um ihre imperialistischen Kriegsvorbereitungen gegen die Reichtümer fremder Länder voranzutreiben, soll der Bau der Kernkraftwerke schnell vorangehen. Die Imperialisten brauchen billigen Strom. Die Volksmassen sollen ihn bezahlen. Das will Matthöfer durchsetzen. Er denkt nicht im Traum an einen Baustopp. Nimmt das Volk nicht den Kampf auf gegen die imperialistischen Pläne der Bourgeoisie, wird es doppelt zahlen. – (Z-Red.)



Nachdem am Montag die schleswig-holsteinische Landesregierung mit mehreren Hunderschaften Polizei die Räumung des Zeltlagers der Kernkraftgegner am Bauplatz des KKW Brokdorf erzwang, wird ein erneuter Angriff auf die Baustelle vorbereitet: Am 12.8. hat die Konferenz der Marscheninitiativen gegen den Widerstand des KB beschlossen, zum 3.9. eine Landeskonferenz einzuberufen zur Beschlußfassung über eine erneute Kundgebung am Bauplatz. Unser Bild zeigt die Beratung nach der Räumung des Bauplatzes.

Sinken der Geburtenrate und Verschlechterung der Bedingungen der Kindererziehung

Mit wundersamen Rechenkünsten und äußerster Mühe haben die bürgerlichen Statistiker zu Beginn des Jahres einen vermeintlichen Anstieg der Geburtenziffern hingebastelt, und die bürgerliche Presse hat das in den letzten Monaten gierig aufgegriffen. Besonders in den Monaten März und April schien ihnen offenbar der Zeitpunkt gekommen, mit einer wahren Jubelpropaganda ein erneutes Manöver zu starten.

„Ich wünsche mir nichts sehnlicher als ein Kind", ließ „Bild" am 24. März eine junge Frau berichten und schrieb wenig später: „Jetzt wieder mehr Babys". „Bild" Hannover, die kurz zuvor noch klagte: „Unsere Stadt stirbt aus", vermeldete am 30. März stolz: „Jährlich werden 4 500 kleine Hannoveraner geboren." Die Zeitschrift „Quick" zeigte auf ihrem Titelblatt gleich ein ganzes Dutzend strahlender Säuglinge und begründete den „Babyboom" mit dem „wachsenden Wunsch nach familiärer Sicherheit". Vor allem aber eine „Konsumsättigung" sei der Grund für den erneuten Anstieg der Geburten. Was es mit dem Konsum auf sich hatte, konnten die arbeitenden Massen sehr gut an ihren Lohnzetteln ablesen. Was es mit dem „Babyboom" auf sich hat, kann man trotz aller Verschleierungsversuche inzwischen sogar in den bürgerlichen Statistiken nachlesen. Was da plötzlich an trauter Familienidylle und Babyglück ausgebreitet wurde, hatte handfeste Gründe und ist die Kehrseite des Gespenstes der „aussterbenden Nation", mit dem den Massen Verantwortungslosigkeit eingeredet werden soll. Jetzt bekam man plötzlich die Beispiele von Verantwortung gegenüber Familie und Nation vorgeführt und sollte sich entgegen aller eigenen Erfahrung glauben machen: Jetzt, wo man nun wirklich alles hat, kann man getrost auch ans Kinderkriegen gehen. In Anbetracht der wachsenden Verelendung der Arbeiterklasse ein widerliches ideologisches Manöver zur Rechtfertigung von Lohnsenkungen, wachsender Ausbeutung und Ausplünderung über Steuern und Gebühren. In der Metall- und Druckindustrie sowie in den öffentlichen Diensten hatten die Kapitalisten gerade durch drastischen Lohnabbau die Grundlagen für den weiteren Verelendungsprozeß der Massen gelegt. Die Bundesregierung feilte bereits eifrig an ihren Gesetzesvorlagen zur Plünderung der Versicherungskassen, Erhöhung der Mehrwertsteuer und der Kostendämpfung im Gesundheitswesen.

Der tatsächliche leichte Anstieg der Geburtenziffer um 0,4% von Ende 1975 auf Ende 1976 kam den Bourgeoisideologen für dieses Manöver sehr gelegen. Verschwiegen haben sie tunlichst, daß bei den ausländischen Arbeiterfamilien die Zahl der Kinder weiter im Absinken begriffen war, betrieben sie doch andererseits eine beständige Hetze über die angeblich hohe Kinderzahl von in der BRD lebenden Ausländern.

Verschwiegen wurde auch, daß die Kindersterblichkeit, die in den Wintermonaten immer überdurchschnittlich hoch ist, sich von November auf Dezember 1976 im Vergleich zum Vorjahr erhöht hatte. Von 1000 Neugeborenen starben im November 1975 12 und im Dezember 10 bis 11 in den ersten sieben Lebenstagen. Im November 1976 überlebten 9 bis 10 von 1000 und im Dezember 11 bis 12 die erste Woche nicht. Von den 49 724 im Dezember 1976 geborenen Kindern starben bereits 975, davon 546 in den ersten sieben Lebenstagen. Für das Bourgeoispack ist das so selbstverständlich, daß ihre Ideologen sich im Heft Nr. 7/1977 von „Wirtschaft und Statistik" auch noch erdreisten, von einer „günstigen Entwicklung der Sterbetafeln" zu reden.

Inzwischen kann man an ihren Statistiken ablesen, daß der hochgespielte geringe Anstieg der Geburten von deutschen Kindern (der bei Ausklammerung der Geburtenrate bei Ausländern mit 2,4% angegeben ist) mindestens zu einem Prozent auf einen Generationenschub zurückzuführen ist. Das heißt, wie auch die „Rheinpfalz" berichtete, daß die Zahl der derzeit „gebärfähigen" Frauen gestiegen ist. Trotz dieser leichten Verschiebung in der Bevölkerungspyramide weist die Geburtenrate nach Angaben des Statistischen Bundesamtes in den ersten drei Monaten des Jahres 1977 bereits „wieder negative Veränderungen von etwa 0,5%" gegenüber den entsprechenden Vormonaten auf. Also ist insgesamt seit 1975 die Geburtenziffer nicht um 0,4% gestiegen, sondern um 0,1% gesunken. Ein deutliches Indiz dafür, daß die ganze Propaganda über Geburtenzahlen nichts zum Zweck hat als zu verschleiern, daß die Massen, die gezwungen sind, vom Verkauf ihrer Arbeitskraft zu leben, Kinder als reine Kostenfrage betrachten müssen, Kosten, die unter den Bedingungen der äußerst verschärften Ausbeutung kaum noch zu tragen sind.

Auf 1 392 DM plus 120 DM Kindergeld hat die „Druck und Papier" den Nettodurchschnittsverdienst eines Industriearbeiters, der zwei Kinder hat und dessen Frau nicht arbeitet, errechnet. Es bedarf keiner großen Rechenkünste, um die Ursachen zu erkennen, warum „Familien mit vier oder mehr Kindern verschwinden". (Wirtschaft und Statistik Nr. 6/1977)

Die durchschnittlichen Lebenshaltungskosten lagen für den Arbeiterhaushalt mit vier Familienmitgliedern bei 1 903 DM, wobei allein 304 DM an Miete errechnet werden und jedermann weiß, welche Löcher man für diesen Mietpreis zu beziehen gezwungen ist.

Ohne daß die Frau ebenfalls ihre Arbeitskraft zu Markte trägt, fehlen nach der Berechnung der IG Druck und Papier, in der Rücklagen für größere Anschaffungen, den notwendigen Urlaub usw. noch nicht einmal enthalten sind, über 500 DM. Entweder das Geld reicht nicht, um Kinder zu erziehen, oder die Unterwerfung beider Elternteile unter die Bedingungen der kapitalistischen Profitproduktion erzwingt eine Kindererziehung unter schlechten Verhältnissen, wie sie gerade aus den Ballungszentren der kapitalistischen Produktion bekannt ist. Dem einzelnen Kapitalisten kommt die Kinderlosigkeit der von ihm ausgebeuteten Arbeiter und Arbeiterinnen gut zupaß, muß er doch so nicht damit rechnen, daß durch Schwangerschaft, Krankheit der Kinder usw. für ihn wertvolle Stunden der Profitproduktion verlorengehen. Frauen mit Kindern finden schwerer einen Ausbeuter und werden gezwungen, ihre Arbeitskraft zu den miesesten Bedingungen zu verkaufen. Die bürgerlichen Ideologen stellen dazu lakonisch fest: „Gerade in den Großstädten ist für die Zukunft auch mit einem sehr hohen Anteil kinderloser Familien zu rechnen." (Wirtschaft und Statistik Nr. 6/1977)

... am Beispiel der Stadt Frankfurt

In der Finanzmetropole Frankfurt sind mehr als eine halbe Million lohnabhängig. 191 751 waren 1976 davon Frauen, die im täglichen Ausbeutungsprozeß verschlissen werden. Nach Angaben des Statistischen Monatsberichts Frankfurt (Nr. 24/1971) lag bereits 1970 die Zahl der berufstätigen Frauen mit 134 156 und damit 38% weit über dem Landesdurchschnitt. Das findet seine Entsprechung in der Zahl der Geburten, die von 1967 bis 1975 je 1000 der Bevölkerung von 12,4 auf 5,9 gesunken ist. Allein im Arbeiterwohnviertel Gallus wurden von 1974 bis 1975 779 Kinder weniger geboren. Ist es das Hineinpressen der Arbeiterfrau in die kapitalistische Produktion bei gleichzeitigem Lohnabbau der gesamten Arbeiterklasse, was für die Mehrheit bedeutet, auf Kinder zu verzichten, so bedeuten die gesamten Lebensbedingungen dieser Ausbeuterordnung, daß die Kindererziehung zum nackten Kampf ums Überleben wird. Im Gallus z.B. steht für die medizinische Versorgung der Kinder der Arbeiterfamilien ein einziger Kinderarzt zur Verfügung. Genossen der Universitätskliniken und am Frankfurter Markus-Krankenhaus berichten über zunehmende Infektionskrankheiten bei Kleinkindern und Untergewicht bzw. Unterernährung einer wachsenden Zahl von Säuglingen und Kindern. Deutlich werden die Bedingungen der Kindererziehung im Kapitalismus an den Frankfurter Kindertagesstätten.

In Frankfurt gibt es ganze 713 Kinderkrippenplätze. Im Stadtteil Bokkenheim mit einer Wohnbevölkerung von etwa 36 000 eine einzige Kinderkrippe, im Stadtgebiet insgesamt nur neun Krippen für Kleinkinder. Im Stadtteil Nordend haben nur 50% aller Drei- bis Sechsjährigen einen Kindergartenplatz und nur 8 % aller Sechs- bis Zwölfjährigen einen Hortplatz. Im Juni wurden 20 der 106 städtischen Kindergärten, die KITAS, geschlossen. Die Kinderpflegesätze richten sich nach dem Lohn der Eltern abzüglich Miete und Umlagen. Bei unter 800 DM gibt es einen Freibetrag. Dazu muß man allerdings seine Verhältnisse offenlegen, was Anlaß ständiger Bespitzelung und Staatskontrolle ist. Bei einem Nettoverdienst von 1080 DM streicht die Stadt für den Kindergartenplatz 70 DM und für das zweite Kind 50 DM ein. Die Durchschnittsgebühren betragen für ein Kind 150 DM. Von diesem Geld wird nur das Mittagessen bezahlt, das die KITA Nr. 53 z.B. aus einer Großküche bezieht und das dementsprechend aussieht, z.B. Ravioli, Kartoffeln und Salat oder Kartoffeln, Gemüse, Soße. Fleisch gibt es ganz selten. Die Frühstückspause und der Nachmittagskaffee müssen von den Eltern selbst finanziert werden, also muß man Brötchen, Joghurt und Obst mitgeben. Vom Kindergarten gestellt wird nur eine (!) Tasse Milch oder Kakao. Man kann also gut und gerne nochmals einen zusätzlichen Tagessatz von 2,50 DM rechnen. Die „Erziehung" in der KITA Nr. 53 z.B. besteht im Fernsehgucken und dem Einpauken bürgerlicher Ideologie. Ab und zu wird mal etwas gebastelt, das müssen die Eltern dann zusätzlich bezahlen, ebenso wie Ausflüge oder Zoo-Besuche. Geöffnet ist der Kindergarten von 7.30 bis 17 Uhr. Wer also um 6 Uhr bereits in der Fabrik sein muß, kann zusehen, wie er sein Kind in die Tagesstätte bekommt.

Ist schon die Unterbringung der Kinder der Arbeiterfamilien äußerst schlecht und für viele ein reiner Luxus, so kann man sich diesen Luxux, sein Kind nach langem Suchen in einer der bürgerlichen Zwangsanstalten untergebracht zu haben, nur durch Kürzung z.B. an der notwendigen Bekleidung und Ernährung leisten, die ohnehin kaum noch zu bezahlen ist. Eine Strampelhose kostet inzwischen 13,45 DM, für ein Paar Kinderschuhe kann man 25 bis 40 DM hinblättern. Der Preisindex für den Anstieg der Lebenshaltungskosten eines „Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushaltes mit mittlerem Einkommen" liegt nach der bürgerlichen Statistik bei 143,8 im Januar, bei bereits 147,2 im Juni 1977 (1970 gleich 100). Für die einfachen Lebenshaltungskosten eines Kindes ist in diesem Zeitraum der Preisindex insgesamt von 151,8 auf 156,3 gestiegen. Davon allein bei Nahrungsmitteln von 153,6 auf 160,4, bei Kleidung und Schuhen von 147,4 auf 150,0.

Das ist die Realität der „Konsumsättigung" der Massen, die es hinnehmen sollen, daß sie ihren Nachwuchs im Elend großzuziehen haben. Daß viele aus diesem Elend keinen anderen Ausweg sehen, als zum verhaßten Mittel der Abtreibung zu greifen, zeigt sich erneut an der von der Bundesregierung geschätzten Zahl der Abtreibungen im Jahr 1976, die sich auf 100 000 belaufen soll. Hauptsorge der Reaktion ist dabei, wie man die „Dunkelziffer" aufdeckt, das heißt das Strafgesetz § 218 lückenlos anwendet.

Das Kinder- und Mutterglück, das die bürgerliche Presse mit ihrem Propagandamanöver über den „Babyboom" verkaufen wollte, gibt es im Kapitalismus nur für die herrschende Klasse und Zuchtkühe wie die Schwedenkönigin Silvia, deren einzige produktive Tätigkeit noch im Kinderkriegen besteht und die dafür so teuer eingekauft worden ist, daß sie in der „Bunten" über ihren Nachwuchs auch noch frech sagen kann: „Sie soll eine unbeschwerte Kindheit haben."

Die Arbeiterklasse und die besitzlosen Massen, von deren Arbeit die Bourgeoisie und ihr Anhang sich mästen, können eine menschenwürdige Erziehung ihrer Kinder nur durchsetzen im Kampf um den Lohn und im Zusammenschluß gegen die Ausplünderung und Unterdrückung durch den bürgerlichen Staat. – (mk, Zentraler Ausschuß der Komitees und Initiativen gegen den § 218)

Leisler Kieps „Gespräch mit dem Bürger"

Hannover. CDU und SPD haben ihre Programme für die Teilkommunalwahlen in Niedersachsen am 23.Oktober vorgelegt. Beide haben noch rechtzeitig ihre „Bürgernähe" wiederentdeckt. „Bürgernahe Verwaltung" bei den Christdemokraten, „Gespräche mit dem Bürger" bei den Sozialdemokraten.

Nach der gemeinsam gegen heftigen Widerstand im Volk durchgesetzten Gebietsreform, die in puncto Ausplünderung und Unterdrückung die Bourgeoisie ihren „Idealen" ein Stück näher brachte, nach dem „Gespräch mit den Bürgern" in Grohnde, das vorwiegend mit dem Polizeiknüppel geführt wurde, muß jetzt erheblich Schminke aufgetragen werden, um das von den bürgerlichen Parteien entstandene Bild zu retuschieren. Man konnte gespannt sein, wie sie es anpacken werden.

Walter Leisler Kiep ist für die Landesregierung und die CDU jetzt in Hannover vorgeschickt worden. Schon vor den Bundestagswahlen 1976 hatte er die Aufgabe, den Wahlkampfbetrug zu eröffnen. Damals war er spektakulär eingestiegen. Mit einem selbstinszenierten Überfall. In seiner Sauna habe man ihn zu erschießen versucht, wurde damals verkündet. Geglaubt hat's keiner, es war etwas zu plump inszeniert.

Jetzt war er in Hannover auf einer Wahlveranstaltung. Der Auftakt ist ihm wieder nicht so geraten wie geplant. „Die Arbeitslosigkeit entsteht durch zu hohe Lohnkosten", „wer Sonderschüler ist, braucht eine Sonderschule", „mehr Innere Sicherheit, damit der Staat nicht zerschlagen wird", mit solchen reaktionären Parolen hat er kaum jemanden begeistern können. Er ist angegriffen worden als einer der den Lohnraub propagiert und betreibt, als ein Verbrecher, der dazu beiträgt, die Rentner um die Ecke zu bringen.

Das hat ihn echauffiert. Besonders, daß diejenigen, die Ponto erschossen haben, als ehrenwerter als er bezeichnet wurden. Es wird ihn deshalb so aufgeregt haben, weil er sich gedacht hat, er könne der nächste sein, der drankommt, und dann würde es wohl nicht so glimpflich abgehen wie beim selbstinszenierten Attentat.

Hatte er vorher getönt vom „Suchen der ideologischen Auseinandersetzung mit dem KBW ..." und „wir haben ja schließlich was anzubieten", so wollte er nun schnell den Saal säubern lassen von den Kommunisten. Niemand ist seinem Aufruf zu dieser Form des Gespräches gefolgt.

Ausbeutung und Unterdrückung, dafür steht „bürgernahe Verwaltung". Wir werden die bürgerlichen Politiker weiter verfolgen in den nächsten Wochen, damit die Schminke keine zwei Tage hält. – (N-Red.)

Streit um NDR – Koschnick weiß die Lösung: Gebührenerhöhung „früher" und „stärker"

Mit einer dicken Dokumentation hat in der letzten Woche der NDR-Intendant Neuffer (SPD) auf die Ankündigung des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Stoltenberg reagiert, sein Land werde bei mächster Gelegenheit aus dem Staatsvertrag über den NDR aussteigen, wegen „Unausgewogenheit" und „Mißwirtschaft".

Das Zusammenspiel klappt. Stoltenberg wettert über „marxistische Programme", Neuffer versichert, es werden alles getan, damit kein wahres Wort unkontrolliert ausgestrahlt wird. So hat ein Redakteur in einem „Tagesschau"-Beitrag über den Transport baden-württembergischer Polizisten nach Brokdorf bemerken wollen, daß „die Sonderzugaktion Baden-Württembergs ... 100 000 DM kosten soll". So was „trägt zur Emotionalisierung bei" und darf nicht sein: gestrichen. Einige Redakteure müssen ihre Beiträge immer vorweg der zuständigen Hauptabteilung zur Zensur vorlegen.

Im Verwaltungsrat ist für den Schutz der Verfassung gut gesorgt. Hamburgs stellvertretender Verfassungsschutzchef Lochte sitzt dort mit Schleswig-Holsteins Polizeiminister Titzck zusammen.

Stoltenberg hat über die viel zu hohen „Personalkosten" beim NDR geklagt, Neuffer hat die „Sündenböcke" (Handelsblatt) schon am Schlafittchen. Es sind – die Lohnabhängigen, die beim NDR arbeiten. „Bisher habe man der Qualität des Programms Vorrang vor einer betriebswirtschaftlich ausgerichteten Leistungsrechnung gegeben. Das werde sich nun ändern." Neuffer verspricht Besserung in der verschärften Aussaugung des Personals: „Die Folge sei ein Schrumpfungsprozeß bei der Mitarbeiterzahl ... Eine Lösung müsse außerdem für die Behandlung der Pensionsrücklagendotierung gefunden werden." (Handelsblatt, 10.8.)

Während der „Vorwärts" sich mit zweiseitiger Dokumentation über „Privatisierungs"absichten der CDU erregt, hat Bremens Bürgermeister Koschnick (stellvertretender SPD-Vorsitzender) schon einen echt sozialdemokratischen Vorschlag zur Behebung der „Finanzmisere" ausgekocht. Gebührenerhöhung auf 13 DM ab 1. Juli 1979 sei viel zu zaghaft, „früher" und „stärker" müßte die Erhöhung sein. (HAZ, 9.8.) Begrenzung der Personalkosten auf ein „vernünftiges Maß" natürlich auch. Gegen die Privatisierung des Rundfunks setzt der „demokratische Sozialist" die Verallgemeinerung der Plünderung.

Außerordentliche VDS-Mitgliederversammlung

Die Jusos, linken Sozialdemokraten und Revisionisten im VDS-Vorstand teilen die Sorgen der herrschenden Klasse über den Verlauf des bevorstehenden Semesters. Seit Anfang des Jahres sehen sich diese bürgerlichen Politiker aufgrund der Schärfe der Gegensätze genötigt, über einen Streik im Wintersemester zu reden. Im Sommersemester haben sie mit diesem Gerede die Entwicklung einer einheitlichen Streikbewegung zu verhindern gesucht, für die es im bundesweiten Streik der Medizinstudenten bereits einen Ansatz gab.

Auf der letzten Konferenz der Medizinerfachschaften im Juli haben diese Opportunisten, die im VDS-Vorstand noch das Sagen haben, einen Antrag zu einheitlichem und organisiertem Vorgehen gegen die zentralen Prüfungen in der Medizin und zur Vorbereitung des Streiks im Wintersemester unterdrückt. Gleichzeitig einigten sie sich im VDS-Vorstand darauf, „für Ende November einen möglichst bundesweiten Streik" auszurufen, für den „die Vorbereitung und Beschlußfassung ... je nach Aktivität und Kräfteverhältnis an den einzelnen Hochschulen beschlossen" werden soll.

Nach diesen Beschlüssen fühlten sich die bürgerlichen Politiker im Vorstand der VDS schon ziemlich sicher hinsichtlich der Verhinderung der notwendigen Fortschritte im Kampf für die Koalitionsrechte gegen den bürgerlichen Staatsapparat im bevorstehenden Semester.

Durch die glatte Opportunistenrechnung und -hoffnung haben 48 Studentenausschüsse einen Strich gemacht. Sie haben die Ende Mai von den Sozialdemokraten, DKP-Studenten und Opportunisten gemeinsam verhinderte a.o. Mitgliederversammlung vor Beginn des Wintersemesters verlangt.

Obwohl der Antrag statutenmäßig völlig ausreichend und zwingend ist, wenn ihn mehr als 40 ASten stellen, brauchten die bürgerlichen Politiker im VDS-Vorstand eine ganze Woche vom 20. bis 27. Juli, um schließlich die Suche nach einem Hintertürchen aufzugeben und dem Antrag auf a.o. Mitgliederversammlung für den 23. bis 25. September stattzugeben.

Die DKP-Revisionisten fühlen sich bei den Vorstandsintrigen von ASten der linken Sozialdemokratie, aus der Fraktion der Sozialistischen Basisgruppen, dem „Sozialistischen Büro" verraten, die der Forderung an den Hochschulen nach Durchführung dieser a.o. Mitgliederver-
Durchführung dieser a.o. Mitgliederver-
sammlung nachgaben. In einer von Postkarten-Möhlich (der als „verreist" zeichnete) und Weddige, den Vorstandsmitgliedern von DKP-Spartakus und SHB, unterzeichneten Stellungnahme erklären sie:

„Hier wird in undemokratischer Manier von seiten der Basisgruppenfraktion versucht, verbunden mit den übelsten Erpressungsmethoden (Anrufen der Gerichte, Spaltung des Verbandes) der Mehrheit des Verbandes ihren Willen aufzuzwingen."

Damit geben die Revisionisten zu verstehen, daß es ihrerseits an Bereitschaft zur Verhinderung dieser Mitgliederversammlung durch Satzungsbruch nicht gefehlt hat – oder was ist mit „undemokratischer Manier" ins Auge gefaßt? Und während sie ununterbrochen „warnen", „Streikaktionen im Wintersemester" nicht als „Entscheidungsschlacht" mißzuverstehen oder davon „kurzfristig" Erfolge zu erwarten, erklären sie zum Schluß ihrer Stellungnahme zur a.o. Mitgliederversammlung:

„Unsere Antwort darauf muß es sein, auf jeden Fall die Vorbereitungen des Wintersemesters weiter voranzutreiben, ohne uns von Störmanövern, aus welcher Ecke auch immer, beeinflussen zu lassen!"

Die Jusos verzichten auf Tünche und erklären gegenüber der a.o. Mitgliederversammlung:

„Die Jungsozialisten sehen gegenwärtig keinen Nutzen in einer solchen Mitgliederversammlung."

Sie wollen auf dieser Mitgliederversammlung die sozialdemokratische Hauptresolution des Verbandes und die in den letzten Vorstandsbeschlüssen festgehaltene Spaltungslinie gegenüber den bevorstehenden Kämpfen durch die a.o. Mitgliederversammlung bestätigt haben. Wenn sich die Mitgliederversammlung dieser Forderung nicht beugt, erklären sie bereits vorab die Absicht der Sprengung der a.o. Mitgliederversammlung:

„Insbesondere sind die Jungsozialisten angesichts der drängenden Aufgaben an den Hochschulen nicht bereit, an einer endlos dauernden Mitgliederversammlung teilzunehmen."

Der sozialliberale „bei weitem häufigste Bündnispartner" der Jusos pflichtet ihnen bei und erklärt sich „prinzipiell offen" für allerhand „Kompromisse" auf der Mitgliederversammlung.

Keine Frage, die bürgerlichen Politiker in den VDS sehen sich durch diese Mitgliederversammlung empfindlich „gestört" in ihrer „Semestervorbereitung". Gegenüber den praktischen Schritten zur Vorbereitung des Semesters, wie sie bereits jetzt u.a. für die Medizinstudenten in der Vorbereitung der zentralen Prüfungen am Monatsende dringlich sind und den Zusammenschluß im Kampf voranbringen, sind alle diese bürgerlichen Vorstandsintrigen hilflos und die Drohungen leer. – (Z-Red.)

Bürgerliche Volkswirtschaftstheoretiker und ihre Steuertheorien

Im Handbuch der Sozialwissenschaften, 2. Band aus dem Jahre 1956 heißt es entsprechend der „organizistisch-kollektivistischen Staatstheorie": „Die Entrichtung von Steuern ist ebensosehr eine sittliche Notwendigkeit, begründet in dem Wesen und den Aufgaben des Staates, wie eine Voraussetzung des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fortschritts. Es ist daher eine allgemeine Erfahrung ..., daß die Steuerbelastung in dem Maße, wie die Ideen der Humanität, der sozialen Sicherheit und der allgemeinen Freiheit in der Staatsbetätigung ihre Verwirklichung finden, zu wachsen tendieren."

Wer also dagegen ist, daß ihm ein immer größerer Teil des Lohnes mittels Steuer vom Staat geraubt wird, verstößt nicht nur gegen die „sittliche Notwendigkeit", sondern richtet sich gleichzeitig noch gegen die „soziale Sicherheit, Humanität und die allgemeinen Freiheiten". Nun steigt bekanntlich die Steuerlast für die Masse beständig. „Soziale Sicherheit und Humanität" gehen also einher mit Rentenkürzungen, systematischer Verschlechterung der Krankenversorgung und Angriffen auf die Arbeitslosenversicherungen. Die „allgemeinen Freiheiten" werden durch zunehmende Abgaben für den staatlichen Unterdrückungsapparat verwirklicht. Verwirklicht wird die Humanität der Bourgeoisie, der es entspricht, den Rentnern durch Rentenkürzungen ihr Leben zu verkürzen. Die „allgemeinen Freiheiten" bestehen darin, einen immer perfektionierteren Unterdrükkungsapparat auszubauen, um sich gegen die Kämpfe des Volkes zu rüsten, damit die Freiheit auf Ausbeutung für die Kapitalisten erhalten bleibt.

Entsprechend der obigen Theorie hat die bürgerliche Theorie sog. Pflicht- und Opfertheorien entwickelt. Nach diesen muß jeder seinen Teil zum gemeinsamen Ganzen beitragen. Jeder soll sein gerechtes Opfer bringen, egal ob Arbeiter mit 1200 DM oder Kapitalist mit etlichen Zehntausend. Was ist das „gerechte" Opfer? Darüber gibt es Streit. Eine Lösung soll gar nicht gefunden werden. Denn derweil wir uns streiten sollen, geht die Bourgeoisie „praktisch" vor und zieht die Steuerschraube weiter an. Daß sie damit nicht durchkommt, ist klar. Also: „Im Begriff des Opfers liegt jedoch ein Element der Freiwilligkeit, was in schroffem Gegensatz zum Zwangscharakter der Steuer steht" (Wittmann, Einführung in die Finanzwissenschaft, 2. Teil, S. 14). Der „sittlichen Notwendigkeit" muß also mit Zwang zum Durchbruch verholfen werden.

Das läßt sich auch mit der „individualistisch-utilitaristischen Staatstheorie" erklären. Nach dieser zahlt der Einzelne eine Steuer, um im Austausch eine entsprechende Leistung zu erhalten. Kauft der Staat also z.B. einen Panzer, so steigt die „Sicherheit". Für dieses Gut „Sicherheit" zahlt der Einzelne Steuer. Optimal wäre es nach dieser Theorie, daß der Einzelne so viel Steuer zahlt, wie es seinem subjektiven Nutzen entspricht. Nun verheimlichen die Individuen ihre Wünsche, um keine Steuern zahlen zu müssen. Also muß der Staat die Steuer festlegen und einziehen, ohne die Wünsche oder den Nutzen zu kennen. Durch die Wahlen kommen die Wünsche zum Ausdruck, denn die Partei gewinnt, die die den Besteuerungs- und Ausgabenwünschen am nächsten kommt.

So unwahrscheinlich diese Theorie klingt, die bürgerlichen Professoren haben eine ziemliche Vorliebe für sie. Der große Nutzen für sie ist: Man braucht sich nicht lange mit Begründungen über den Sinn und Zweck der Staatstätigkeit aufzuhalten. Das Volk ist schließlich selber schuld. Es geht ja zur Wahl. Obendrein „will man es ja gar nicht anders, denn die Wahlen bringen die Wünsche der Individuen zum Ausdruck". Wenn also die Mehrwertsteuer erhöht wird und die Kapitalisten ein Steuergeschenk nach dem anderen bekommen, ist das „Ausdruck der Wünsche aller".

Dem Sachverständigenrat sind selbst diese Lügen zu umständlich. Er beschränkt sich darauf, festzustellen, daß es eben ein Defizit gäbe und da die Ausgaben nicht gekürzt werden können, eben die Steuern erhöht werden müssen. Auch das läßt sich wissenschaftlich begründen: „Einer besonderen Rechtfertigung bedarf die Steuer nicht, wenn man die Notwendigkeit einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung bejaht." (Wittmann).

Steuern gibt es also, weil es eine Gesellschaft gibt. Das ist die ganze Weisheit. Daß es sich dabei um die kapitalistische Gesellschaft handelt, in der die bürgerliche Klasse sich mittels Steuern, die sie von den Massen abpresst, einen Staatsapparat unterhalten läßt, soll vertuscht werden.

Daß es Widerstand gegen Steuerzahlungen, die Bourgeoisie nennt es „Steuerwiderstände" gibt, ist auch den bürgerlichen Wissenschaftlern klar. Darüber verbreiten sie Lügen: Musgrave, Finanztheorie: Die Steuererhöhung bedeutet Lohnsenkung. Der „Wunsch zurückzuschlagen" liege in einem „freiwilligen Tausch von Arbeitszeit gegen Freizeit" nach dem Motto: Bei so viel Steuer schaff ich nichts mehr. „Grolleffekt" nennen die Finanzwissenschaftler das. Der Lohn wird also zweimal gekürzt: 1. durch die Steuererhöhung, 2. durch „freiwillige Verkürzung der Arbeitszeit.". Das kann sich 1. keiner leisten, denn die Lohnsenkung durch die Steuererhöhung zwingt zu höherem Akkord und mehr Überstunden, 2. ist es kein geeignetes Kampfmittel gegen die Steuerausplünderung.

Der Kampf der Arbeiterklasse und des Volkes wird nicht im Grolleffekt bestehen, sondern im bewußten Kampf gegen das Steuersystem. – (KHG Unterer Neckar)

„Wo ist ihr Engagement und wofür ... ?" – Ein klärender Briefwechsel

Um die Dokumentation von 15 Bremer Professoren und 30 weiteren aus Niedersachsen mit dem Göttinger „Buback-Nachruf" hat sich jetzt, Monate nach der Veröffentlichung des „Nachrufs", ein Briefwechsel zwischen dem Bremer Wissenschaftssenator Franke und den Bremer Professoren entwickelt, den es sich zu dokumentieren lohnt. Franke schrieb den Professoren, darunter „namhafte Linke" wie Johannes Beck, Wilfried Gottschalch und Ulrich-K. Preuss, schon am 4.8., was er von ihnen erwartet:

„*Sie werden sich nach dem Mord an Jürgen Ponto neuerlichen Angriffen, Verdächtigungen und Unterstellungen ausgesetzt sehen.*" Da dürften sie nicht „*über Ihrer wirklichen Haltung weiter einen Grauschleier lassen*". „*Natürlich haben Sie recht, wenn Sie in Ihrer Erklärung feststellen, jener Göttinger Anonymus spreche sich letztlich gegen individuellen Terror und gegen Mord aus.*" Aber die „*Sprache des Hasses*" könne nicht akzeptiert werden,

Die 15 Professoren haben diesen Ball aufgenommen, ihre Antwort läßt nicht zu wünschen übrig: Es sei ihnen um die „*Absage an individuellen und kollektiven Terror*" und die „*Selbstkritik an einer Spontaneität, die sich ,klammheimlich' über einen Mord freut*", gegangen. Um dieser dankenswerten Absicht willen solle der Senator doch über die Sprache hinwegsehen. Denn: „*Wir müssen aber bedenken, daß die Argumentation und die Sprache des Mescalero-Artikels sich an einen Personenkreis wendet, der unter Umständen geneigt sein könnte, mit politischen Terroristen zu sympathisieren*" (will heißen, an diejenigen Studenten, die „unter Umständen" mit dem gewaltsamen Sturz der Kapitalistenherrschaft „sympathisieren"). „*Wer in der Sprache des Hasses schreibt, kann zum Täter werden – es sei denn, es gelänge ihm, diese Haßgefühle zu verarbeiten. Genau dies aber sehen wir als den Lernprozeß des Mescalero an.*"

„*Sie fragen uns, ob wir diese Gesellschaft und diesen Staat mit den Mitteln der parlamentarischen Demokratie für reformfähig halten. Täten wir das nicht, würden wir uns kaum mehr hochschul- und reformpolitisch engagieren.*" „*Uns zu unterstellen, wir sympathisierten mit terroristischen Gewalttätern, die die Bundesrepublik auf dem Weg des ,bewaffneten Kampfes' verändern wollen, ist schlicht abwegig.*" (Weser-Kurier, 12.8.) Man glaubt es ihnen.

Das hat Franke auch vorher gewußt. Sein eigentliches Anliegen ist ein anderes: „*Wenn der ,Mescalero-Text' inhaltlich und sprachlich dem Denken des Verfassers entspräche, halten Sie einen Lernprozeß für möglich. Was soll Ihrer Meinung nach ein ,Mescalero' lernen, und wie kann er es lernen? Sie sind Hochschullehrer und könnten sehr wohl, wie die Verhältnisse in der Bundesrepublik nun einmal sind, auch Lehrer von sogenannten ,Mescaleros' sein.*" „*Wenn ich mit Studenten diskutiere, sehe ich auch oft einige von Ihnen dabei sitzen. Obwohl engagierte Hochschullehrer, sind Sie in der Regel stille Beobachter der Szene. Wo ist ihr Engagement und wofür ist ihr Engagement?*"

Und zuversichtlich-versöhnlich am Schluß: „*Damit wir uns recht verstehen: Ich will Sie nicht danach einschätzen, wo überall in Unterschriften- und Herausgeberlisten Ihr Name auftaucht. Entscheidend ist doch, wie Sie sich als Hochschullehrer vor Ihren Studenten engagieren.*" (Weser-Kurier, 12.8.)

Die Herren Professoren Beck, Gottschalch, Preuss und übrige werden ihren Senator nicht enttäuschen. – (N-Red.)

Mittels KPD-Verbot: Schutz der bürgerlichen Psychologie vor revolutionärer Kritik

Göttingen. Gegenwärtig versucht die Bourgeoisie, vier kommunistische Lehrende an den Universitäten in Niedersachsen zu entlassen, um den Lehrkörper gegen die Studentenbewegung auszurichten. Gegen F. Dick, Akademischer Rat am Psychologischen Institut Göttingen, hat sie außerdem Dienst- und Hausverbot verhängt. Vorgeworfen wird ihm neben der Kandidatur für den KBW bei den Kommunalwahlen 1976, daß er den Zusammenschluß der Studenten gegen die Abrichtung zum Bourgeois-Funktionär unterstützt hat. (N-Red.)

Die bürgerliche Psychologie ist eine Waffe der Bourgeoisie im Klassenkampf. Der feste Hauptteil dieser Waffe ist der Betrug. Die Volksmassen dürfen die ganze Testerei vor allem in den Schulen nicht als das erkennen, was sie ist, als vorgeschobenes Staatsmittel der Schulpolitik zur Unterdrükkung und Auslese der Jugend. Die Waffe wirkt nur, wenn die Diplom-Psychologen sie anwenden und sich nicht mit dem Volk verbinden. Sie müssen auf der Universität, wo auch diese Waffen geschmiedet werden, auf ihre Handhabung ausgerichtet werden.

Weil diese Waffe scharf bleiben soll, ist die Lehre von der „individuellen Ungleichheit der Menschen" im KPD-Verbotsurteil juristisch als verbindlich fixiert. „In der freiheitlichen Demokratie ist die Würde des Menschen der oberste Wert ... Der Mensch ist danach eine mit der Fähigkeit zu eigenverantwortlicher Lebensgestaltung begabte ,Persönlichkeit' Sein Verhalten und sein Denken können daher durch seine Klassenlage nicht eindeutig determiniert sein." (Entscheidungen des BVG, Tübingen 1956, S. 204)

In Anwendung des KPD-Verbots versucht die Bourgeoisie mich, weil ich den Zusammenschluß der Studenten durch Enthüllungen des Zwecks der bürgerlichen Wissenschaft unterstütze, rauszukanten.

Die Anwendung der Psychologie ist im wesentlichen die Ausdehnung der staatlich-bürokratischen Unterdrükkung.

Einen immer größeren Teil der Arbeiterjugend will die Bourgeoisie auf die Sonderschulen überweisen, das geht nur gegen den Widerstand der Eltern. Da reicht Für-dumm-Erklären, auch mit wissenschaftlichen Fremdworten, nicht aus. Ein Dachschaden muß herbeidiagnostiziert werden. Die Frau Professor Duhm, Leiterin der Abteilung Klinische Psychologie, in der ich arbeite, ist groß darin. Sie hat das höchst wissenschaftliche Instrument „Ringewerfen" erfunden. Dieser Test besteht aus 40 Ringen aus Blech. Die werden einem untersuchten Kind in mehreren Durchgängen mit aufsteigender Geschwindigkeit zugeworfen, das Kind muß fangen. Das macht die Duhm persönlich, wenn sie sich bei einem Kind, das von Hilfskräften untersucht ist, noch schnell vor der „Beratung" der Eltern einen Eindruck verschaffen will. Ich habe erlebt, wie sie dem achtjährigen Stephan die Ringe erheblich schnell zugeworfen hat. Der wollte längst nicht mehr. „Jetzt noch einmal, aber langsamer!", mit dieser Aufforderung hat sie den eingeschüchterten Jungen dazu bewegt, noch mal zu fangen. Die Duhm nennt das „testing the limits", „die Grenzen testen". Hat das Kind wenig gefangen und ist es Arbeiterkind, dann wird schnell die wissenschaftliche Diagnose gestellt: „motorische Hinweise auf einen frühkindlichen Hirnschaden", und die Eltern werden zum Nervenarzt geschickt. Mit der Begründung: „Dumm ist Ihr Junge nicht, aber er hat einen durch einen frühkindlichen Hirnschaden bedingte neurotische Fehlentwicklung", kann der Junge dann in die Sonderschule gepreßt werden.

Damit die Bourgeoisie sich die gewünschten Quoten von Arbeitern verschiedener Lohnstufen und Antreibern auslesen kann, hat die Bourgeoisie bald alle Schaltstellen im Ausbildungssystem mit Tests besetzt. Die neueste Entwicklung innerhalb der Psychologie sind Computerprogramme, die nach Test- und Fragebogenergebnissen automatisch psychologische Gutachten erstellen. Ein „Diagnostischer Befundbogen für Erziehungsberatungsstellen" mit Lochkarten-Kurzfassung liegt schon vor. Er enthält so um die hundert standardisierte Einzelinformationen über ein untersuchtes Kind, das geht bis zu „charakterliche Mängel bei den Eltern", und „Intelligenzmangel bei den Eltern".

Gut abschneiden kann man bei einem solchen Test nicht, weil man etwas sichtbar Nützliches tut, sondern weil man bei sinnlosen Tätigkeiten besser ist als andere. Daß die meisten mittelmäßig oder schlecht abschneiden, das ist in der Herstellung des Tests schon vorbestimmt. Für die meisten, die sowieso schlecht dastehen, soll das Selbstbewußtsein zerstört werden, damit sie sich individuell unterwerfen und nicht zusammenschließen.

Weil die Bourgeoisie um die Wirksamkeit dieser Waffen fürchtet, deswegen soll ich entlassen werden. Im Angriff auf die imperialistische Wissenschaft und das KPD-Verbot müssen die Entlassungsabsichten zu Fall gebracht werden. – Franz Dick

Resolution von 150 Teilnehmern einer Veranstaltung der Fachschaftsrätekonferenz und des AStA:

Wir wissen, daß gerade unter dem verlogenen Banner der „Freiheit der Wissenschaft" ihre Wissenschaft die räuberischsten Kriege rechtfertigt, gerechtfertigt hat, und vorbereitet, unter dem gleichen Banner die Ausplünderung der Werktätigen.

Warum sonst „lehnt die freiheitliche Demokratie es ab, den wirtschaftlichen Tatbestand der Lohnarbeit im Dienste privater Unternehmer als solchen allgemein als Ausbeutung zu kennzeichnen"? (KPD-Verbots-Urteil).

Wir sehen, daß mit der Entlassungsdrohung gegen Gerdum und Dick der Lehrkörper gesäubert werden soll, um uns besser abzurichten.

Das können wir nicht zulassen. Wir fordern:
Weg mit dem KPD-Verbot!
Weg mit dem Beamtenrecht!
Keine Entlassung von F. Dick und A. Gerdum!
Gewerkschaftliche und politische Freiheiten im öffentlichen Dienst!

Wir beschließen deshalb, zusammen mit Dick und Gerdum am psychologischen Institut und am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften den Angriff auf diese Ausbildung und Wissenschaft in der Vorbereitung des Semesters jetzt zu organisieren und binnen 14 Tagen eine Veranstaltung gegen ihre Hauptvertreter vorzubereiten, für die wir an der gesamten Universität und PH aufrufen.

Sollten Pestel und Balssen die Suspendierung von F. Dick nicht zurücknehmen, setzen wir uns dafür ein, daß am 15. Oktober keine Lehrveranstaltungen am Psychologischen Institut beginnen.

Die größte Qual des KB-Nord

„Arbeit ist für uns die größte Qual – egal ob Kapitalismus oder Kommunismus", so der KB-Nord auf einer Veranstaltung des Kommunistischen Studentenbundes Göttingen, die den großen Sprung nach vorn im Aufbau des Sozialismus unter der Diktatur des Proletariats in der Volksrepublik China propagierte. In einem Trupp von ca. 15 Mann war der KB-Nord erschienen, um zügellose Hetze gegen die Diktatur des Proletariats und die Kommunistische Partei Chinas zu verbreiten. Gelungen ist es ihnen nicht, im Gegenteil, sie mußten ihren parasitären Standpunkt offen herauslassen. „Befreiung des Menschen von Arbeit" (Pfeiffer, KB-Nord) sei Zweck der Revolution, statt Befreiung der Produktivkräfte. Ergänzt hat sie der „Göttinger Betriebsexpreß", eine Organisation, die mit dem Sozialistischen Büro zusammengeht. „Unmöglich" sei es, „im Sozialismus am Fließband zu stehen", das beweise nur Revisionismus.

Im Referat auf der Veranstaltung wurde anhand des Aufbaus der Landwirtschaft in Dadschai bewiesen, daß die energische Entwicklung der sozialistischen Produktion eine notwendige Bedingung für das Festhalten am Sozialismus, für das Niederringen des Kapitalismus, ist. Nur so kann der wachsende Bedarf der Volksmassen in der VR China Schritt für Schritt gedeckt und das Bündnis von Arbeitern und Bauern, sowie die Einheit der verschiedenen Nationalitäten gestärkt werden.

„Befreiung von Arbeit", das ist die Existenzweise der herrschenden Finanzbourgeoisie. Mit Leuten wie dem KB-Nord versucht sie, Parasitentum als revolutionär zu verbreiten.

„Superwaffen“ für die Weltmachtträume des Finanzkapitals

Trubel mit der Neutronenbombe

Carter hat die Parole ausgegeben, als er die Neutronenbombe begründete: Sie habe „gewisse Vorteile“ angesichts der Überlegenheit der Zahl an Panzern des Warschauer Pakts. Begeistert hat sich die westdeutsche imperialistische Bourgeoisie auf diese Bombe gestürzt. Da allein die feindlichen Truppen, nicht aber das zu erobernde Land zerstört werde und vor allem die eigenen Truppen durch das Abwurfgebiet der Bombe rasch hindurch „vorwärts“ könnten, sei die Bombe großartig. Und von der „Frankfurter Allgemeinen“ bis zur kleinsten Provinzzeitung teilt jedes Bourgeoisblatt den Lesern mit, man habe jetzt wieder bessere Karten gegen die sozialimperialistische Bourgeoisie. Der Trubel um die Neutronenbombe ist beträchtlich. Einen eigenen Trubel veranstalten DKP und Teile der SPD und wettern heftig gegen die „N-Bombe“.

Angesichts solchen Trubels der Imperialisten und angesichts der Tatsache, daß die Revisionisten auf der gleichen Hochzeit tanzen, nur nach anderer Melodie, drängt sich Erinnerung auf an die Vorbilder und Vorgänger der „Superwaffen“-Propagandisten.

Vor dem Ersten Weltkrieg waren es mehrere dieser „Superwaffen“: das Maschinengewehr, die Luftschiffe bzw. Flugzeuge, die Großgeschütze („Dicke Berta“), vor allem aber die U-Boote, die den Sieg bringen sollten.

Die deutschen Imperialisten mußten die schmerzliche Erfahrung machen: Trotz „Superwaffen“ ging der Krieg verloren gegen die imperialistische Konkurrenz. Offensichtlich waren nicht die Waffen kriegsentscheidend. Wie kann das auch sein? Genausowenig wie die Waffen den Krieg hervorbrachten, sondern die gegensätzlichen ökonomischen Interessen der Imperialisten, konnten die Waffen, die vorhanden waren, den Krieg entscheiden, sondern die ökonomische Stärke, also die strategische Basis der jeweiligen kriegsführenden Imperialisten. Gerade diese wollten die deutschen Imperialisten mit dem Weltkrieg verändern, sie scheiterten an der ökonomisch größeren Potenz der verbündeten gegnerischen Imperialisten.

Die Aufrüstung für den Zweiten Weltkrieg war voller modernster und bis dahin ungekannter Waffen. Am bekanntesten sind die damals entwickelten Raketen V1 und V2. Weiter gehören die Großflugzeugentwicklungen und die Sturzkampfbomber (Stukas) sowie die Kampfpanzer zu den Waffen, die in der Propaganda der Imperialisten als Garanten für den deutschen Sieg herausgestellt wurden.

Auch der Zweite Weltkrieg wurde zur völligen Niederlage für die deutsche Bourgeoisie. Alle ihre Waffen haben sie nicht davor bewahrt. Diese Niederlage hat dem deutschen Imperialismus vor allem die revolutionäre Sowjetunion zugefügt. Die deutschen Imperialisten mußten zu ihren Erfahrungen bezüglich des Sieges in Kriegen vermerken: Gegen imperialistische Konkurrenten kann man dann nicht gewinnen, wenn deren ökonomische Überlegenheit nicht schnell beseitigt werden kann, das war die Erfahrung aus dem Ersten Weltkrieg. Zweitens, und das war den deutschen Imperialisten unerklärlich, gegen ein Land, in dem die Arbeiterklasse die Macht hat, kann ein imperialistisches Land auch dann den Krieg nicht gewinnen, wenn nach imperialistischen Maßstäben dies ökonomisch „unterlegen“ ist. Die Erklärung dafür: Weil die sowjetische Arbeiterklasse eine fortgeschrittene Produktionsweise repräsentierte, weil sie die Produktion für den Krieg binnen kurzer Zeit unter Einsatz aller gesellschaftlichen Fähigkeiten planmäßig und konzentriert mit Riesenleistungen organisieren konnte, weil sie den Kampf selbst mit unerhörter Tapferkeit und Ausdauer führte, kurz, weil sie ihre eigene Herrschaft und die Abschaffung der Profitwirtschaft gegen die räuberischen Ausbeuter verteidigte, konnte die Sojwetunion das hochgerüstete Hitlerdeutschland entscheidend besiegen, so daß die imperialistischen Konkurrenten Deutschlands, die sich bis zum Punkt der Entscheidung des Kampfes gegen die Sowjetunion zurückgehalten hatten und gern eine eroberte Sowjetunion den deutschen Imperialisten abgenommen hätten, nun auch in diesen Kampf gehen mußten.

Daß „Superwaffen“ den Krieg entscheiden, ist offensichtlich ein praktisch widerlegter Betrug. Die Imperialisten verbreiten diesen Betrug systematisch und verbreiten ihn gerade vor den Kriegen um die Aufteilung der Welt, weil sie die Arbeiterklasse hindern wollen, aus ihren Erfahrungen zu lernen. Genauso wie eine Maschine für den Kapitalisten keinen Pfennig Profit bringt, dient sie ihm nicht bei der Ausbeutung lebendiger Arbeitskraft, genausowenig nutzen den Imperialisten ihre Waffen irgend etwas, wenn sie nicht bedient werden von den Arbeitern. Die Imperialisten wollen zudekken, daß ihre Profite und die Gier nach Steigerung der Profite es sind, die die Völker in die Kriege stürzen. Sie wollen schreckliche Waffen, Aufrüstung, das „menschliche Wesen“ dafür verantwortlich machen.

Die Arbeiterklasse soll den Betrug schlucken, um die Rekrutierung für den imperialistischen Krieg zu schlukken und nicht die Revolution gegen die Ausbeuter durchzuführen und so auch deren gegenseitiges Gemetzel an den Arbeitern zu verhindern. Denn damit haben die Imperialisten Erfahrung gemacht in zwei Weltkriegen: Beide begonnen von der Bourgeoisie, um ihre Profite zu vermehren, haben die Kriege beide mit Siegen der proletarischen Revolution geendet. Nach dem Ersten Weltkrieg siegte die Arbeiterklasse in Rußland, nach dem Zweiten in den osteuropäischen Ländern, einem Teil Deutschlands und China. Davor hat keine „Superwaffe“ die Imperialisten schützen können: Nicht die Waffen, sondern die Menschen und ihre Interessen sind entscheidend.

Neben diesem Betrug, der allem Gerede von „Superwaffen“ eigen ist, enthält die Propaganda zur Neutronenbombe eine weitere, zusätzliche Lüge: Die Bombe hat nicht einmal den militärischen Wert, den die Imperialisten ihr andichten bzw. sich davon erhoffen. Wir haben in der KVZ Nr. 27 bereits darauf hingewiesen. Nach Angaben der Imperialisten hat die Bombe einen Strahlungsumkreis von 4 Kilometern. Das aber ist bereits viel zu groß, um so gezielt Truppenverbände ausschalten zu können, wie die Imperialisten behaupten. Auch bleibt im Zentrum der Bombenexplosion nicht einfach „alles stehen“, sondern die Explosionsenergie hat vernichtende Auswirkungen. Auch auf Gebäude, Produktionsanlagen usw. Vor allem aber ist die Behauptung, die Strahlung dauere nur kurz, eigene Truppen könnten schnell hindurch, Betrug. Die ausgesandten Neutronen, die auf Stahl, Beton usw. treffen, erzeugen in der ganzen Tiefe des Materials strahlende Teilchen, sogenannte Isotope, die sehr langsam zerfallen. Anders als beim radioaktiven Fall-Out der herkömmlichen Atombombe kann also das Gebiet *nicht* durch Abwaschen oder Abtragen der obersten verseuchten Schicht entseucht werden.

Nichts ist damit, daß die eigenen Truppen kurz darauf hindurch nach vorn könnten. Als *Waffe* hat die Neutronenbombe für die Imperialisten allein im Seekrieg Bedeutung, sie braucht nicht genau zu treffen, hat eine breite Streuung, und im Wasser bilden sich nicht aufgrund von Neutronenstrahlung Isotopen, das Wasser bleibt also strahlungsfrei.

Wenn der Bundesgeschäftsführer der SPD die „Unmenschlichkeit“ der Neutronenbombe bejammert, steckt dahinter imperialistisches Kalkül. Das Kalkül der Propaganda um die Neutronenbombe ist: die neue „schreckliche“ Waffe zu bejammern, mit aller Kraft deren Unmoralität zu bejammern und so den Einsatz kleiner Atomgranaten vorzubereiten. Man wird nicht lange zu warten brauchen, dann wird einer der imperialistischen Militärstrategen sich damit vorstellen. – (Z-Red.)

„Patenschaftsbesuch“ in Fürstenberg

„Das erste, was die Bevölkerung von ihnen sah und hörte, waren Leuchtkugeln und das ohrenbetäubende Hämmern eines Maschinengewehres: zu ihrem Patenschaftsbesuch in Fürstenberg (Paderborn) zogen die Soldaten der 3. Kompanie des Panzerbataillons 214 aus Augustdorf gefechtsmäßig in den Ort ein.“ (Das Heer Nr. 8/1977)



Immer häufiger läßt die Bourgeoisie ihr Heer den Kampf und die Eroberung in Ortschaften proben. Daß sie dies auch in „Patenschaftsstädten“ durchführen läßt, zeigt den Charakter solcher „Patenschaften“. Der Einmarsch und die dreitägige Belagerung wie hier in Fürstenberg ist nur die erste Stufe des „Ortskampfes“. In einem eigens dafür eingerichteten Übungsdorf, „Bonndorf“ (Truppenübungsplatz Hammelburg), lernen die Soldaten in Orte einzumarschieren, Straßenkämpfe zu führen, Häuser zu erobern und eroberte Stellungen zu verteidigen. „Die Häuser (in Bonndorf, Red.) sind für den jeweiligen Übungszweck ausgebaut und bieten durch ihre Ausstattung mit Möbeln und Sperrmaterial Möglichkeiten, Stellungen wirklichkeitsnah zu verstärken.“ (Wehrausbildung in Wort und Bild, Schwerpunkt Orts- und Waldkampf, Nr. 11/1976)

Die Bourgeoisie widmet den großen Industriestädten sowohl bei der Anlage der Kasernen wie bei der Ausbildung der Soldaten zunehmend größere Aufmerksamkeit. Ihre Militärstrategen haben erkannt, daß diese Städte im Krieg mit ihren imperialistischen Konkurrenten entscheidende und schwer einnehmbare Festungen bilden. Gleichzeitig ist in diesen Städten die Arbeiterklasse konzentriert, bilden sie die Zentren des Kampfes gegen die Ausbeuterherrschaft und den imperialistischen Krieg.

Das stellt die Bourgeoisie vor unlösbare Probleme. Sie muß die Soldaten, die aus den Volksmassen rekrutiert sind, als Besatzungstruppen gegen die Arbeiterklasse und den Volksmassen führen und ausbilden: „Der Soldat hat sich im Ortskampf vor allem auf folgende *Besonderheiten* einzustellen:

– Mit Hinterhalten, Überfällen und Handstreichen des Feindes ist immer und überall zu rechnen.

– Die häufige Ungewißheit über die Lage, selbst über die bei den unmittelbaren Nachbarn, und das Gefühl ständiger [illegible] Bedrohung aus Flanken und Rücken belasten jeden Soldaten stark“, heißt es in der Zentralen Dienstvorschrift (ZDv) 3/11 für den Soldaten im Ortskampf.

„Überall und immer“ sollten die Soldaten mit dem Feind rechnen. „In Großstädten, Industriegebieten und sonstigen dicht besiedelten Räumen ... finden Banden geeignete Verstecke und günstige Bewegungsmöglichkeiten ... Banden besitzen gewöhnlich gute Ortskenntnisse.“ Jeder Soldat hat „auch im rückwärtigen Gebiet seine Umgebung aufmerksam zu *beobachten* und jede verdächtige Wahrnehmung sofort zu *melden*. Er muß sich, vor allem in Ortschaften, *vorsichtig* verhalten. (...) Er ist jedem Unbekannten gegenüber zurückhaltend.“ (ZDv 3/11, Band 2) Einen ganzen Katalog von Dienstvorschriften hat die Bourgeoisie erlassen in der Hoffnung, die Soldaten von den Volksmassen zu isolieren und für ihre imperialistischen und reaktionären Interessen einsetzbar zu machen. – (Z-Red.)

Polizeireform in Hamburg

Hamburg. Mit der Polizeireform haben die Hamburger Sozialliberalen in diesem Jahr eine ihrer typischen Reformen abgeschlossen. Mit rund 40 Mio. DM müssen die Massen ihre verschärfte Unterdrükkung bezahlen. Mit einem neustrukturierten und zentralisierten Polizeiapparat will der Hamburger Senat „Vorreiter eines rationallen Polizeieinsatzes“ sein (Senator Staak). „Größere Mobilität und stärkere Konzentration der polizeilichen Kräfte“ (Staak) ist das erklärte Ziel der Reform. Oberste Planungsaufgabe war, der Bevölkerung, die immer mehr aus dem Stadtkern in die Außenbezirke verdrängt wurde, auf den Fersen zu bleiben und danach vier Direktionen aufzubauen. Die Ausgaben für Geräte, Waffen, Munition und dergleichen beliefen sich 1976 auf 1,47 Mio. DM. Das bedeutet gegenüber 1974 ein Anwachsen um 40,3 %. Der Kraftfahrzeugbestand wurde durch die Reform um 150 auf 950 erhöht. Durch Rationalisierung der Verwaltungstätigkeiten sollen bis Ende des Jahres 260 Beamte freigesetzt werden für den unmittelbaren exekutiven Polizeidienst.

Schon vor der Reform war ein dichtes Netz zur Überwachung und Unterdrükkung der Volksmassen aufgebaut worden. 1974 war ein Polizist für je 79 „abhängig Beschäftigte“ aufgeboten.

Der Zersetzung des Apparats sucht der Senat durch verstärkte Beaufsichtigung der unteren Polizeibeamten zuvorzukommen. Mehr als doppelt so rasch ist die Zahl der Offiziere und Unteroffiziere im höheren und gehobenen Dienst gewachsen gegenüber den Beamten des mittleren Dienstes, zu dem die einfachen Polizisten gehören.

Soldaten: „Niemals gegen die Bevölkerung“

Itzehoe. 19 von 27 Soldaten der Hanseaten-Gallwitz-Kaserne in Itzehoe erklärten nach Räumung des Zeltlagers in Brokdorf in einer Resolution:

„Wir verurteilen die Maßnahmen der Landesregierung und der NWK, die dazu geführt haben, daß die Besetzer des Anti-AKW-Lagers in Brokdorf heute morgen durch ein starkes Polizeiaufgebot gezwungen wurden, das Lager zu räumen.

Wir erklären uns solidarisch mit dem Kampf der Bevölkerung gegen das geplante AKW Brokdorf. Wir unterstützen die Beschlüsse der Marschenkonferenz vom 4. März 1977.

Wir Soldaten erklären, daß wir uns niemals gegen die Bevölkerung werden einsetzen lassen.“



Einen Orientierungsmarsch mit einem anschließenden Schwimmspiel führte das Soldaten- und Reservistenkomitee Westberlin am 6.8. durch. Etwa 80 beteiligten sich.

Widerstand gegen Dienstverlängerung

Hannover, Scharnhorst-Kaserne. Am Dienstag, dem 2.8., war für die 4./PzGren Btl/11 Gefechtsausbildung angesetzt. Die Gefechtsausbildung ist am meisten unter den Rekruten verhaßt, bedeutet sie doch ein Höchstmaß an Belastung und Drill, derart, daß am Abend die Kleidung völlig durchgeschwitzt und der ganze Körper geschunden ist. Als sich am Dienstagmorgen dreizehn Rekruten neukrank meldeten, und so gut die Hälfte des dritten Zuges nicht mit ins Gelände hätte kommen können, befahl Oberleutnant Nikolay, daß der dritte Zug erst dann auf den Standortübungsplatz darf, wenn geklärt ist, wer von den Krankgemeldeten mit zur Gefechtsausbildung muß und wer nicht. Wer sich nicht krank gemeldet hatte, wurde derweil mit Waffenreinigen und Übungen auf dem Kasernengelände schikaniert. Die verlorene Zeit sollte am Abend in der Freizeit nachgeholt werden. So war nicht um 19.30 Uhr, sondern um 22.30 Uhr Dienstschluß.

Andauernd springt die Kompanieführung derart mit den Soldaten um, kürzt ihnen die Pause, verlangt Dutzende von schriftlichen Ausarbeitungen, die im wesentlichen nach Dienstschluß gemacht werden müssen usw.

Diese schrankenlose Vernutzung ihrer Arbeitskraft trifft auf wachsenden Widerstand der Soldaten. Vier haben sich wegen der Dienstverlängerung beschwert und Dienstausgleich gefordert. Die Kompanieführung versucht jetzt mit dem berühmten Zuckerbrot den Kampf zu zersetzen und hat letzte Woche wegen des „guten Ergebnisses“ des wöchentlichen praktischen Tests zwei Stunden eher Wochenendausgang gegeben.

Die westdeutsche Monopolbourgeoisie soll reingewaschen werden

Film „Hitler – eine Karriere“

Gegenwärtig läuft in allen westdeutschen Großstädten und in Westberlin der Film von Joachim C. Fest „Hitler – eine Karriere“. Der Autor ist Mitherausgeber des Zentralorgans der westdeutschen Monopolbourgeoisie, der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“.

Aufstieg und Erfolg des deutschen Faschismus

werden als Produkte der Redekunst und des Einfallsreichtums eines Adolf Hitler dargestellt. Der Schlüssel seines Erfolges unter den Bedingungen der Weltwirtschaftskrise: „Was er war, war er als Redner.“ Zur Untermauerung wird uns Hitler vorgeführt als allgegenwärtiger, unermüdlicher Propagandist „seiner“ Sache.

Für Propagandafeldzüge in großem Umfang nach der Art der Nazis braucht man viel Geld. Und noch mehr Geld braucht man, sollen nach zehntausenden zählende Schlägerbanden im Dienste der Reaktion ausgerüstet, verköstigt und unterhalten werden. Geld hatten die Faschisten genug. Es kam von der deutschen Kapitalistenklasse und wurde gezahlt als Wechsel auf Arbeitermord und brennende Gewerkschaftshäuser, auf Lohnraub, verschärfte Arbeitshetze und verlängerten Arbeitstag. Alles für den Sieg im imperialistischen Konkurrenzkampf!

Im Film erfahren wir kein Wort darüber, daß die deutsche Kapitalistenklasse die Errichtung der faschistischen Diktatur systematisch herbeigeführt hat. Dieser Tatbestand wird verborgen hinter ausgiebigsten Betrachtungen der Psyche Hitlers.

Der Faschismus an der Macht –

das hieß von Anfang an systematische Kriegsvorbereitung. Herr Fest erblickt seine Aufgabe darin, dies zu verschleiern, indem er die imperialistischen Raubzüge als Produkt der psychischen Verfassung Hitlers erscheinen läßt:

– Hitler sei öfter in längere Zustände der Teilnahmslosigkeit versunken, um dann – in diesem Augenblick werden Bilder vom Überfall auf Österreich eingeblendet – plötzlich aus dem Zustand der Apathie zu erwachen.

– Fest zeigt Aufnahmen von Hitlerreden, auf denen hysterisierte Hitlerverehrerinnen zu sehen sind. Sodann: Bilder von dem Einmarsch in Prag. Beides verbunden durch den Kommentar: „Aufgeladen von solchen erotischen Vereinigungserlebnissen“ faßte Hitler immer wieder seine Entschlüsse.

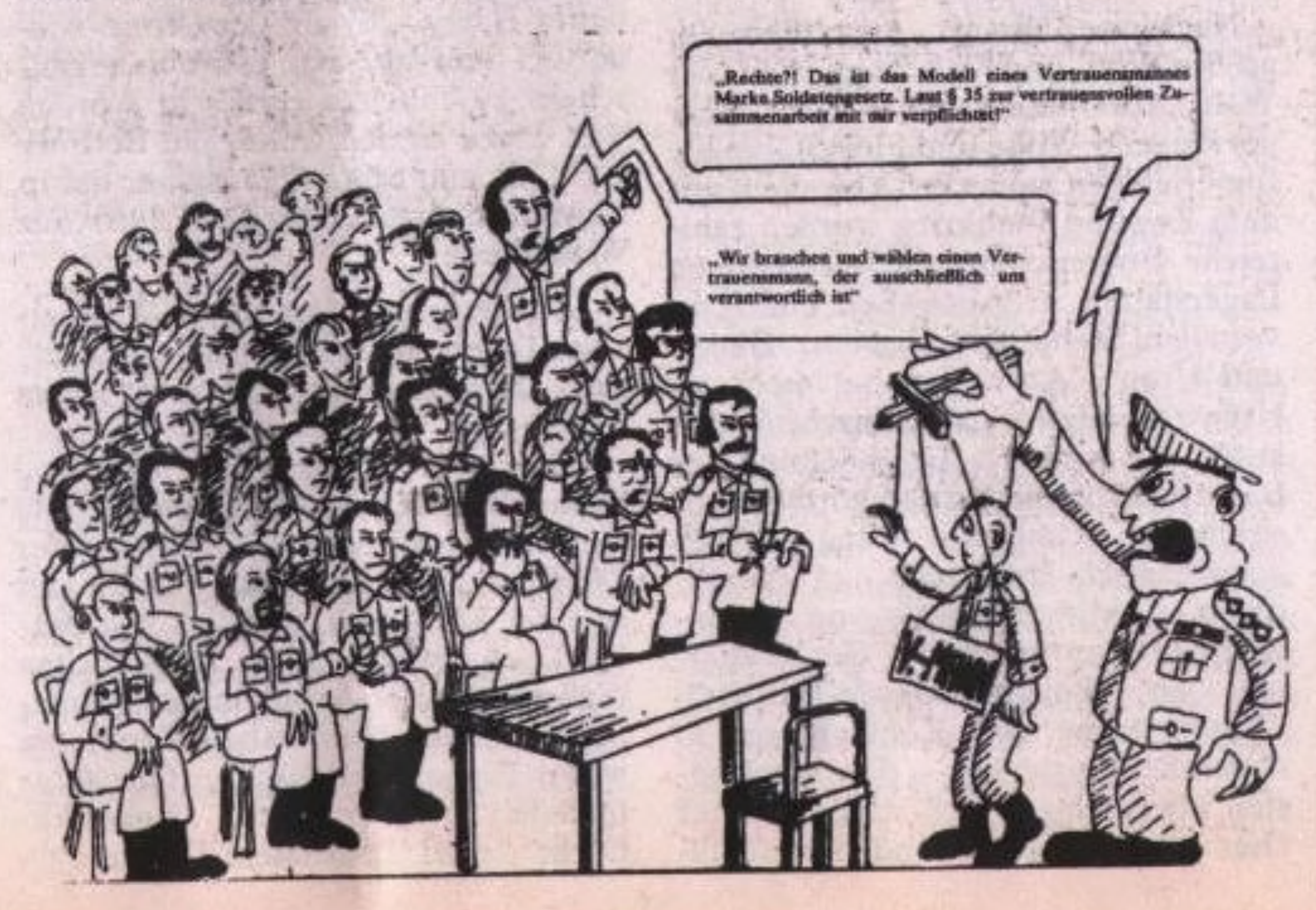
Die Verbrechen des deutschen Imperialismus sollen dargestellt werden als das Werk eines Mannes und seiner engeren Umgebung.

Warum gerade jetzt?

Viele Arbeiter wissen noch, daß sie und ihre Väter ihre Knochen hinhalten mußten für das Profitstreben der Kapitalisten. Diese Erinnerungen will der FAZ-Mann mit seinem Film zuschütten. Damit der Bourgeoisie Expansion und Kriegsvorbereitung leichter fallen.

„Besonders wertvoll“ wird der Film für die Bourgeoisie, weil er darüberhinaus alles tut, um die Einsicht zu verstellen, daß allein der Zusammenschluß der Arbeiterklasse und des Volkes und ihr aktiver Kampf Faschismus und imperialistischen Krieg, Ausplünderung und Lohnraub verhindern können. Jeder massenhafte Zusammenschluß wird als bedrohlich dargestellt und diffamiert. Von „Menschenquadern“, „dumpfen Bedürfnissen“ und dem „Druck der Straße“ ist da die Rede.

Verborgen wird mit solchen Ausdrücken das wichtigste: daß es nicht einerlei ist, ob die Mörderbanden der Reaktion die Arbeiter zu Paaren treiben, oder ob es der Arbeiterklasse gelingt, sich der Ausbeuterklasse zu entledigen. – (Zelle BfA, Bezirk Westberlin)



Großbritannien: „Glitzernde, goldene Zukunft"?

Englische Arbeiterklasse rüstet sich für große Lohnkämpfe

„Schatzkanzler Healey versprach Großbritannien eine glitzernde, goldene Zukunft im Austausch für ein weiteres Jahr strikter Lohnzurückhaltung wie in den letzten beiden Jahren", „ein weiteres letztes Jahr der Lohnbeschränkung werde Britanniens ökonomische Heilung sichern", meldete der „Guardian" am letzten Donnerstag.

Mit solcherlei beschwörenden Appellen werden die englischen Arbeiter gegenwärtig überschüttet. Die Regierung Callaghan ist in Sorge, den in den letzten Jahren erreichten Grad der Ausbeutung der Arbeiterklasse nicht halten zu können. Sie hat Anlaß dazu. Nachdem die englischen Arbeiter die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer zwingen konnten, den „Lohnpakt" mit der Regierung aufzukündigen, haben die Arbeiter in vielen Branchen den Kampf um Lohnerhöhungen, die tatsächlich ihre Lage verbessern, aufgenommen.

Seit über einer Woche kann die „Financial Times" nicht erscheinen. 46 Drucker und technisches Personal streiken für die vollständige Bezahlung der freien Tage durch die Kapitalisten. Die Grunwick-Arbeiter haben für den 15. August zu einem Aktionstag aufgerufen, um die Blockade gegen den Kapitalisten durchzusetzen. Am letzten Montag haben Beschäftigte des Postamtes Cricklewood in Nordlondon die Abfertigung der Grunwick-Post eingestellt. Gerade sechs Tage waren es her, daß ihre dreiwöchige Suspendierung wegen der Weigerung, Grunwick-Post zu befördern, aufgehoben werden mußte.

Über einen Monat schon streiken 1200 Arbeiter der Autozubehörfabrik „Lucas" in Birmingham für eine Lohnerhöhung von 35 Pfund aufgrund der enorm gestiegenen Arbeitshetze. Das jetzt erfolgte Angebot von 1 1/2 Pfund haben sie abgelehnt und am Streik festgehalten. 3000 Arbeiter des britischen Automobilkonzerns Leyland sind daraufhin wegen „Materialmangels" nach Hause geschickt worden. Weitere Drosselung der Produktion und Freisetzung von Arbeitskräften sei unvermeidlich, läßt die Finanzbourgeoisie verlauten und versucht einen Spaltungskeil in die Arbeiterklasse zu treiben.

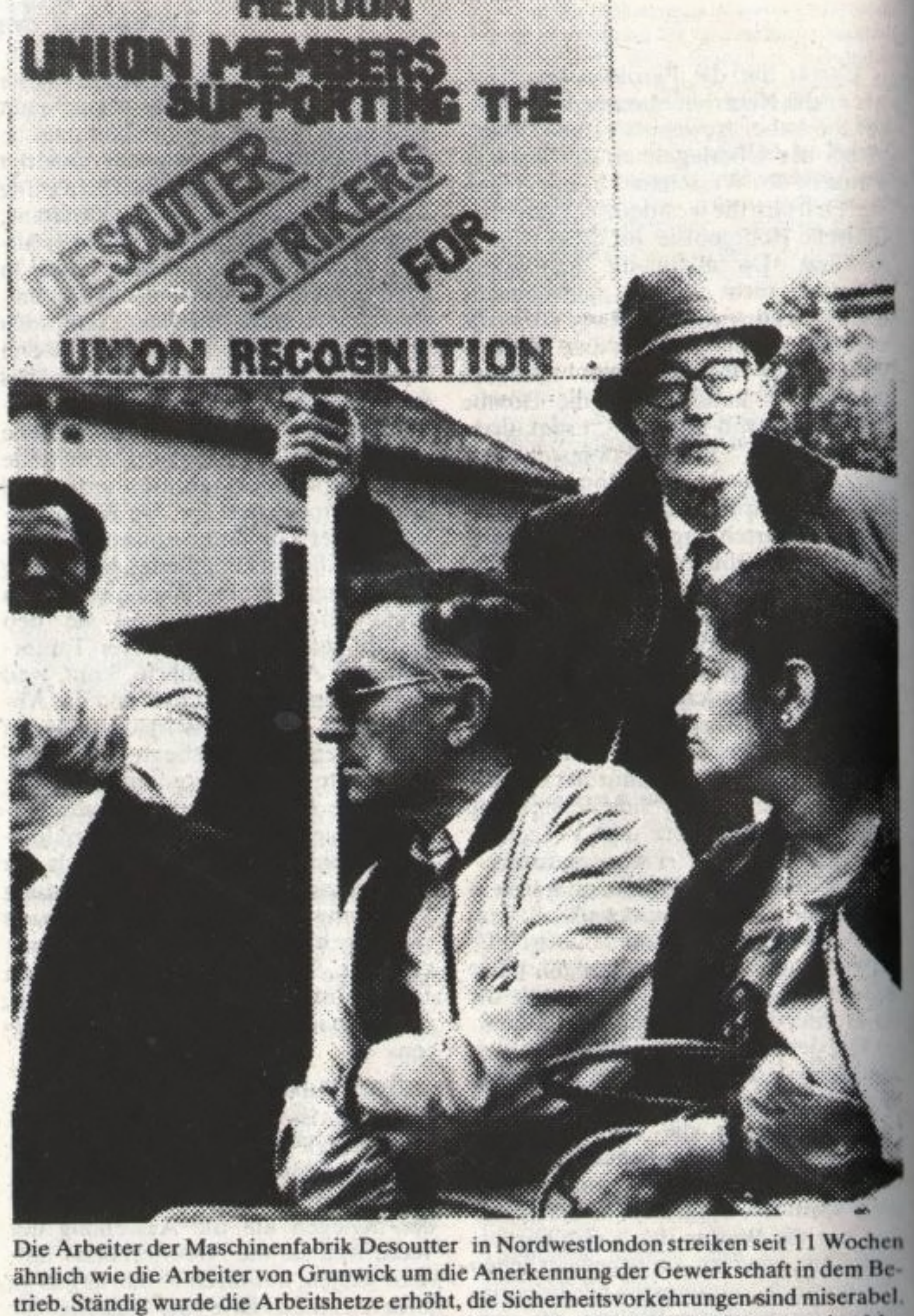
Erfolgreich war sie damit bisher überhaupt nicht. Im Gegenteil. „Leyland steht vor einer Wiederholung des verheerenden vierwöchigen Werkzeugmacherstreiks von vor vier Monaten, der das Unternehmen in die Krise stürzte", jammert der „Guardian" am 9. August. Soeben hatten 3000 Werkzeugmacher einen eintägigen Warnstreik und eine Massenversammlung in Birmingham durchgeführt und beschlossen, die „working Party" (Arbeitsgruppe) zu verlassen.

Diese „Arbeitsgruppe", ein von Kapitalisten und Gewerkschaftsvertretern besetztes Organ, war den Arbeitern nach dem letzten Streik aufgezwungen worden, um den Kampf abzustumpfen. In ihr sollten die Lohnprobleme und Fragen der Arbeitsbedingungen im „gütlichen Einvernehmen" geregelt werden. Jetzt hatten die Leyland-Kapitalisten versucht, über diese „Arbeitsgruppe" eine neue, fünffach gestufte Lohnstruktur für alle 34 Leyland-Werke und zentralisierte Lohnverhandlungen durchzusetzen. Der Vorschlag bedeutete für einige Werke des Konzerns eine Vergrößerung der Lohnunterschiede zwischen Facharbeitern und angelernten Arbeitern um 7 Pfund auf 19 Pfund (etwa 75 DM) die Woche und bezweckte, mit Hilfe der Vertiefung der Spaltung den Lohn insgesamt zu drücken.

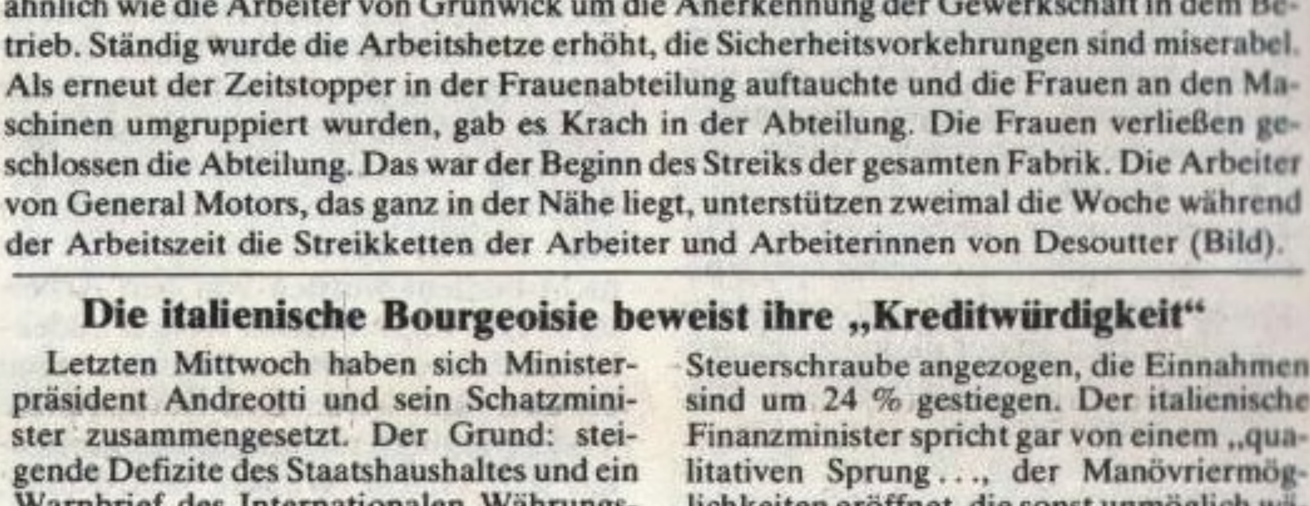
Dagegen hatten 3000 Werkzeugmacher gestreikt. Sie haben deutlich gemacht, daß sie die Beseitigung der vorhandenen Lohnunterschiede in den 34 Werken im Kampf durchsetzen wollen und es dazu notwendig ist, sich von den Fesseln der sozialdemokratischen „Mitbestimmungs"-Organe zu befreien. „Keine Aktion unterhalb des Streiks wird nützen", äußerte sich ein Shop Steward (Vertrauensmann), und: „Die working Party wird noch vor dem Herbst eine dead duck (tote Ente) sein."

Die englischen Arbeiter rüsten sich für große Lohnkämpfe im Herbst. In diesen Kämpfen kann die sozialdemokratische Ideologie durchbrochen werden. Erfolge gegen die britische Finanzbourgeoisie sind möglich. Die Automobilkapitalisten stehen in harter internationaler Konkurrenz. Sie fürchten die Streiks. Die Autos müssen raus. Der „Guardian" empfiehlt den Kapitalisten die harte Linie. Gleichzeitig legt er ihre Schwäche bloß: „Die Ausstoßergebnisse fallen so weit hinter den Zehnjahresplan der Firma zurück, daß, wenn nicht rasche Änderung eintritt, Leyland cars einem langsamen aber sicheren Tod entgegensieht." (Guardian, 11. August)

Die Arbeiter werden sich in der imperialistischen Konkurrenz auf keine Seite unter den Imperialisten stellen. Sie müssen von ihren sozialen Interessen ausgehen. – (N-Red.)



Die Arbeiter der Maschinenfabrik Desoutter in Nordwestlondon streiken seit 11 Wochen ähnlich wie die Arbeiter von Grunwick um die Anerkennung der Gewerkschaft in dem Betrieb. Ständig wurde die Arbeitshetze erhöht, die Sicherheitsvorkehrungen sind miserabel. Als erneut der Zeitstopper in der Frauenabteilung auftauchte und die Frauen an den Maschinen umgruppiert wurden, gab es Krach in der Abteilung. Die Frauen verließen geschlossen die Abteilung. Das war der Beginn des Streiks der gesamten Fabrik. Die Arbeiter von General Motors, das ganz in der Nähe liegt, unterstützen zweimal die Woche während der Arbeitszeit die Streikketten der Arbeiter und Arbeiterinnen von Desoutter (Bild).


Die Arbeiter der Maschinenfabrik Desoutter in Nordwestlondon streiken seit 11 Wochen ähnlich wie die Arbeiter von Grunwick um die Anerkennung der Gewerkschaft in dem Betrieb. Ständig wurde die Arbeitshetze erhöht, die Sicherheitsvorkehrungen sind miserabel. Als erneut der Zeitstopper in der Frauenabteilung auftauchte und die Frauen an den Maschinen umgruppiert wurden, gab es Krach in der Abteilung. Die Frauen verließen geschlossen die Abteilung. Das war der Beginn des Streiks der gesamten Fabrik. Die Arbeiter von General Motors, das ganz in der Nähe liegt, unterstützen zweimal die Woche während der Arbeitszeit die Streikketten der Arbeiter und Arbeiterinnen von Desoutter (Bild).



Australien: Kolonialstützpunkt der Imperialisten

„Die Imperialisten entdecken ihr Herz für Australien", schrieben wir anläßlich des Friderichs-Besuchs in Australien und angesichts der wachsenden Konkurrenz der Imperialisten
Besiedelung zu brechen, organisierten die britischen Kolonialherren regelrechte Treibjagden und Ausrottungszüge, in deren Verlauf in wenigen Jahrzehnten nahezu 100 der ehemals
mern. Ihre neu entdeckte heiße „Liebe" zu Australien wird die letzten reinblütigen Australier, die vor Jahrzehnten in Reservate zusammengepfercht wurden, die Existenz kosten.

Australien: Kolonialstützpunkt der Imperialisten

„Die Imperialisten entdecken ihr Herz für Australien", schrieben wir anläßlich des Friderichs-Besuchs in Australien und angesichts der wachsenden Konkurrenz der Imperialisten um die Reichtümer des australischen Kontinents. Diese „Liebe" ist indes keineswegs neu; sie hat auf dem ganzen Kontinent ihre blutigen Spuren hinterlassen.

„Die heutigen Einwohner Australiens sind Weiße. Die eingeborenen Australier sind durch die Einwanderer fast ausgerottet worden", heißt es in der Ausgabe der Brockhausenzyklopädie von 1952. Seit 1787, während 190 Jahren der Besiedelung Australiens, wurden die Ureinwohner von über 300 000 auf weniger als 40 000 reinblütige Australier dezimiert. Diese Ausrottung vollzog sich in mehreren Etappen:

Anfang des 18. Jahrhunderts „entdeckt" – seit der Eiszeit leben in Australien Menschen, aber für die Imperialisten beginnt seine „Geschichte" erst mit der „Entdeckung" durch eine holländisch-ostindische Handelskompanie! – diente Australien der englischen Bourgeoisie ab 1787 jahrzehntelang als Sträflingskolonie; hierhin deportierte sie ihre Sträflinge, fast ausschließlich von ihrem Land vertriebene und enteignete Bauern, die sich der Lohnsklaverei nicht unterwerfen wollten.

Fast gleichzeitig setzte ein großer Einwanderungsstrom aus England ein. Die rasche Entwicklung der industriellen Produktion, die Handwerk und Manufaktur vernichtete und einen Produktionszweig nach dem anderen erfaßte und revolutionierte, schuf nicht nur ein großes Heer „überzähliger" Arbeiter, von denen viele in fremde Länder auswanderten, weil sie im Mutterland des Kapitalismus nichts zu leben hatten; sie schuf gleichzeitig ein sprunghaft steigendes Bedürfnis nach Rohmaterial. So wie die englische Bourgeoisie deshalb Ostindien in eine Pflanzstätte von Baumwolle, Hanf, Jute usw. verwandelte, verwandelte sie Australien mit Hilfe der Einwanderer und gestützt auf die Ausbeutung der äußerst billigen Sträflingssklaven in eine „Pflanzstätte" für Wolle. Da unter den besonderen klimatischen Bedingungen Australiens die Wollproduktion extensive Weidegebiete erforderte, wurden Anfang des 19. Jahrhunderts binnen weniger Jahre alle für Schafzucht geeigneten Gebiete des Kontinents durch weiße Einwanderer besetzt und die Existenzgrundlage der Ureinwohner zusammen mit ihrer Hauptnahrungsquelle, den Beuteltieren, nahezu vernichtet. Wo der Hunger nicht reichte, die Ureinwohner von ihrem Land zu vertreiben und ihren – zersplitterten – Widerstand gegen die Besiedelung zu brechen, organisierten die britischen Kolonialherren regelrechte Treibjagden und Ausrottungszüge, in deren Verlauf in wenigen Jahrzehnten nahezu 100 der ehemals 500 Stämme gänzlich vernichtet wurden.

Sie wurden vernichtet, damit die englische Bourgeoisie ihr Bedürfnis nach billiger Wolle und hohen Profiten befriedigen konnte: Während 1807 ganze 245 Pfund australische Wolle importiert wurden, machten die Importe 1836 allein aus Neusüdwales und dem Van-Diemens-Land über 5,4 Millionen Pfund aus!

Die zweite Kolonisation Australiens, die Besiedelung Nord- und Zentralaustraliens und seine Erschließung für die Rinderzucht, wirkte sich auf die Ureinwohner kaum weniger verheerend aus. Im Zusammenhang mit dem erfolgreichen Transport von Rindfleisch – in Gefrierschiffen – nach Europa, „entdeckte" England den australischen Kontinent als seinen Fleischproduzenten. Hatten die englischen Kolonialherren aufgrund der billigen Sträflingsarbeit, der massenhaften Enteignung der kleinen Einwanderer und der arbeitslos gewordenen Goldsucher nach den großen Goldsuchwellen ihren Bedarf an ausbeutbarer Arbeitskraft bisher decken können, trat mit der Entwicklung des neuen Produktionszweiges ein starker Arbeitskräftemangel ein. Die Ureinwohner des Nordens und Zentralaustraliens wurden mit brutaler Gewalt in die Lohnarbeit gepreßt – in der Viehzucht, in steigendem Maß aber auch in der Perlenfischerei und im Bergbau. Ihren Lohn erhielten sie in Naturalien, oft nicht mehr als Tee, Zucker und Mehl. In wenigen Jahrzehnten starben weitere Zehntausend Ureinwohner – an Hunger und eingeschleppten Krankheiten.

Nach wie vor ist Australien der größte Woll- und Fleischexporteur der Welt. Aber heute sind es nicht mehr vorwiegend Wolle und Fleisch, die die Imperialisten anlocken. Vor allem seit dem Zweiten Weltkrieg wurden zahlreiche Bodenschätze in reichhaltigen Lagerstätten in Australien entdeckt, vor allem Steinkohle, Eisenerz, Bauxit und Uran. „Australien hat mehr als Uran zu bieten", „australische Kokskohle für Japan", „Erschließung der Bauxitvorkommen in den nordwestaustralischen Kimberley Ranges durch amerikanisch-japanische Gesellschaft", „Mitbeteiligung von japanischen und europäischen Gesellschaften an Bauxit-Tonerde-Projekt". „Käufersturm auf Kohlegruben in Australien" usw. usf. – die Imperialisten überschlagen sich schier in ihrer Gier nach billigen fremden Reichtümern. Ihre neu entdeckte heiße „Liebe" zu Australien wird die letzten reinblütigen Australier, die vor Jahrzehnten in Reservate zusammengepfercht wurden, die Existenz kosten.

„Vor acht Jahren wurden in ihrem Reservat etwa 220 Kilometer östlich der Stadt Darwin Uranvorkommen entdeckt, die auf etwa ein Fünftel der bekannten Reserven der westlichen Welt geschätzt werden. Beobachter erwarten, daß die australische Regierung den Bergbaugesellschaften in den kommenden Wochen die Erlaubnis für die Förderung des Nuklearbrennstoffs geben wird." (Süddeutsche Zeitung, 21. Juli) Die „Eingeborenenbehörden" nennen „als grundsätzliches Problem das Unverständnis, mit dem die Ureinwohner, die meist kein Englisch sprechen oder verstehen, der Arbeit in den Minen gegenüberstehen". Mit der völligen Unterwerfung der australischen Ureinwohner unter die Lohnsklaverei, oder, wo sie nicht gelingt, ihrer völligen Ausrottung durch Hunger, Verweigerung von medizinischer Behandlung usw. krönen die Imperialisten die Geschichte ihrer „Entdekkung" Australiens. – (Z-Red.)

Die italienische Bourgeoisie beweist ihre „Kreditwürdigkeit"

Letzten Mittwoch haben sich Ministerpräsident Andreotti und sein Schatzminister zusammengesetzt. Der Grund: steigende Defizite des Staatshaushaltes und ein Warnbrief des Internationalen Währungsfonds (IWF). Auf die Frage von Journalisten hat Andreotti geantwortet: „Das Problem ist nicht so groß, wenn man ein Versprechen gibt, hält man es, das liegt auch in unserem Interesse." Das „Versprechen" der italienischen Regierung den imperialistischen Konkurrenten im IWF gegenüber war das gewesen, die Staatsausgaben nur um 7 % zu steigern und das Haushaltsdefizit bei 14 300 Milliarden Lire einzudämmen.

Wie sollte das gelingen? Die „Stampa", Turiner Sprachrohr des Fiat-Kapitalisten Agnelli, schwärmt in der Ausgabe vom 11.8. über das Beispiel England. In der staatlichen Wirtschaft gäbe es seit 2 Jahren wieder positive Bilanzen. „Das Eisenbahnnetz ist auf die Hälfte zusammengestrichen, und um noch mehr ist die Zahl der Bahnarbeiter und -angestellten gesunken." – „Da kann man von den Briten lernen", schreibt der Kommentator. Vor allem aber wird die Steuerschraube angezogen, die Einnahmen sind um 24 % gestiegen. Der italienische Finanzminister spricht gar von einem „qualitativen Sprung . . ., der Manövriermöglichkeiten eröffnet, die sonst unmöglich wären angesichts der internationalen Bindungen".

Die Andreotti-Regierung betreibt die Ausplünderung der Volksmassen, damit die italienische Bourgeoisie „kreditwürdig" bleibt. Über den IWF haben ihr die imperialistischen Konkurrenten Daumenschrauben angelegt und achten darauf, daß dieser Kurs auch eingehalten wird. Sie spekulieren dabei auf den „historischen Kompromiß". Genau am 11.8. vor einem Jahr wurde die Regierung Andreotti gebildet, ermöglicht vor allem durch die Stimmenthaltung der revisionistischen KPI. Die Imperialisten erhoffen sich davon eine Eindämmung des Klassenkampfes, daß zeigt sich etwa darin, daß deutsche Banken letzthin Schlange stehen, um in Italien Filialen zu eröffnen. Bürgerliche Journalisten in Italien haben Andreotti aber auch den „italienischen Kerenski" genannt. – (S-Red.)

DDR: „Widerstand gegen die staatlichen Maßnahmen"

„Sechs Angeklagte sitzen vor Gericht. Sie kennen sich aus gemeinsamer Unterbringung im Jugendhaus, im Strafvollzug oder von Kneiptouren. Keiner hat seine Lehre beendet. Jeder von ihnen ist ein- bis mehrmals vorbestraft oder steht in Bewährung. Ende August 1976 taten sich Hans (21) und Gerd (22), die beide aus Schwerin stammenden Haupttäter, zusammen als bei Hans, erneuter Straftaten wegen, der Widerruf der Bewährung bevorstand und Gerd durch seine Trunksucht Schwierigkeiten bei der Arbeit und in der Ehe hatte. In Berlin schloß sich ihnen der arbeitsscheue Hilfsarbeiter Harry (26) an, der bereits wieder bei dem Versuch, einen Krankenschein zu fälschen, erwischt worden war. Dazu kamen weiter die Berliner Sigi (22) und Mike (22), später der in Bewährung stehende Tom (26) aus Wittenberg."

Schadenfroh zitiert so die Westberliner Tageszeitung „Der Tagesspiegel" die DDR-Zeitung „Morgen" vom 6.8.77.

Hans, Gerd, Harry, Sigi, Mike und Tom sind eine typische Clique, so wie sie mir aus zahlreichen Besuchen in der DDR bekannt sind. Mein Cousin lebt in einer Kleinstadt, nördlich von Berlin. Dort treffen sich die Jugendlichen täglich nach der Arbeit in einer Kneipe. Viele von ihnen haben Vorstrafen wegen Eigentumsdelikten, „Gewalttätigkeiten", „versuchter Republikflucht", oder „asozialem Verhalten", das heißt, daß sie nicht regelmäßig arbeiten. Grundlage dieser Gruppenzusammenschlüsse ist der gemeinsame Widerstand gegen die Ausbeutung und Unterdrückung in der DDR, auch wenn diese Gruppen sich häufig in ihrer Freizeit mit westlicher Popmusik beschäftigen, sich westliche Waren beschaffen und damit handeln. Der Staat unterdrückt und bekämpft dies, z.B. indem an den Berufsschulen Razzien nach westlichen Einkaufstüten veranstaltet werden. Diese Schikanen werden von den Lehrlingen kollektiv zurückgewiesen, indem an derselben Berufsschule der als besondere Auszeichnung gedachte „Kandidat für die SED" trotz intensivster Bemühungen nicht gefunden werden konnte. Die Arbeiterjugendlichen lassen sich nicht in Partei- und Staatsapparat integrieren, ihr Haß gegen das System sitzt tief.

Die Rebellion gegen die Verhältnisse äußert sich auch in Alkoholismus und agressivem Verhalten. Es kommt oft vor, daß die Jugendlichen in einer Gruppe zur Kaserne des Ortes gehen, um ihrer Empörung gegen die staatliche Unterdrückung dadurch Luft zu machen, daß sie Soldaten oder Polizisten anpöbeln und beschimpfen.

Selbst innerhalb der bei der Jugend verhaßten Nationalen Volksarmee ist die Zersetzung schon so weit vorangeschritten, daß das Verbot, westliche Tramper mitzunehmen, schon in einer einstündigen Ausrichtungsveranstaltung begründet werden muß. Offensichtlich ist die „Verteidigung der sozialistischen deutschen Nation" den Soldaten so wenig einsichtig, daß sie selbst, wie in diesem konkreten Fall, auf Munitionstransporten mögliche „westliche Spione" mitnehmen.

Die Bourgeoisie hat auf den wachsenden Widerstand der Jugendlichen in der DDR nur zwei Antworten: Zwangsarbeit und Gefängnis. Einige der mir bekannten vorbestraften Jugendlichen arbeiten in einem Stahlwerk in Hennigsdorf in einer besonderen Abteilung, das heißt, sie werden von den übrigen Arbeitern des Betriebes isoliert gehalten. Sie erhalten weniger Lohn, müssen die schwersten Arbeiten in Wechselschicht machen und werden zusätzlich durch einen Parteispitzel gegängelt und schikaniert.

Der im „Morgen" zitierten Clique versucht die Bourgeoisie mit folgenden Strafen Herr zu werden: „Differenziert nach der Beteiligung an den strafbaren Handlungen mehrfacher schwerer Raub und Diebstahl, Widerstand gegen staatliche Maßnahmen, vorsätzliche Körperverletzung, Hehlerei, versuchte Erpressung, Urkundenfälschung und Betrug, unbefugte KFZ-Benutzung, Verkehrsgefährdung durch Trunkenheit und Asozialität, ergehen folgende Urteile: Hans sechs, Harry vier Jahre, Sigi zwanzig, Mike sechzehn und Tom vierzehn Monate Freiheitsstrafe." („Morgen") – Bezirk Westberlin)

Konferenz der lateinamerikanischen kaffeeproduzierenden Länder

Seit mehreren Jahren findet auf dem internationalen Kaffemarkt ähnlich wie auf den anderen Rohstoffmärkten ein heftiger Kampf statt zwischen den Imperialisten und den Ländern der 3. Welt. Die Imperialisten, an der Spitze die beiden Supermächte, wollen die alte Ordnung verteidigen wo sie über Spottpreise den großen Reibach mit diesen Rohstoffen machen, ihre Produktion aber möglichst weitgehend selber in der Hand behalten und so die Unterdrückung und Ausplünderung der 3. Welt aufrechterhalten bleibt. Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit und Verfügungrecht über die nationalen Rohstoffquellen sowie die Erzielung eines Preises, der dem Wert dieser Rohstoffe entspricht, das sind die wichtigsten Bestandteile des Kampfes der 3. Welt für die Errichtung einer neuen Ordnung.

Nach der erneuten Einigung der OPEC-Länder auf einen einheitlichen Ölpreis haben die kaffeeproduzierenden Länder einen großen Erfolg errungen. Anfang August haben sich auf einer Gipfelkonferenz in der kolumbianischen Hauptstadt Bogota Brasilien, Costa Rica, Kolumbien, Mexiko, Panama und Venezuela auf eine gezielte Mengen- und Preispolitik geeinigt, mit deren Hilfe die Erlöse für Rohkaffee stabilisiert werden sollen.

Zu diesem Zweck wird ein Fonds eingerichtet, zu dem Brasilien, Kolumbien und Venezuela jeweils 230 Mill. DM beitragen, die übrigen Länder kleinere Summen. Mit diesem Fonds soll versucht werden, den Rohkaffeepreis in Zukunft zwischen 4,60 DM und 5,75 DM je Pfund zu halten. Zugleich sollen die Gelder zur Gründung einer Exportgemeinschaft der kleinen mittelamerikanischen kaffeerzeugenden Länder für die Förderung ihrer Kaffeeausfuhr zur Verfügung gestellt werden.

Die Imperialisten reagieren auf diesem Erfolg der Länder der 3. Welt hektisch und nervös. Kaum war diese Meldung über die Vereinbarung im „Handelsblatt" am 8. August erschienen, so ließ der deutsche Kaffeehandel verlauten: „Gegenläufige Strategie der Kaffeeproduzenten – Afrikaner wollen ihre Marktanteile aufstocken."

In Bogota hatte die „Inter-African-Coffee-Organisation", der Zusammenschluß der afrikanischen Kaffeeproduzenten, erklärt, daß er die Politik der lateinamerikanischen Staaten voll unterstützt, insbesondere die Mindestverkaufspreise auf keinen Fall unterlaufen werde!

Der Export von Kaffee hat wegen der von den Imperialisten in der Vergangenheit aufgebauten Monokulturen für eine Reihe von Ländern der 3. Welt eine enorme wirtschaftliche Bedeutung. Der Anteil der Rohkaffee-Exporte am Gesamtexport betrug Anfang der 70er Jahre für:

Brasilien	35,9%	Kenia	25,0%
Kolumbien	63,4%	Madagaskar	29,0%
Elfenbeinküste	34,6%	Tansania	17,0%
Indonesien	6,0%	Uganda	55,0%
Burundi	82,0%	Kamerun	23,0%
Ruanda	54,0%	Togo	17,0%
Äthiopien	58,0%	Zentralafr. Rep.	17,0%

Quelle: IMF – International Financial Statistice July 72 und UN-Yearbook of international Trade Statistics

Die Monokulturen dieser Länder bedeuten nicht nur eine schwere Abhängigkeit von den Nahrungsmittelkonzernen wie General Foods, Jacobs, Tchibo etc.; sie sind außerdem extrem klimaabhängig. Die Klimaabhängigkeit der Kaffee-Monokulturen sowie ihr andauernder Schädlingsbefall bedeuten für diese Länder laufend schwere wirtschaftliche Rückschläge. Schon Anfang der 60er Jahre haben die Kaffeeproduzenten deshalb auf Verträge mit den Imperialisten gedrängt, die ihnen ihre Erlöse sichern. Das erste internationale Kaffeeabkommen von 1962 sowie seine Verlängerung 1968 beinhalten aber lediglich formelle Vereinbarungen ohne wirtschaftliche Folgen. Entsprechend blieben auch die Rohkaffeepreise für die beiden internationalen Kaffeesorten (Robusta, eine afrikanische Sorte und Arabica, eine lateinamerikanische Sorte) in den Jahren 1955 – 1975 fast konstant bei etwa 1 000 US-Dollar je Tonne Kaffee (das sind 2 DM das Pfund Rohkaffee), die Imperialisten machten währenddessen den großen Reibach. Die Differenz zwischen dem Kaffeepreis von ca. 8 DM je Pfund und dem Rohkaffeepreis von 2 DM sackten sie ein sowie über die Profite aus dem Transport und der Verarbeitung des Rohkaffees.

1,3 Mrd. DM haben allein die BRD-Imperialisten 1975 über ihren Staatsapparat an Kaffeesteuer erhoben. Für die Länder der 3. Welt bedeutet das: 1,3 Mrd. DM Bodenrente, die ihnen die westdeutschen Imperialisten über die Spottpreise auf ihre Rohstoffe abgepreßt haben. 72 schätzten die Kaffeeproduzenten den Raub, den die Imperialisten an ihren Erlösen über dieses System in den letzten 20 Jahren beigefügt haben, auf gut 40 Mrd. DM. (Meldung von Hsinhua 6.7.72) Im Jahr 1976 gelang es ihnen nun, nach jahrelangen Verhandlungen ein neues Abkommen durchzusetzen, das ihre Position gegen die Ausplünderung ihrer Ressourcen stärkt. Zum 1.10.76 trat ein auf 6 Jahre befristetes neues Kaffeeabkommen in Kraft, in dem festgelegt worden ist, daß der Verkauf von Rohkaffee begrenzt wird, wenn der Preis unter eine bestimmte Schwelle fällt. Durch diese Begrenzung des Angebots soll in Zukunft ein angemessenes Preisniveau erreicht werden. Die Imperialisten schrieben damals besorgt: „Von 1945 bis 1970 blieben die von den Kaffeeländern erzielten Preise praktisch stabil. Nun allerdings scheinen sich die Produzenten zu einem starken Block zusammengefunden zu haben. Das neue Abkommen sieht keine Maßnahmen vor, wenn sich der Preis unterschreitet." (Die Presse, Wien, 30.9.76) Keineswegs aber gaben sich die Imperialisten geschlagen. Vielmehr hatten sie bereits vor dem Abschluß dieses Abkommens den Gegenschlag vorbereitet und eingeleitet. In Brasilien hatte 1975 ein starker Frost mehr als die Hälfte der Kaffeebäume vernichtet. Angestachelt durch die dadurch drohende Verknappung des Angebots auf dem Kaffeemarkt entfalteten die Spekulanten, die im wesentlichen mit den großen Nahrungsmittelkonzernen identisch sind, eine wilde Hektik: Die gesamten Vorräte der Kaffeeproduzenten wurden von ihnen aufgekauft, um sich die Rohstoffversorgung zu sichern und zugleich ein Erpressungsmittel in die Hand zu bekommen gegen die Kaffeeproduzenten. Von 1975 bis 1977 kauften sie 28 Mio. Sack Kaffee, die Hälfte einer Weltjahresernte, von den Produzenten ein. 1976 gab die „Neue Zürcher Zeitung" schrieb dazu am 19.3.77: „Vor diesem Hintergrund nahmen die Verbraucher auf allen Stufen teilweise überdimensionale Lagereindeckungen vor. Im Detailhandel konnte zeitweilig sogar eine eigentliche Hamsterwelle beobachtet werden."

Durch derlei Spekulantengeschäfte, die Anfang 1976 verstärkt einsetzten, haben die Imperialisten den Rohkaffee-Preis zuerst einmal nach oben getrieben. Die Differenz zwischen den jetzt in Bogota vereinbarten Preisen von 9 200 DM bis 11 500 DM die Tonne Rohkaffee und 16 000 DM, die der Rohkaffe im März kostete, fallen auf ihr Konto. So meldete dann auch am 18.5. die FAZ: 1976: „Rohkaffeehandel: das beste Jahr" „Das im Zeichen der stark gestiegenen Kaffee-Preise stehende Jahr 76 war für den Kaffeehandel das beste nach vielen mageren Jahren, stellte der Deutsche Kaffee-Verband in Hamburg in seinem Jahresbericht fest. Der nur periodisch unterbrochene ständige Anstieg der Rohkaffeepreise habe die geschäftliche Entwicklung begünstigt." Man sieht: die Kontrolle des Kaffeehandels ist für die Imperialisten eine einträgliche Geschäftgrundlage.

Der eigentliche Zweck aber dieses riesigen Aufkaufs der Vorräte kommt dann kurz danach raus. Auf einmal tauchen folgende Meldungen auf: „In Chikago erklärte inzwischen Mr. Ross Barzzley, Präsident der General Foods, daß seine Gesellschaft sinkende Kaffee-Preise erwarte." (Financial Times, London 22.7.77) Als das Ergebnis des völligen Desinteresses der Kaffee-Röster an Rohkaffee (Ebenda, 26.7) „Einige brasilianische Kaffee-Röster sind in Schwierigkeiten geraten und bitten Kreditgeber um Moratorium." (ebenda 23.7) „Brasilia kauft Kaffee von Drittländern, um die einheimische Pulverkaffeeindustrie zu versorgen." (Neue Zürcher Zeitung, 28.7.77) „In den letzten drei Monaten sei es Kolumbien nicht mehr möglich gewesen, auf dem internationalen Markt Kaffee zu verkaufen." (Blick durch die Wirtschaft, 13.7.77) Auf deutsch: die Imperialisten trieben sich hin und heulen zuerst einmal über die „Kaffee-Scheichs". „Welt der Arbeit" vom 26.7.: „Den großen Reibach aber machten die großen Kaffeescheichs in den südamerikanischen und afrikanischen Erzeugerländern." „Nutzen die Produzentenländer nicht vielmehr ein Kaffeemonopol aus und pressen aus den Konsumenten heraus, was die für eine Tasse Kaffee nur zu zahlen bereit sind?" (Vorwärts, 17.2.77) „In der Zwischenzeit kaufen sie einen halben Jahresverbrauch auf, und sagen den Kaffeeproduzenten: Kaffee wollt ihr verkaufen? Den haben wir genug! Also: runter mit euren Preisen, her mit euren Plantagen, her mit euren Röstereien!"

Diesen Plan hat ihnen nun die Konferenz von Bogota verdorben. Die Länder der 3. Welt schließen sich zusammen, nehmen den Transport, den Verkauf und die Lagerung in die eigenen Hände und vereiteln die Pläne der Imperialisten.

„Rot gegen Rot" – „Schwarz gegen Schwarz"

Imperialistische Lügengeschichten

„Rot gegen Rot", unter dieser Überschrift schreibt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung", führendes Organ der BRD-Imperialisten: „Die Roten Khmer und die roten Vietnamesen bekriegen sich". Das ist es, was die Imperialisten gerne hätten, und plötzlich verfügen die „Steinzeit-Kommunisten" auch noch über „Kampfflugzeuge". „Schon die Kolonialmacht konnte die Spannungen, die zwischen den einzelnen Gebieten in Indochina bestanden, nur verdecken. Auflösen konnte sie die Gegensätze nicht." Die Kolonialisten also, die mit brutalen Massakern und völkermörderischen Kriegen die Bauern und Arbeiter unter ihr Kolonialjoch zwangen und sie aufs Blut aussaugten, waren Friedensmächte. „Französisches Militär und französische Verwaltung erzwangen eine ,Pax franca'." „Diese Friedensordnung zerbrach, als die marxistische Ideologie in die Völker Vietnams, Kambodschas und Laos' einbrach." Unter Führung der Kommunisten, die sich für die Interessen der Massen am entschiedensten einsetzten, jagten die Völker in einem langandauernden revolutionären Volkskrieg die Imperialisten aus dem Land, die sich bei ihrem Krieg gegen die Völker auf einheimische Marionetten und Kolonialtruppen stützten. „Jetzt nach Abzug der Amerikaner treten alle Gegensätzlichkeiten offen zutage." In Wirklichkeit müssen die Völker Indochinas sich nach wie vor gegen die Angriffe der US-Imperialisten wehren, die dazu die Reste der alten Kolonialtruppen einsetzen und sich auf den bewehrten Brückenkopf Thailand stützen. Auch das Lügenmärchen vom Krieg zwischen Kampuchea und Vietnam verbreitet der thailändische Außenminister.

Die US-Imperialisten unterhalten im Norden Thailands noch heute Reste der geschlagenen Kuomintang-Armee Tschiang Kai-scheks, in der Hoffnung, sie nochmals gegen die Volksrepublik China einsetzen zu können. Vom Dschungel des Grenzgebietes zwischen Vietnam und Kampuchea lassen sie wie entlang der thailändischen Grenze gegen Laos und Kampuchea, Reste der alten kolonialen Söldnertruppe, die konterrevolutionäre Überfälle und Sabotageaktionen durchführt.

Aber die Völker Indochinas haben eine lange, revolutionäre Kampferfahrung und sind wachsam. Wie die Kampfberichte zeigen, schlagen sie den imperialistischen Banden erbarmungslos aufs Haupt.

Womit sie in Indochina gescheitert sind und immer neu scheitern, das, meinen sie, könnte in Zimbabwe klappen. Schwarz gegen Schwarz, das ist die Devise der imperialistischen Lügenpropaganda. Während die südafrikanische Polizei da „wild gewordene" schwarze Schüler „tötet", „massakrieren" schwarze Terroristen schwarze Arbeiter und Bauern und diejenigen, die sich schützend vor sie stellen. „Deutsche Ärztin in Rhodesien ermordet ... weil sie sich schützend zwischen die Terroristen und ihre wehrlosen Kinder geworfen hatte", hetzt die „Bild"-Zeitung, eine undankbare Brut, sie beißt sogar die Hand, die sie ernährt: „Vermutlich war auch der Mörder einer von jenen 40 000 Patienten, die Frau Dr. Decker in ihrer Missionsstation behandelte."

Abgesehen davon, daß die Missionare, Ärzte und anderes Gesindel, das sich in Zimbabwe herumtreibt, genauso zum Kolonialistenpack der imperialistischen Garnison gehören wie die Söldner aus allen imperialistischen Ländern und mit ihnen vertrieben werden müssen, hat die Patriotische Front zur Befreiung Zimbabwes wiederholt klargestellt, was auch die europäischen Missionare bestätigten, daß für diese Massaker, wie die Niedermetzelung zahlreicher Afrikanerdörfer, die Elitetruppen des Smith-Regimes verantwortlich sind. Smith treibt die Verzweiflung zu diesem Terror, die die Imperialisten, wie das Beispiel Indochina zeigt, immer anwenden, wenn die Völker sich erheben, in der vergeblichen Hoffnung, Befreiungskämpfer und Volk spalten zu können, weil die Befreiungskämpfer mit den Massen verbunden sind, sie schützen und ihre Unterstützung haben.

Manchmal muß das sogar die bürgerliche Presse zugeben. „Robert Mugabes Kämpfer sind der Armee auf dem Lande weit überlegen", schreibt da ein bürgerlicher Berichterstatter in der „Frankfurter Rundschau" am 29. April. „Sie kontrollieren seit Monaten fast unangefochten das ganze Afrikaner-Reservat S.... und damit auch ... G.... "Unterdessen wagen sich Armee und Polizei nur noch selten nach G. hinein. (. . .) Es besteht kein Zweifel, daß die Wakumana (so nennt die Bevölkerung die Befreiungskämpfer in der Shona-Sprache, Red.) die volle Unterstützung der ansässigen Bauern genießen. (. . .) Die Wakumana halten ungestört politische Versammlungen ab, und es ist ihnen offensichtlich gelungen, die Bauern davon zu überzeugen, daß Opfer für die Befreiung von der weißen Herrschaft notwendig und sinnvoll sind. In S. genießt die Guerilla völlige Bewegungsfreiheit."

Inzwischen gilt das für 75% des Landes. Die Anglo-American Corporation, einer der größten Bergwerkskonzerne der Welt und Monopolist im Bergbau Zimbabwes, mußte die Prospektion nach neuen Rohstoffvorkommen aufgeben, vermeldet die „Neue Zürcher Zeitung" am 6. August, das, obwohl erst jetzt „neue Rohstoffvorkommen von zum Teil beträchtlichem Ausmaß entdeckt" wurden. „Sie könnten für die westliche Welt von großem Wert sein . In der Great Dyke Formation wurden Metalle der Platingruppe, zusammen mit Kupfer, Nickel, Kobalt, Gold und Silber entdeckt. Nach Angaben des rhodesischen Bergbauministeriums belaufen sich diese Vorkommen auf über 100 Millionen Tonnen", wässert der „Blick durch die Wirtschaft" am 6. August dem BRD-Finanzkapital das Maul.

Hinter dem beschriebenen Terror und ihre Lügenpropaganda von „Rot gegen Rot" und „Schwarz gegen Schwarz", der so alt wie der Imperialismus ist, verschärfen sie gerade jetzt, weil ihre Zeit abläuft. Sie suchen verzweifelt nach Marionetten. In Muzorewa und Sithole, zwei Glaubensbrüder, hoffen sie geeignete Instrumente gefunden zu haben, um unter dem Vorwand einer „friedlichen Lösung" die „Pax britannica", „Pax americana" und „Pax germania" errichten zu können. Mit Hilfstruppen aus Zimbabwe und europäischen Söldnern aus möglichst vielen imperialistischen Ländern und mit regulären Verbänden – wie in Indochina. Dazu trifft sich Vance mit Owen und dem Außenminister der südafrikanischen Bastion Botha, und der Imperialisten bis hier so kommen lassen.

Aber das Volk von Zimbabwe unter Führung der Patriotischen Front spuckt den Imperialisten in die Suppe und hat dabei die Unterstützung der afrikanischen Staaten. „... der Reverend und der Bischof (gemeint Sithole und Muzorewa) seien nur zwei Einzelpersonen", stellt Radio Daressalam in einem Kommentar fest: „Der Kampf werde ohne sie fortgesetzt werden, wie er bereits ohne sie in der Vergangenheit geführt wurde. Über ihr Schicksal werde am Ende das Volk in einem unabhängigen Zimbabwe entscheiden, und die sogenannte interne Lösung werde niemals funktionieren. Die Befreiungskämpfer rücken immer näher auf Salisbury vor, und durch die Stärkung der Einheit der Patriotischen Front und ihrer Wirksamkeit auf dem Schlachtfelde ist der Tag des Sieges nicht mehr fern." – (Z-Red.)

Osttimor: Zwei völlig entgegengesetzte Meldungen

Ende Juli veröffentlichte die „Süddeutsche Zeitung" den Bericht eines Reuter-Korrespondenten: „Osttimors Partisanen ohne Siegeschance / von der Unabhängigkeitsbewegung existieren nur noch unbedeutende Restgruppen". Demzufolge lebten die stark verminderten FRETILIN-Kämpfer isoliert in unbewohnten Gebirgsgegenden, die Hauptschar der Kämpfer hätte sich von ihren Führern abgewandt, und die Bevölkerung Osttimors lebe glücklich in der dank indonesischer Führung aufblühenden „27. Provinz Indonesiens". Zu just der gleichen Zeit gab der Minister für Information und nationale Sicherheit von Osttimor über das Radio der Demokratischen Republik von Osttimor die Bilanz des Unabhängigkeitskampfes in der ersten Hälfte des Jahres 1977 bekannt: Die FRETILIN-Kämpfer haben mehr als 1800 indonesische Soldaten in den nordwestlichen Küstengebieten getötet, zahlreiches Kriegsmaterial erbeutet und die Stadt Railaco von den indonesischen Besatzertruppen zurückerobert. Die FRETILIN setzt den bewaffneten Befreiungskampf fort, überfällt indonesische Truppen und Transporte aus dem Hinterhalt und greift Gruppen von Indonesiern in der Nähe der von ihnen besetzten Dörfer an. Die indonesischen Truppen sind demoralisiert, viele Soldaten weigern sich aufgrund der starken Verluste, der Nahrungsmittelknappheit und schlechten medizinischen Versorgung zu kämpfen, besonders in Baucau, Lospalos und Ainaro.

Wie oft haben die Imperialisten schon die Vernichtung von nationalen Befreiungsbewegungen gemeldet, ehe sie und ihre Handlanger von den totgesagten Befreiungsorganisationen und den Volksmassen, die sich unter ihrer Herrschaft angeblich so wohl fühlen, endgültig geschlagen und aus dem Land getrieben wurden?

Gipfelkonferenz der ASEAN-Staaten

Ganz so, wie die Imperialisten sich das erhofft haben, ist die Gipfelkonferenz der ASEAN-Staaten (Vereinigung Südostasiatischer Staaten) Malaysia, Singapur, Indonesien, Thailand und Philippinen nicht verlaufen. Da schwelgte z.B. der Kommentator des ZDF anläßlich der Eröffnung der Konferenz:

„*Malaysia* bedeutet 50% der Weltkautschukproduktion, Zinn, Palmöl, beträchtliche Petroleumquellen ... Salut für Präsident Suharto von *Indonesien*, dem an Rohstoffen reichsten der fünf Mitglieder, viertgrößter Erdölproduzent der Welt ... Präsident Lee Kwan Ju (aus *Singapur*, Red.) – er vertritt den einzigen Industriestaat unter den Fünf, Elektronik, Schiffbau, Feinmechanik, keine Rohstoffe ... *Thailand* hat eine bunte Palette von Rohstoffen und Halbfertigwaren anzubieten ..."

Trotz Einladung an Japan, Australien und Neuseeland hatten die ASEAN-Staaten keineswegs vor, ihre Rohstoffe und industriellen Produkte billig an die Imperialisten zu verscherbeln. Auf der Tagesordnung standen vor allem Projekte, die die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern fördern und ihre

Kommunismus und Klassenkampf
Theoretisches Organ des KBW
Nr. 7, Juli 1977, Jahrgang 5

Der BRD-Imperialismus entdeckt erneut das pazifische Becken

Abhängigkeit von den Imperialisten verringern sollten, z.B. die Realisierung von fünf industriellen Großprojekten, sowie Maßnahmen zur Stabilisierung der Exportpreise ihrer Rohstoffe.

Vor allem die US-Imperialisten versuchen die ASEAN als konterrevolutionäres „Bollwerk gegen den Kommunismus" einzusetzen. So tagte unmittelbar vor der ASEAN-Konferenz der ANZUS-Pakt, das Militärbündnis zwischen den USA, Australien und Neuseeland, das die imperialistischen Interessen der USA im pazifischen Raum gegen den Befreiungskampf der Völker gewährleisten soll. Die bürgerlichen Regimes der fünf ASEAN-Länder fürchten in der Tat den revolutionären Befreiungskampf ihrer und aller südostasiatischen Völker mehr als ihre Abhängigkeit vom Imperialismus. Deshalb berieten sie auf ihrer Konferenz ebenfalls Maßnahmen gegen den Befreiungskampf. Anfang August stationierte Malaysia ständige Truppen in Thailand, um den gemeinsamen „Kampf gegen kommunistische Guerillas ... fortzusetzen".

Panama-Kanal

Seit Anfang der sechziger Jahre führt das panamesische Volk einen immer entschiedeneren Kampf um die Befreiung des Kanalgebietes und die Beendigung der Besetzung durch die US-Imperialisten. Diese haben nunmehr eine Regelung verbreitet, auf die sie sich mit der panamesischen Bourgeoisie einigen wollen, derzufolge 70% des Territoriums sofort der staatlichen Souveränität Panamas unterstellt werden, die jährlichen Mietkosten sollen auf über 50 Millionen US-Dollar steigen, die Besetzung auf 14 Stützpunkten durch US-Truppen jedoch bleiben bis zum Jahr 2000. Das Volk von Panama ist mit diesem Verhandlungsergebnis, das die Fortsetzung der Besetzung des Kanals beinhaltet, nicht abzuspeisen und wird für die Befreiung weiterkämpfen bis zur vollständigen Rückgabe des Kanals.

„Der Kampf wird entschieden werden zwischen der zahlenden und der bezahlten Gewalt“

Die Steuern als Hebel der Bourgeoisie zur Vernichtung der Bauern und der selbständigen Kleinwirtschaft / Entstehung der Lohnsteuer

In allen revolutionären Situationen und Revolutionen hat die Steuerfrage eine wichtige Rolle gespielt. Die jeweils herrschende Klasse verschärfte die Steuereintreibung, um die Kriegsmittel gegen die beherrschte Klasse zu vergrößern, und die unterdrückten Klassen haben in der Verweigerung der Steuern immer ein wichtiges Mittel gesehen, den Krieg gegen die herrschende Klasse zu eröffnen. „Der Kampf wird entschieden werden zwischen der zahlenden und der bezahlten Gewalt“, so hat Karl Marx in der 48er Revolution auf die Proklamation des Ministeriums Brandenburg-Manteuffel geantwortet, in der dieses die gewaltsame Eintreibung der Steuern angeordnet hatte, die die Demokraten den königlichen Regierungen verweigerten.

Die Feudalherren und absolutistischen Herrscher erhoben Steuern zur Rüstung ihrer Heere; für die bürgerliche Klasse ist das Eintreiben der Steuer neben dem Auffüllen der Kriegskassen direktes Mittel, die Durchsetzung der kapitalistischen Warenproduktion in allen Bereichen der gesellschaftlichen Produktion zu fördern, die feudalen Fesseln zu sprengen und das Heer derer, die von allen Produktionsmitteln getrennt und gezwungen sind, ihre Arbeitskraft den Kapitalisten zu verkaufen, zu vergrößern. Beschleunigung der Ruinierung der kleineren und mittleren Bauern und Vernichtung der selbständigen Kleinwirtschaft sind die beständige Folge der kapitalistischen Steuerpolitik.

Wie die Bourgeoisie die Mühlsteine ihrer Steuerreformen eingesetzt hat und wie sie speziell die Lohnsteuer zur zusätzlichen Ausplünderung der Proletarier eingeführt hat, zeigt die Entwicklung der Steuergesetzgebung.

Zweierlei „Einkommens“steuern

Die Schatzmeister der herrschenden Klasse verstehen sich ausgezeichnet auf den Betrug. Von Jahr zu Jahr, von Reform zu Reform ist das Hohelied von der „Gerechtigkeit unseres Steuersystems“ lauter aus ihren Kehlen getönt. Und immer noch war etwas „gerechter“ zu machen. 1960 war die „veranlagte Einkommensteuer“, die Besteuerung des Einkommens der Bauern und selbständigen Handwerker, der Kapitalisten, Rentiers und Spekulanten, noch absolut größer als die Summe an Steuer, die den Lohnabhängigen abgepreßt wurde. Zusammen mit der Körperschaftssteuer, nach der vor allem die Aktiengesellschaften besteuert werden, sogar doppelt so groß wie die Lohnsteuersumme.

1976 ist die Summe der von den Kapitalisten vom Bruttolohn einbehaltenen und an ihren Staatsapparat abgeführten Steuer allein doppelt so groß wie die Summe der erhobenen „veranlagten Einkommenssteuer“ und der Körperschaftssteuer.

Entsprechend hat sich der Prozentanteil, den diese Lohnsteuersumme von 1976 knapp 82 Milliarden an der Summe der Bruttolöhne und -gehälter ausmacht, gegenüber 1960 verzweieinhalbfacht. Der Anteil der „veranlagten Einkommenssteuer“ und Körperschaftssteuer zusammengenommen an der Summe der „Einkünfte aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ dagegen ist über Schwankungen zielstrebig gesunken.

In diesen nach Umfang und Rate völlig entgegengesetzten Entwicklungen der Steuerlast auf Löhne und Gehälter und der Steuer auf Eigentum und Vermögen drücken sich die gegensätzlichen Interessen von Lohnarbeit und Kapital aus. Die Kapitalistenklasse besitzt die Produktionsmittel und ist herrschende Klasse. Ihren Interessen dient dieses Steuersystem. Die Arbeiterklasse ist ausgebeutete Klasse und ist abhängig vom Verkauf ihrer Arbeitskraft an die Kapitalistenklasse. Sie wird durch dieses Steuersystem zusätzlich und in wachsendem Umfang ausgeplündert und unterdrückt.

Die bürgerlichen Politiker versuchen diese Gegensätze mit allen Anstrengungen zu verkleistern und zu verwischen. Dafür haben sie eigens ein Einkommenssteuergesetz geschaffen, in dem sowohl die Besteuerung des Lohns wie die Behandlung der Profite der Kapitalisten geregelt werden: als „Einkünfte“.

Zum Beispiel die Anschaffung eines Autos. Getätigt vom Kapitalisten, sind „Betriebskosten“ verausgabt, d.h. nach dem Gesetz eine Minderung der „Einkünfte“, auf die Steuer gezahlt werden muß. Der Arbeiter braucht das Auto, aber in seinen Händen ist es kein Produktionsmittel. Er bezahlt es aus seinem Lohn, von dem die Lohnsteuer bereits einbehalten ist, bevor er überhaupt die erste Mark davon in Händen hatte.

Der Kapitalist und der Arbeiter bezahlten Mehrwertsteuer. Der Kapitalist als Besitzer von Produktionsmitteln gibt die Mehrwertsteuer weiter. Der Arbeiter als „Endverbraucher“ muß sie in vollem Umfange tragen.

Der Arbeiter muß, um den Kauf des Autos überhaupt tätigen zu können, einen Kredit aufnehmen. Der Kapitalist erhält für den Kauf noch eine ganze Reihe steuerlicher Gutschriften: für „Investitionen“, für „Berlinförderung“, für „Verwendung zum Wohnungsbau“, für „Umweltfreundlichkeit und Umweltschutz“ usw.

In allen diesen Gegensätzen bis hin schließlich zu der Wirkung der Steuerprogression sind die Interessen der Kapitalisten und die Interessen der Arbeiter entgegengesetzt. „Steuergerechtigkeit“ gibt es nicht. Es gibt Unterdrückung und Ausplünderung der Arbeiterklasse mittels dieser Steuerpolitik durch die herrschende Klasse. Es gibt Kampf notwendig gegen diese Politik auf seiten der Arbeiterklasse. Die abgebildeten gegensätzlichen Entwicklungen, die nur einen schwachen Ausdruck für die Erfolge der Unterdrückung und Ausplünderung der Lohnabhängigen mit Hilfe der Steuer geben, zeigen, was davon zu halten ist, wenn die bürgerlichen Politiker, wie jetzt, davon reden, sie wollten „mehr Gerechtigkeit im Steuersystem“. – (Z-Red.)

Mrd. DM

Weiße Säule: Steuer auf „Einkünfte aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ (untere Säule: veranlagte Einkommenssteuer, obere Säule: Körperschaftssteuer)

Graue Säule: Lohnsteuer

90 80 70 60 50 40 30 20 10

1960 1962 1964 1966 1968 1970 1972 1974 1976

Prozent

Prozent der veranlagten Einkommenssteuer und Körperschaftssteuer an der Summe der Einkommen der „Einkünfte aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“

Prozent der Lohnsteuersumme an der Bruttolohn- und -gehaltssumme

21 20 19 18 17 16 15 14 13 12 11 10 9 8 7 6 5 4 3

1960 1962 1964 1966 1968 1970 1972 1974 1976

Grundertragssteuer und Klassensteuer als Mittel der Ruinierung der Kleinbauern

Nach den napoleonischen Kriegen waren die Staatskassen leer und der Heißhunger des jeweiligen Staates nach Steuern groß. In Preußen stiegen die Staatsausgaben von 1820 50 Millionen auf 1863 140 Millionen Taler. Pro Kopf stiegen die Staatsausgaben von 4 1/2 auf 7 1/3 Taler. Das ließ sich nur über eine Reform des Steuerrechts, eine weitere Ausplünderung des Volkes finanzieren. Neben dem Ausbau der indirekten Steuern auf Wein, Bier und andere Güter wurde in Preußen die Klassensteuer entwickelt, in den süddeutschen Staaten die Grundertragssteuer und in den süddeutschen Städten die Mahl- und Schlachtsteuer. Die bürgerliche Klasse kämpfte für eine allgemeine Einkommenssteuer, die sie unter der Fahne der Gleichheit und Gerechtigkeit propagierte, aber ebensowenig, wie sie sich entscheidend gegen die Junker und den Feudaladel durchsetzen konnte, konnte sie die Durchsetzung der allgemeinen Einkommenssteuer erzwingen.

Die Entwicklung der jeweiligen Steuerform ist eng verknüpft mit der Technik der Steuererhebung. Jede Form der direkten Steuererhebung setzt Gewalt voraus, sowohl gegenüber den einzelnen Mitgliedern der herrschenden Klassen wie vor allem gegenüber den ausgebeuteten und unterdrückten Klassen. „Die Kopf- und Klassensteuer war richtiger, aber technisch bei der anwachsenden Bevölkerung eine schwere Last. Die Evidenzhaltung und die unausbleibliche Zwangsanwendung gestalteten sie zu einer teuren und unangenehmen Maßregel.“ (Meisel-Gerloff, Probleme der Steuertechnik seit Beginn des 19. Jahrhunderts)

Die Bourgeoisie löste die Klassensteuer ab durch die allgemeine Einkommenssteuer, die auch allmählich die Grundertragssteuern in Süddeutschland ablöste. Abgeschlossen wurde diese bürgerliche Reform der Steuereintreibung durch die Einführung der speziellen Lohnsteuer 1920, die sich von der allgemeinen Einkommenssteuer darin unterscheidet, daß sie direkt durch den Kapitalisten vom Lohn abgezogen wird und in die Staatskasse gezahlt wird, der Arbeiter das Geld also nie in der Hand hat. Die Vorteile gegenüber der Kopf- und Klassensteuer liegen auf der Hand bei dieser verdeckten Form der Steuereintreibung, ist doch mancher Steuerbeamte von einem einsamen Dorf nicht zurückgekehrt.

Der Unterschied im Steuersystem Preußens und der süddeutschen Staaten ergibt sich aus der unterschiedlichen Struktur der Landwirtschaft. In Preußen vorwiegend östlich der Elbe war der Großgrundbesitz vorherrschend, während in den süddeutschen Ländern kleine, mittlere und Großbauern die Felder bestellten. Da die Erhebung der Grundsteuer in Preußen im wesentlichen die Großgrundbesitzer getroffen hätte, wurde hier 1920 das Klassensteuersystem eingeführt. Die Bevölkerung wurde in sechs Klassen eingeteilt, die je eine bestimmte Steuern zu zahlen hatten. Der Abzug der Steuer „von der Quelle“, wie die bürgerlichen Finanztheoretiker den Abzug der Steuer vor der Auszahlung des Solds bezeichnen, wurde in Preußen seit Beginn des Jahrhunderts bei den Beamten schon durchgeführt. Im „Reglement vom 23. Februar 1808“ des Freiherrn von Stein wurde festgelegt, daß die Steuer auf die Beamtenbesoldungen einschließlich der Wartegelder und Pensionen „bei den Kassen, aus welchen sie gezahlt werden, in Abzug gebracht und an die Steuerkasse abgeführt werden“.

Das Grundsteuerertragssystem in Süddeutschland

Die Lösung freier Bauern aus den feudalen Fesseln ging in den deutschen Staaten nur stückweise und unvollkommen vonstatten. In Preußen mußten die Bauern sich loskaufen, was sie zum großen Teil aus den feudalen Fesseln in die Klauen der Hypothekenwucherer trieb. In Süddeutschland waren die Hofgüter klein und zerstückelt, die Gemeindewaldungen verkommen und verkleinert. Ohne Nutzung der Gemeindemark aber kein Vieh für den Kleinbauern, ohne Vieh kein Dünger und ohne Dünger kein rationeller Ackerbau. Gegenüber einer kapitalistisch betriebenen Landwirtschaft mit landwirtschaftlichen Maschinen war die Kleinbauernwirtschaft hoffnungslos im Nachteil und zur Aufgabe des Hofes verdammt. Die Grundertrags- und Häusersteuern taten ihr übriges. Für die Adelsgeschlechter bestand zumindest noch zu Beginn des 19. Jahrhunderts weitgehende Steuerfreiheit: „In Hinsicht auf Besteuerung werden sie diejenigen Befreyungen geniessen, welche der privilegiertesten Klasse im Staate verfassungsgemäß zukommen“, legt die baden-württembergische Gebäudesteuerordnung 1817 noch fest. Das Ertragssteuergesetz gliedert sich in die Grundsteuer, die Häusersteuer und Gewerbesteuer. Es geht von dem Grundsatz aus, daß das jeweilige Land oder Haus entsprechend seinem „Ertrag“ besteuert wird, also schlechter Boden weniger besteuert wird als guter. Voraussetzung dieses Steuersystems war eine genaue Katasterisierung der Ländereien und eine Schätzung ihrer Ertragskraft. War die Steuer jedoch einmal festgesetzt, mußte sie bei jeder Mißernte in der gleichen Höhe wie unter normalen Erntebedingungen gezahlt werden, die immer tiefere Verstrickung in Steuerrückstände, Verschuldung und schließlich Aufgabe des Hofes mußten die unvermeidliche Folge sein.

Die Steuerrückstände in Württemberg entwickelten sich von 1817 bis 1826 folgendermaßen:

1817: 8 975 783 Gulden
1820: 8 787 826 Gulden
1823: 8 771 362 Gulden
1826: 5 737 987 Gulden

Während also die Steuerschuld *sank*, weil die Steuern eingeprügelt wurden, beliefen sich die aufgenommenen Anleihen im gleichen Zeitraum ungefähr auf das Doppelte. Die Gantprozesse, d.h. die Zwangsversteigerungen der Höfe der Bauern, stiegen in den zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts sprunghaft an:

1822: 1608 1826: 2283
1823: 1768 1827: 2563
1824: 1568 1828: 2660
1825: 1925 1829: 2018

(Angaben nach: Walter Steitz, Feudalwesen und Staatssteuersystem, Göttingen 1976)

Nachdem in den dreißiger Jahren die Zwangsversteigerungen leicht rückläufig waren, stieg die Zahl bis 1852 auf über 7 000 wieder an. Gewaltig war die Vertreibung der Bauern vom Lande und die Vergrößerung der Proletariermassen in den Städten. Hatte die bürgerliche Revolution, wie sie stückweise mit dauernden Rückschlägen in den deutschen Staaten durchgeführt wurde, die Bauern aus den Fesseln der Leibeigenschaft befreit, so trieben die Konkurrenz der kapitalistischen maschinellen Produktionsweise und die Steuerlast des Staates die freien Bauern unweigerlich zuerst in die Schuldknechtschaft der Geldleiher und dann in das Schicksal der Lohnabhängigkeit. Ein Bericht des baden-württembergischen Finanzministers aus dem Jahr 1815 zeigt das deutlich:

„Da der württembergische Grundeigentümer von dem Ertrag seines Eigentums wenigstens 78% oder vier Fünftel dem Staate und seinen Kreditoren überlassen, zu den öffentlichen Lasten aber 45 bis 46% abgeben muß, ohnerachtet der beste Staatswirt nur 20% als das höchste der Grundsteuer gelten lassen will, so ist es klar, daß der Grundeigentümer mit dem kleinen Überrest von einem Fünftel von dem reinen Ertrag seines Gutes und mit dem, was er als Taglöhner und Bauer noch weiter an den Kulturkosten selbst verdient, neben den mancherlei persönlichen Leistungen, zu denen er angehalten wird, seinen Wohlstand unmöglich gründen, für die Verbesserung seines Feldbaus nichts tun, auf die Zeit des Unglücks nicht sammeln, anhaltende Kriegskosten nicht ausdauern kann, daß er vielmehr sein Vermögen und seinen Kredit verlieren und in Armut versinken muß.“ (Walter Steitz, a.a.O., Seite 56)

Für Bayern ergab sich für die direkten Steuern auf die Landwirtschaft in den Jahren 1831 bis 1866 folgende Entwicklung:

Steuer		Mark	%
Grundsteuer	1831	9989637	64,00
	1866	11416914	65,86
Gefällsteuer	1831	737757	4,72
	1866	–	–
Gebäudesteuer	1831	141803	0,94
(landwirt. Anteil)	1866	622192	3,59
Gemeinde- und	1831	4738630	30,37
Kreisumlagen	1866	5294173	30,56
(landwirt. Anteil)			
Familiensteuer	1831	1286580	8,24
	1866	ab 1856 keine Personalsteuer mehr für die Landwirtschaft	

Die Grundsteuer bildet die Hauptlast der Bauern. Wie wurde sie berechnet?

– Bei Äckern wurde der Ertrag in sechs Abstufungen geschätzt und nach für das ganze Land geltenden Durchschnittspreisen in Geld umgerechnet. Hiervon konnten zwei Drittel für Kulturkosten und der Jahreswert der Grundlasten – ohne Zehnten – abgezogen werden. Der 20fache Rest ergab das Steuerkapital.

– Bei Wiesen wurde nach sieben Abstufungen in Dreijahreserträgen geschätzt. Für Kulturkosten zog man aber nur ein Drittel des Heuwertes ab.

– Fünf Ertragsklassen schuf man für

Ahnungen eines Feudalprofessors:

„ ‚Führt die Aufhebung der Schlacht- und Mahlsteuer eine Linderung des Proletarier-Elendes, ein besseres Befinden der Staatsgesellschaft herbei?‘ Diese Frage muß unbedingt verneint werden. Es ist nicht zu leugnen, daß die Schlacht- und Mahlsteuer eine gewisse Ungleichheit in sich enthält, die dem oberflächlichen Beschauer als eine Ungerechtigkeit erscheinen kann. Denn während in den 119 Städten mit ihren zwei Millionen Einwohnern nach einer ungefähren Berechnung die Schlacht- und Mahlsteuer pro Kopf 1 Thlr. 17 Sgr. 8 Pf. beträgt und noch im steten Wachstum begriffen ist, bezahlen die übrigen 13 Millionen Landbewohner an Klassensteuer nur 18 Sgr. 2 Pf. pro Kopf, und diese im steten Abnehmen begriffene Klassensteuer hat sich nach den neuesten Berechnungen sogar auf 16 Sgr. 7 Pf. vermindert, so daß die schlacht- und mahlsteuerpflichtigen Stadtbewohner wohl Einen Thaler pro Kopf an Steuer mehr entrichten, als die Landbewohner. Dieses Resultat war allerdings nach dem Gesetze vom 30. Mai 1820 nicht beabsichtigt. (. . .)

Wir haben über Speculationen umhergeschrien, und doch der Speculation gestattet, die Früchte fortzuführen. Was die Folge davon sein wird, läßt sich nicht berechnen. Nur soviel ist gewiß:

Einkommensteuer macht den Bürger unzufrieden, ohne den Proletarier zu erleichtern.

Mögen die vereinigten Landstände dies wohl beherzigen. Die Zeit ist ernst und gewitterschwer; das Wetterleuchten der Revolution zuckt dann und wann an den politischen Horizonten. Volksmassen häufen sich wie schwarze Wolken zusammen und eine dumpfe Schwüle lastet auf allen Gemüthern. Ob es ein segenbringendes Gewitter oder Häuser anzündendes Einschlagen werden wird, hängt von den Blitzableitern ab, die man anwendet. Jedenfalls ist die Einkommensteuer eine hohe Thurmspitze, die den Blitzstrahlen herbeizieht, ein Baum, unter den man sich stellt, um Schutz gegen das Gewitter zu suchen.

Directer fortgesetzter Schmerz bringt zur Verzweiflung, er kann zum Entschlusse des Zahnausziehens führen; directe Steuern sind von jeher das Beförderungsmittel zu Revolutionen gewesen, die Schlacht- und Mahlsteuer dagegen dankt der französischen Republik der neunziger Jahre ihren Ursprung, sie verdient, wenn es überhaupt noch Steuern geben soll, durchaus nicht den Tadel, womit sie von abstracten Theorien überhäuft worden ist.“ (Berlin, 18. April 1847)

Weinberge. Der Ertragswert wurde in Zehnjahreserträgen im Orts- und Jahresdurchschnitt geschätzt, von dem für Kulturkosten zwei Drittel und die Reallast abgezogen wurden.

Für Gärten, Fischgewässer, Gefälle und Hanfländer wurden ähnliche Erträge aufgrund der Erfahrungen vergangener Jahre geschätzt und nach Abzug der Kosten und Feudalabgaben die Steuer festgelegt. Dies System behielt in Bayern bis 1858 Gültigkeit. Das ganze System der Ertragsschätzungen schuf den Staatsbeamten genügend Möglichkeiten, die Steuer heraufzutreiben, und die Kleinbauern waren eh nicht in der Lage, ihre Felder nach dem Durchschnittsertrag zu bestellen, weil ihnen das Geld für die Anschaffung von Hilfsmitteln zur Bearbeitung der Felder fehlte.

Die Bauern hatten im Verhältnis zur Stadt übermäßig an der Steuerlast zu tragen. Deshalb hatte die Forderung der Bourgeoisie in der bürgerlichen Revolution von 1848 nach einer allgemeinen Einkommenssteuer auch einen gewissen Boden unter den Bauern. Die Bourgeoisie verfolgte mit der allgemeinen Einkommenssteuer den Zweck, die Privilegien des Adels, die z.B. in einer weitgehenden Befreiung von der Grundsteuer bestanden, zu brechen und die Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise in allen gesellschaftlichen Bereichen durch Ruinierung der Kleinbauern und Niederkonkurrieren der Handwerker und kleinen Gewerbetreibenden zu beschleunigen. Mit ihrer Niederlage in der Revolution war auch die Einführung der allgemeinen Einkommenssteuer vom Tisch. Die Bourgeoisie wollte die Einkommenssteuer jedoch nicht als progressive, sondern für alle gleich, und damit letztlich die breiten Volksmassen zu den Zahlenden ihres Staates machen.

Marx und Engels hatten die ausschließlich progressive Besteuerung schon im Manifest der Kommunistischen Partei gefordert. Allein diese Forderung ist demokratisch, weil sie die breiten Volksmassen entlastet, die Ausbeutung als Grundlage jeder Knechtung in dieser Gesellschaft und damit die Klassenfronten zur Bourgeoisie klarer hervortreten läßt.

Die Entwicklung der kapitalistischen Produktion führte zur Umwandlung der deutschen Staaten aus Agrarländern in Industrieländer in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Damit war die Grundsteuer als Fundament des Steuersystems nicht länger haltbar. Unter dem preußischen Finanzmini-
Unter dem preußischen Finanzmini-
ster Miquel wurde 1891 das erste Einkommenssteuergesetz verabschiedet. Es entsprach dem Kompromiß der deutschen Bourgeoisie mit dem Junkertum und war eine Weiterentwicklung der preußischen Klassensteuer, indem die starren Schranken in eine gleitende Steuerskala aufgelöst wurden.

Das Miquelsche Einkommenssteuergesetz 1891

Es entspricht in den Grundzügen bereits dem heutigen Einkommenssteuergesetz. Von der Einkommenssteuer ausgenommen waren die „Mitglieder des Königlichen Hauses und des Hohenzollernschen Fürstenhauses" und „die Häupter und Mitglieder der Familien vormals unmittelbarer Deutscher Reichsstände". Der Steuerfreibetrag betrug 900 DM im Jahr, Offiziersgehalt und Sold waren steuerfrei. Ebenfalls steuerfrei waren „die auf besonderen Rechtstiteln beruhenden dauernden Lasten, die von dem Grundeigenthume, dem Bergbau, dem Gewerbebetriebe zu entrichtenden direkten Staatssteuern sowie solche indirekte Angaben, welche zu den Geschäftsunkosten zu rechnen sind; die regelmäßigen jährlichen Absetzungen für Abnutzung von Gebäuden, Maschinen, Betriebsgerätschaften usw., soweit solche nicht bereits unter den Betriebsausgaben verrechnet sind".

Die eigentliche Durchsetzung der Einkommenssteuer als grundlegender Steuer und die Trennung von Einkommenssteuer und Lohnsteuer erreichte die Bourgeoisie 1920.

Einführung der Lohnsteuer 1920

Mit der direkten Einführung der Lohnsteuer, der Trennung der Einkommenssteuer in die Lohnsteuer für die Proletarier und die Einkommenssteuer für die Reichen, hat die Bourgeoisie die Niederlage der Arbeiterbewegung in der Novemberrevolution ausgenutzt, über die Sozialdemokraten in der Regierung der Arbeiterbewegung einen entscheidenden Schlag zu versetzen. Sie hat sich die formellen Mittel geschaffen, die Ausplünderung über die Steuern auf Lohn beständig

4. Steuer- und Zollwesen

Bestimmungen

über die vorläufige Erhebung der Einkommensteuer durch Abzug vom Arbeitslohne für das Rechnungsjahr 1920

(1. April 1920 bis 31. März 1921)

Auf Grund der §§ 45, 52 des Einkommensteuergesetzes vom 29. März 1920 (Reichs-Gesetzbl. S. 359) wird über die vorläufige Erhebung der Einkommensteuer durch Abzug vom Arbeitslohne für das Rechnungsjahr 1920 das Folgende bestimmt:

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 1

(1) Jeder Arbeitgeber hat bei der Lohnzahlung zehn vom Hundert des Arbeitslohns zu Lasten des Arbeitnehmers einzubehalten.

(2) Soweit die Auszahlung des Arbeitslohns aus einer öffentlichen Kasse erfolgt, gilt die auszahlende Kasse als Arbeitgeber im Sinne dieser Bestimmungen.

(3) Die Einbehaltung nach Abs. 1 unterbleibt, solange der Arbeitnehmer das vierzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet hat.

§ 2

(1) Als Arbeitslohn gilt jede in Geld oder Geldeswert bewirkte einmalige oder wiederkehrende Vergütung für Arbeitsleistungen, insbesondere Gehälter, Besoldungen, Löhne, Tantiemen, Gratifikationen oder unter sonstiger Benennung gewährte Bezüge der in öffentlichem oder privatem Dienste angestellten oder beschäftigten Personen, Wartegelder, Ruhegehälter, Witwen- und Waisenpensionen und andere Bezüge für frühere Dienstleistungen oder Berufstätigkeit. Der Wert der Natural- und sonstigen Sachbezüge ist zur Bemessung des einzubehaltenden Betrags mit dem Betrag anzurechnen, der sich aus den Lohntarifvereinbarungen ergibt. Liegen solche Vereinbarungen nicht vor, so ist der Wert der Natural- und Sachbezüge nach den Ortspreisen anzurechnen, die das Versicherungsamt nach § 160 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung festgesetzt hat. Die Beiträge zur reichsgesetzlichen Kranken-, Invaliden- und Angestelltenversicherung, soweit sie zu Lasten des Arbeitnehmers verrechnet worden sind, können in Abzug gebracht werden; sonstige Abzüge, insbesondere für Werbungskosten, haben nicht zu erfolgen.

(2) Als Arbeitslohn im Sinne des Abs. 1 gelten nicht:

a) die auf Grund der Militärpensions- und Versorgungsgesetze bezogenen Verstümmelungs-, Kriegs-, Luftdienst-, Alters- und Tropenzulagen, Pensions- und Rentenerhöhungen, ferner die von ehemaligen Kolonialbeamten bezogenen Tropenzulagen;
b) sonstige Versorgungsgebührnisse, die auf Grund einer infolge eines Krieges erlittenen Dienstbeschädigung bezogen werden;
c) die Naturalbezüge der Angehörigen der Wehrmacht (Reichswehr und Reichsmarine);
d) Bezüge aus einer Krankenversicherung;
e) Wartegelder, Ruhegehälter, Witwen- und Waisenpensionen und andere Bezüge für frühere Dienstleistung oder Berufstätigkeit, wenn ihr Jahresbetrag 1500 Mark nicht übersteigt; die Vorschrift des § 1 findet jedoch Anwendung auf Bezüge dieser Art, welche aus öffentlichen Kassen gezahlt werden, sofern der Bezieher im Inland keinen Wohnsitz und keinen dauernden Aufenthalt hat.

(3) Der einzubehaltende Betrag ist, wenn die Lohnzahlung für eine Woche oder für einen längeren Zeitraum erfolgt, auf volle Mark nach unten abzurunden; in allen übrigen Fällen ist der einzubehaltende Betrag auf volle zehn Pfennig nach unten abzurunden.

voranzutreiben.

„Die Bestrebungen, die Einkommenssteuer zur Reichssteuer zu machen und damit der Reichskasse einen sicheren, ausgiebigen und anpassungsfähigen Einnahmeposten zu verschaffen, wurden unter der zwingenden Notlage des Reiches nach 1918 verwirklicht. Die Reichseinkommenssteuer wurde durch die Erzbergersche Finanzreform zur Hauptsteuer des Reichsfinanzsystems erhoben und bildete mit der eingebauten Lohnsteuer vor allem zur Zeit des sich überstürzenden Wertverfalls der Mark die entscheidende Einnahmequelle für das Reich. Die Lohnsteuer, die ja immer an den Lohn- und Gehaltsterminen an die Steuerkassen floß, war während der Inflationszeit wohl die einzige Steuer, die einigermaßen wertbeständige Erträge brachte." (Wilhelm Dettmer, Die Belastung des Arbeitseinkommens, Dissertation 1933)

Formelles Unterscheidungsmerkmal der Lohnsteuer von der Einkommenssteuer ist, daß die Lohnsteuer direkt vom Kapitalisten vom Lohn vor Auszahlung abgezogen und nach einiger Zeit ans Finanzamt abgeführt wird. Damit hat sich die Bourgeoisie einen entscheidenden Vorteil erkämpft, der ihr die Angriffe auf den Lohn über eine Steigerung der Lohnsteuer, die Streichung von Freibeträgen usw. erleichtert, weil das wichtige Kampfmittel der Steuerverweigerung der Arbeiterklasse faktisch aus der Hand geschlagen ist. Der zweite entscheidende Schlag sind die Progressionszonen, die die Steuer auf den Lohn in viel stärkerem Maß ansteigen lassen als die Arbeiter sich Lohnerhöhungen erkämpfen. Die direkte Einziehung der Lohnsteuer vor Auszahlung des Lohns verschafft bei steigender Inflation dem bürgerlichen Staat den Vorteil, keinen Verlust durch die Geldentwertung zu haben, während die Reichen, die Einkommenssteuer zahlen, ihre Einkommenssteuererklärungen erst viel später machen und so von der Inflation profitieren. Zusätzlich müssen die Kapitalisten die Lohnsteuer nicht sofort an das Finanzamt weiterzahlen, sondern erst bis zum 10. des Monats. So sind die Kapitalisten im Besitz von Milliarden Lohnsteuergeldern und vorenthaltenen Einkommenssteuergeldern, die sie auf dem Kapitalmarkt verzinsen oder zur Verschärfung der Ausbeutung einsetzen.

Die Lohnsteuer wurde im Einkommenssteuergesetz 1920 einheitlich mit 10% festgesetzt. Ein paar Monate später wurden Freibeträge für „Werbungskosten" usw. eingeräumt. Die Lohnsteuer stieg in der Weimarer Republik bedeutend schneller als die Steuer für die Reichen. Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung des tariflichen Wochenlohns eines gelernten und ungelernten Arbeiters jeweils vor und nach den Steueränderungen, die fast jedes Jahr erfolgten. Es zeigt dieselbe Wirkung, wie sie die SPD-FDP-Regierung mit der Steuerreform 1975 betrieben hat. Kurzfristig wird die Lohnsteuer durch einige Vergünstigungen gesenkt, um dann um so heftiger durch die Progression zu steigen.

		ledige Arbeiter					
		gelernte			ungelernte		
		Wochenlohn	Steuer		Wochenlohn	Steuer	
		Mark	Mark	%	Mark	Mark	%
im Jahre	1913	34,35	1,40	4,07	24,00	0,64	2,6
nach dem	1. 1.1924	28,45	1,60	5,6		23,18	1,10
vor dem	10. 8.1925	44,45	3,25	7,3	32,86	2,05	6,2
nach dem			2,50	5,6		1,35	4,1
vor dem	19.12.1925	45,98	2,65	5,7	34,05	1,45	4,2
nach dem			2,15	4,6		1,00	2,9
vor dem	22.12.1927	49,20	2,50	5,0	37,56	1,35	3,5
nach dem			2,15	4,3		1,15	3,0
vor dem	23. 7.1928	51,62	2,45	4,7	39,51	1,30	3,2
nach dem			2,00	3,8		1,10	2,7
vor dem	26. 7.1930	54,12	2,25	4,1	41,81	1,30	3,1
nach dem			3,00	5,5*		1,70	4,0

* Die Differenz zu den 10% Lohnsteuer ergibt sich auf Grund der Freibeträge
Quelle: W. Dettmer ...

Gegenüber dem reaktionären Preußen der Vorkriegszeit erreichte die Regierung der Sozialdemokratie in der Weimarer Republik eine bedeutend stärkere Ausplünderung der Arbeiter

Jahr	lohnsteuerpflichtig	unbesteuert	besteuert
1926	23373804	10391209	12492262
1928	23885917	9980269	13490465
1971	20531000*	3366000	17185000

und Angestellten. „Ein Vergleich der beiden Jahre (1913 – 1924) zeigt bei allen unterstellten Einkommensgrößen eine erhebliche Steigerung der prozentualen Belastung im Jahre 1924 gegenüber der für die Vorkriegszeit in Preußen errechneten Steuerbelastung.

Diese Erhöhung hat sich jedoch nicht gleichmäßig für alle Einkommensgrößen ausgewirkt. Für die niedrigeren der betrachteten Einkommen war sie viel stärker als für die höheren Verdienste. Außerdem ergibt sich bei der Betrachtung der einzelnen Einkommensgrößen die wesentliche Feststellung, daß die prozentuale Belastung für Lohnempfänger mit größerer Familie bei weitem mehr angestiegen ist als für die Ledigen und die Steuerbelasteten mit kleiner Familie." (W. Dettmer, a.a.O.)

Schärfung der Lohnsteuerkrallen

War die Trennung in Lohn- und Einkommenssteuer einmal vollzogen, ging die Bourgeoisie zielstrebig daran, ihre Steuerkrallen zu schärfen und das Ausplünderungsinstrument zu verfeinern. Gleichzeitig ließ sie durch die Regierung Steuererleichterungen für die Reichen beschließen. So wurde die Vermögenssteuer 1926 gegenüber 1925 gesenkt. Das Gesetz vom 31. März 1926 mit Wirkung vom 1. Januar 1925 lautete: „Ermäßigung des Steuertarifs in den Vermögensklassen bis zu 50 000 RM. Für 1926 werden nur drei Viertel der Vermögenssteuer von 1925 erhoben." Das Gesetz über die Vermögenszuwachssteuer vom 10. August 1925 besagte: „Diese Steuer wird bis 31. Dezember 1928 außer Hebung gesetzt." Am selben Tag wurde die Aufsichtsratssteuer aufgehoben. Die Bourgeoisie schöpfte aus dem Vollen. Dabei richtete sie ihr Hauptaugenmerk auf die direkten Steuern, was aber nicht hieß, daß die indirekten Steuern weniger wurden, im Gegenteil. Als indirekte Steuern wurden inzwischen erhoben: Kraftfahrzeugsteuer, Rennwett- und Lotteriesteuer, Tabaksteuer, Biersteuer, Branntweinsteuer, Süßstoffsteuer, Zuckersteuer, Weinsteuer, Schaumweinsteuer, Essigsäuresteuer, Salzsteuer, Zündwarensteuer, Leuchtmittelsteuer und Spielkartensteuer.

Der Übergang des Kapitalismus in das Stadium des Imperialismus und die zunehmende Verschärfung des Widerspruchs zwischen der Vergesellschaftung der Produktion und den Fesseln der kapitalistischen Produktionsverhältnisse bedingte das riesige Anwachsen der staatlichen Unterdrückungsmaschinerie und damit gleichzeitig den beständigen Stachel, die Steuerausplünderung der werktätigen Massen zu verschärfen. Wobei diese Verschärfung der Steuerausplünderung einen Riesenbeamtenapparat erfordert, der selber wieder Millionen Mark verschlingt, die über eine weitere Erhöhung der Steuern finanziert werden müssen.

Seit 1920 ist buchstäblich kein Jahr vergangen, in dem nicht eine neue Verordnung zur Lohnsteuer erlassen worden ist. Von 10% im Jahr 1920 ist der Steuersatz, der niedrigste, inzwischen auf 22% erhöht worden. Wurden von den Arbeitern 1926 noch fast 40% nicht besteuert, fielen also unter den Steuerfreibetrag, so müssen heute fast alle Arbeiter und die Masse der Angestellten Lohnsteuer zahlen. Gleichzeitig erhöhte sich die Zahl der Arbeiter, die zusätzlich zur Lohnsteuer noch zur Einkommenssteuer veranlagt werden.

Die durchschnittliche Steuerbelastung hat sich bei den Arbeitern von 1926 3,97% auf 1971 12,05% erhöht. Die aus der Tabelle ersichtliche Tatsache, daß immer mehr Arbeiter durch die Lohnsteuer ausgeplündert werden, ergibt sich keineswegs daraus, daß es den Arbeitern heute besser ginge als in der Weimarer Republik, vielmehr haben es die jeweiligen Regierungen der Bourgeoisie verstanden, durch kleine Änderungen und durch Ausnutzung der steigenden Inflation den Steuerfreibetrag von 3600 DM jährlich heute fast in die Bedeutungslosigkeit zu drücken. Der Steuerfreibetrag muß ungefähr beim durchschnittlichen Bruttolohn liegen, das wären heute 1500 DM, um die Arbeiter und Angestellten wirkungsvoll vom Druck der Lohnsteuer annähernd zu befreien. Die gegenwärtigen Manöver der Regierung mit der Diskussion um die Senkung der Lohnsteuer sind schon Reaktion auf die unvermeidlichen Kämpfe der Volksmassen gegen die Steuerausplünderung, für die Abschaffung der indirekten Steuern und die ausschließliche progressive Besteuerung. Die Bourgeoisie läßt sich den Gewaltapparat zum Schutze ihres Reichtums von den ausgebeuteten und Unterdrückten Klassen zahlen. Im Kampf gegen die Steuerausplünderung stellt sich unweigerlich die Frage nach der Berechtigung der bezahlten Gewalt: Wie der Feudalherr vor der Einkommenssteuer als Wetterleuchten der Revolution zusammenzuckte, zuckt die Bourgeoisie vor der ausschließlich progressiven Besteuerung von Vermögen, Einkommen und Erbschaft zusammen. – (Z-Red.)

Indirekte Steuern

Fast 10 % weniger Zigaretten wurden im ersten Halbjahr 1977 geraucht. Die Tabaksteuer ist zum 1. Januar 1977 um 18% erhöht worden. Der Preis liegt für die 21er-Packung inzwischen bei 3 Mark.

Der bürgerliche Staat wird trotz des gesunkenen Verbrauchs 1 Milliarde DM mehr an Einnahmen aus der Tabaksteuer einnehmen. Die Vorausschätzungen liegen bei 10,3 Milliarden Mark. Die Entwicklung des Zigarettenverbrauchs zeigt die bedeutenden Möglichkeiten der indirekten Steuern für die Kapitalistenklasse: Sie haben den Zweck, aus den Lohngeldern der Arbeiterklasse und der anderen Teile der Volksklassen den Staatsapparat der imperialistischen Bourgeoisie zu finanzieren. Sie dienen dazu, auch aus allen Geldeinkommen der Volksmassen, die nicht direkt mit der Lohnsteuer besteuert werden, wie Renten, BAFöG usw., Steuern zu ziehen. Indirekte Steuern haben das Ergebnis, den *Verbrauch* der Arbeiter an den Waren, auf die sie erhoben werden, zu senken, einzuschränken, darüber auf die Reproduktionskosten der Arbeitskraft Einfluß zu nehmen und zur Senkung des Lohns beizutragen.

Das System der indirekten Steuern ist weitverzweigt. Relativ offen zutage liegt die *Mehrwertsteuer*, sie wird oft noch im Preis gesondert ausgewiesen. Bekannt ist noch, daß Steuern gezahlt werden auf Benzin, Alkohol und Tabak.

18,7 Milliarden werden an Steuern auf Mineralöl, 3,7 Milliarden aus der Alkoholsteuer und 10,3 Milliarden aus der Tabaksteuer eingenommen. Aber wer weiß schon, daß der bürgerliche Staatsapparat ihn zahlen läßt die Kaffeesteuer (1,35 Milliarden Mark Einnahmen), die Zuckersteuer (136 Millionen), die Schaumweinsteuer (455 Millionen), 110 Millionen an Leuchtmittelsteuer (Glühbirnen und Leuchtstoffröhren also), die Beförderungssteuer (250 Millionen), die Teesteuer (47 Millionen), die Salzsteuer (43 Millionen), die Essigsäuresteuer (3 Millionen), die Zündwarensteuer (7 Millionen) und die Spielkartensteuer (6 Millionen).

Alle diese Steuern sind zu höchst unterschiedlichen Terminen eingeführt worden. Die Tabaksteuer existiert seit 1879, die Kaffeesteuer dagegen ist erst nach dem Zweiten Weltkrieg eingeführt worden, ebenso die Teesteuer. Die Mineralölsteuer entstand in den dreißiger Jahren, Zucker- und Salzsteuer haben eine lange Geschichte und entstammen der Feudalzeit.

Die Kapitalistenklasse hat auf diese Waren in *dem* Moment Steuern gelegt, als damit Geld aus den *Massen* zu ziehen war. Dies war aber nur der Fall, wenn diese Waren in entsprechendem Umfang von den Massen verbraucht wurden, sie also zu Reproduktionsmitteln der Arbeiter-
zu Reproduktionsmitteln der Arbeiter-
klasse wurden. Entsprechend ist die Festlegung der Steuer so, daß der Verbrauch durch die Massen das Geld bringt. Mineralöl zum Beispiel, das Hoechst zu Kunststoff verarbeitet, wird nicht besteuert. Würde das gleiche Öl zu Benzin verarbeitet, müßte Steuer gezahlt werden.

Die Bourgeois, die nebst Anhang auf den ersten Blick gleich betroffen sind, zahlen die Steuern aus den riesenhaften Profiten, die sie aus der Ausbeutung der Arbeiter haben. Der Arbeiter zahlt sie aus seinem Lohn. Während die Zahlung des Bourgeois dazu dient, einen Staat zu finanzieren, der seinen Interessen und dem Zweck, die Herrschaft seiner Klasse aufrechtzuerhalten und soviel Profit wie möglich zu machen, entspricht, soll der Arbeiter über Zahlung an diesen Staatsapparat seine eigene Unterdrückung und Knebelung zahlen, soll finanzieren, daß die Ausbeuter einen Riesenapparat von Armee, Polizei, Verwaltung, Gerichten, Gefängnissen, Schulen aufrechterhalten, die zur Verhinderung der Revolution dienen. Die Steuer ist entrechtend, und sie dient dazu, die Massen zu entwürdigen und zu beschämen.

Möglichst viel von dieser Zahlung will der bürgerliche Staat in der verhüllten Form der indirekten Steuer aus den Taschen der Massen stehlen. Sie ermöglicht zum Beispiel auch, die Steuer zu versteuern. Wer Zigaretten kauft, zahlt Mehrwertsteuer (11%, also 29,73 Pfennig) auf den Preis, den der Kapitalist verlangt (88 Pfennig) *und* die Tabaksteuer (1,82 DM).

Die indirekte Steuer verschafft der Kapitalistenklasse die Möglichkeit, unter dem Mantel von Gesundheitsförderung oder ähnlichem Gerede dazu beizutragen, den Wert der Ware Arbeitskraft zu senken. Die Tabaksteuer erhöht, und schon sinkt der Zigarettenverbrauch, und bei einigem Nachsetzen werden sie zumindest fertige Zigaretten aus den Reproduktionsmitteln der Arbeiterklasse in der gegenwärtigen Lage getilgt haben. Was dann die Möglichkeit zu weiterer Lohnsenkung bietet. Wenn die Kaffeepreise nicht eh schon einen sinkenden Kaffeeverbrauch durchgesetzt hätten bei den Arbeiterfamilien, man kann sicher sein über eine entsprechende Steuererhöhung, verbunden mit ganzseitigen Anzeigen über Herzinfarkt durch zuviel Kaffee, wäre das geregelt worden. Das gleiche ist bei der Mineralölsteuer geschehen. – (Z-Red.)

Südliches Afrika: Neokoloniale Absichten im Spiegel der Schulbücher

Die Theorie vom „Treffen der Weißen und der Schwarzen im Niemandsland“ / „Moderne Hilfe“

Die BRD-Imperialisten versuchen der kapitalistischen Krise durch die Expansion zu entkommen. Sie verstärken den Angriff auf den Befreiungskampf der Völker im südlichen Afrika. Mit verschärfter Hetze wollen sie die Arbeiterklasse und die Volksmassen in Westdeutschland gegen den bewaffneten Befreiungskampf der Völker aufbringen. Sie verfolgen und unterdrükken diejenigen, die den Befreiungskampf unterstützen.

An der Gesamtschule Eschborn zum Beispiel hat die Lehrerin Streppel in einer 8. Gymnasialklasse im Rahmen ihrer Unterrichtseinheit „Wirtschaftsprobleme in Entwicklungsländern“ den Kampf des Volkes von Zimbabwe gegen den Imperialismus behandelt. In einer Vorbesprechung stellte die Klasse fest, daß bisher Entwicklungsländer nur so dargestellt wurden, daß es dort keine technischen Geräte und Maschinen gibt, schlechte medizinische Versorgung, keine stabilen Regierungen, kaum Schulen, keine Gesetze, daß sich die Stämme gegenseitig umbringen und den ordnenden Eingriff der Imperialisten bräuchten. An einem Arbeitsblatt zur Geschichte Zimbabwes wurde dann festgestellt, daß in Wirklichkeit die Kultur des Landes bereits im Mittelalter hoch entwickelt war, daß der Lebensunterhalt gesichert und das Heer nicht nach Stämmen, sondern nach Altersgruppen gegliedert war. In keinem Lexikon ließen sich solche Angaben finden. Auf einem Elternabend wurde die Unterrichtsreihe vorbesprochen, und die Eltern kauften fünf „Zimbabwe Chimurenga“-Broschüren.

Daraufhin wurde vom Regierungspräsidenten die Entlassung der Lehrerin angekündigt, unter anderem mit den Begründungen, sie habe „Schüler im Unterricht im Sinne des KBW im Rahmen ihrer Unterrichtseinheit ‚Wirtschaftsprobleme in Entwicklungsländern‘ politisch beeinflußt ...“ und damit sowie „... durch Verkauf von Veröffentlichungen kommunistischer Druckwerke in einem Elternabend am 11.11.76 (‚Zimbabwe Chimurenga‘) ... ihre Ablehnung der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland und des Landes Hessen zum Ausdruck gebracht“.

Ein Elternabend der 8. Gymnasialklasse betonte ausdrücklich, daß jegliche politische Disziplinierung auf Grund dieser Unterrichtsreihe abgelehnt wird.

Proben chauvinistischer Indoktrinierung der Schüler durch den westdeutschen Imperialismus

„Als ab 1625 die Holländer von der Südspitze Afrikas aus ins Landesinnere vordrangen, trafen sie nur vereinzelt auf Buschmänner und Hottentotten, ansonsten war das Land fast menschenleer. Nachdem auch die Engländer am Kap sich niedergelassen hatten, kam es nach 1800 zu Streitigkeiten zwischen den Engländern und den holländischen Siedlern, den Buren. Im Großen Treck (1835–1848) zogen 8 000 Buren mit ihren Familien auf Ochsenkarren nach Norden und Osten, um neues Siedlungsland zu suchen. Sie gründeten die freien Burenstaaten Oranje-Freistaat und Transvaal, während die Engländer Britisch-Südafrika (Natal und Kapprovinz) schufen. Nach der Niederlage der Buren im Freiheitskampf gegen die Engländer (1899–1902) entstand 1910 aus diesen vier Teilen die Union von Südafrika, die 1961 als Republik von Südafrika ihre Selbständigkeit erreichte. Zur gleichen Zeit, als die Europäer nach Norden zogen, wanderten in mehreren Wellen verschiedene Negerstämme (Bantu) auf der Suche nach günstigen Weideplätzen nach Süden. Sowohl Weiße als auch Nichtweiße stießen in Niemandsland vor; jeder beanspruchte das Land von Anfang an für sich. Es kam zu blutigen Auseinandersetzungen – die Neger wurden unterworfen und z.T. in Reservate eingewiesen.“

Dies ist die zusammengefaßte Darstellung der blutigen Eroberungsfeldzüge der Kolonialisten und Imperialisten gegen die Völker in Südafrika, wie sie in einem der als „fortschrittlich“ betrachteten Erdkundebücher, „Welt und Umwelt“ für das 7. und 8. Schuljahr, propagiert wird. Die Holländer sind also wohl die Ureinwohner Südafrikas gewesen. Deshalb hätten sie dieselben Rechte wie jedes afrikanische Volk, das „Niemandsland“ für sich zu gewinnen, wobei sich blutige Auseinandersetzungen nicht vermeiden ließen. In den untersuchten Geschichtsbüchern steht gleich gar nichts von Auseinandersetzungen, dort „gewinnen“ die Europäer regelmäßig das Land.

Die Lügen der Schulbücher entlarven sich schnell. Aus Meyers Kleinem Konversations-Lexikon, 7. Auflage, erschienen etwa 1910, als sie ihre imperialistischen Träume noch offen herausließen:

„Seit 1659 hatten die Kolonialisten Kämpfe mit Hottentotten ... Infolge Aufhetzung der Hottentotten durch Missionare ... und Mangel an Schutz gegen die Kaffern ... wandeten 5 000 Treckburen aus und gründeten 1839 die Republik Natal, die 1842 geräumt wurde ... Auch der Versuch, die am oberen Oranje besetzten Kaffernländereien unabhängig zu bebauen, scheiterte (Niederlage 1848 bei Boom Plaats). Als Grenze gegen die Kaffern wurde nach dreijährigem Krieg 1853 der Fluß Kei festgesetzt ... Dagegen führte der Versuch, Transvaal einzuverleiben (1877), zum Krieg. Ein anfangs verlustreicher Krieg mit dem Zulukönig Catewayo (1879 Niedermetzelung von 1400 Mann bei Isandula) endete mit dessen Gefangennahme.“

Ein Kampf fand zwischen den burischen Siedlern und englischen Kolonialherren statt um die koloniale Staatsmacht. Die deutschen Imperialisten versuchten damals unter Ausnutzung dieser als „Freiheitskampf“ dargestellten Prügelei um die Beute, Südafrika durch direktes finanzielles und militärisches Eingreifen dem imperialistischen Konkurrenten England die Ausplünderung der Reichtümer an Gold und Diamanten zu entreißen und im Kampf um die Weltherrschaft den eigenen Machtbereich in Afrika zu vergrößern. Genützt hat es den deutschen Imperialisten nichts. Die englischen Imperialisten konnten ihre Konkurrenten schlagen und weiterhin die Reichtümer des südlichen Afrika fortan ausbeuten.

Um jedoch bei der Klärung der historischen Situation, daß sowohl „Weiße als auch Nichtweiße ins Niemandsland vorstießen und jeder von Anfang an das Land für sich beanspruchte“, die Interessen der deutschen Imperialisten klar herauszustellen, wird im Lehrerkommentar des Werkes „Welt und Umwelt“ folgendes „mögliche Tafelbild“ vorgeschlagen:

Vor allem nach Namibia ist der Stoß gerichtet. Warum, steht in „Grundzüge der Geschichte, Quellenband II“, Diesterweg-Verlag, 1975: „Sieht man von dem Kupfer und den Diamanten Deutsch-Südwestafrikas ab, so gab es unter den Produkten in den deutschen Kolonien keinen Artikel, der Deutschland auf dem Weltmarkt eine besondere Stärke gab oder in absehbarer Zeit zu geben versprach.“ Das Wehklagen über die verlorengegangenen Möglichkeiten für „eine besondere Stärke auf dem Weltmarkt“ ist vernehmlich.

Regelrecht aus dem Geschichtsbild getilgt werden sollen die Ausrottungsfeldzüge der deutschen Imperialisten gegen die Hereros, mit denen man im „Niemandsland“ Namibia „zusammentraf“. Zu Namibia im Lehrerkommentar in „Welt und Umwelt“: „Auf Südwestafrika ist im Schülertext nicht eingegangen worden, damit das Problem nicht zu vielschichtig wird.“ Sauber soll die historische Weste des deutschen Imperialismus in den Schulbüchern dargestellt werden.

Die Ziele werden abgesteckt, und die Möglichkeiten werden aufgezeigt. Dazu soll den Volksmassen eingetrichtert werden:

„Zu bedenken ist jedoch, daß die Vorkriegsgeneration – nicht nur in Deutschland – von der Vorstellung geleitet wurde, in ihrer Zeit habe die endgültige Verteilung der Welt in koloniale Besitzräume und politisch-wirtschaftliche Einflußgebiete begonnen ... ein, zwei Jahrzehnte später, um 1900, ist die ‚Aufteilung der Welt‘ vollzogen.“ (Aus der Einführung des erwähnten Quellenbandes II unter der Überschrift „Die Wendung zur Weltpolitik“ im Abschnitt über den Kolonialismus)

Richtig war es mit der Aufteilung, nur hat man versäumt, rechtzeitig dabei zu sein. Aber es gibt noch einmal neue Hoffnung! Etwas weiter hinten folgt im „Quellenband II“:

„Wir sind heute dabei, unsere Welt von Grund auf umzubauen. Was in Asien und Afrika, z.T. auch in Südamerika, vor sich geht, steht der Veränderung zu Beginn der Neuzeit in nichts nach. Die Welt wird sozusagen zum zweitenmal ‚entdeckt‘ – und, wenn man so will, neu verteilt.“ (Aus: Matthias Schmitt, Die befreite Welt, 1962)

Die Diesterweg-Schreiber haben tatsächlich das passende Zitat für das Schulbuch von 1975 entdeckt, wo die westdeutschen Imperialisten gezwungen sind, den imperialistischen Krieg vorzubereiten, die Handelsschlachten mit ihren Konkurrenten zu verschärfen und die Ausbeutung und Ausplünderung der Reichtümer der Völker, besonders im südlichen Afrika, wo dies ihnen bisher noch durch ein rassistisches Statthalterregime besonders einträglich gemacht wurde, zu verstärken.

Was aber hat sich geändert gegenüber 1900, wo Afrika unter den Imperialisten verteilt war? Folgendes Merkwürdige ist passiert, laut „Grundzüge der Geschichte“, Diesterweg, 1963:

„Die von den Weltkriegen erschöpften Staaten Europas haben in Asien und Afrika ihr Ansehen weithin eingebüßt; ihre militärischen, wirtschaftlichen und finanziellen Mittel reichen nicht mehr hin, ihre Stellung in der alten Weise zu behaupten. So erfährt die Landkarte Afrikas zur Zeit eine durchgreifende Veränderung dadurch, daß die meisten der ehemaligen Kolonien zu unabhängigen Staaten werden.“

Abgesehen von dem Jammer, mit der imperialistischen Supermacht USA nicht mehr mithalten zu können und auch gegen die aufsteigende sozialimperialistische Supermacht Sowjetunion immer mehr ins Hintertreffen zu geraten – soll im Schülerkopf die „durchgreifende Veränderung der Landkarte“ hängenbleiben, nicht der Befreiungskampf der Völker, mit dem sie das imperialistische Joch abgeschüttelt haben. Notwendig ist es für die Bourgeoisie, die revolutionären Erfahrungen der Schuljugend aus ihren eigenen Kämpfen zu verschütten und die Unterstützung des Befreiungskampfes der Völker durch die Jugend zu verhindern. Ist in den Schulbüchern sowieso nicht vom Befreiungskampf die Rede, so wird auch gesagt, warum es diesen gar nicht geben soll. Wie bei den germanischen Heldensagen, gekämpft wird gegen Götter und Ungeheuer: „... in der Regel hat sich die Vergangenheit Afrikas nur in Legenden niedergeschlagen, die über die heroischen Taten der Vorväter und ihr oft wechselnden Nachkommen berichten, aber keineswegs das gemeinsame geschichtliche Erbe der Bevölkerung einer bestimmten Region darstellen.“ (Quellen II, Zitat aus: Perham, Bilanz des Kolonialismus, 1963)

Den jahrhundertelangen Kampf der unterdrückten Völker Afrikas gibt es nicht, und unter den „heroischen Taten der Vorväter“ mag man sich vorstellen, was man will. Eine Geschichte dagegen haben die Imperialisten, und die muß bewahrt werden; laut Einführung zu dem Abschnitt „Probleme der Entwicklungshilfe“ aus Quellen II so:

„Das Ende des Kolonialzeitalters brachte zwar vielen Völkern des afrikanischen und asiatischen Kontinents politische Unabhängigkeit und staatliche Souveränität, aber die alten Kolonialmächte fühlten sich dennoch nicht aus der Verantwortung für die in technischer, wirtschaftlicher und organisatorischer Hinsicht rückständigen und unterentwickelten Gebiete entlassen.“

Dankbar sollten die armen Schwarzen eigentlich sein, und ein Recht hätten die Kolonialisten, über ihre Erbschaft zu wachen und den zusammengeraubten Besitzstand zu behalten und zu vermehren. So heißt es in „Welt und Umwelt“:

„Nach den Erfahrungen in anderen Staaten Afrikas befürchten die Weißen in Südafrika bei einer Gleichstellung mit den Bantus, insbesondere bei gleichem Wahlrecht, die Unterdrückung oder gar Austreibung aus dem von ihnen geformten hochindustrialisierten Staat.“

Berechtigte Befürchtungen der Imperialisten, und schlimmer, die Völker von Zimbabwe, Azania und Namibia werden nicht auf die Einräumung des Wahlrechts warten, sondern die Kolonialistenregimes durch den bewaffneten Kampf verjagen, die Macht ergreifen und mit der Ausbeutung Schluß machen. Bereiten die Imperialisten dagegen ihrerseits die bewaffnete Aggression vor und versuchen, ihre bevorstehende Niederlage durch verstärkte Aufrüstung der Kolonialistenregimes zu verhindern, so müssen sie den unvermeidlichen Widerstand gerade der Jugend in den imperialistischen Ländern gegen diese Pläne verhindern. Das wird ihnen nicht gelingen, auch nicht mit solchen Trugbildern von der „Partnerschaft“ unter der Überschrift „Schwarze, weiße und braune Afrikaner im Süden des Kontinents“ (Tellus-Arbeitsheft für Erdkunde, Tellus-Verlag, Essen, 1976) – (GUV Frankfurt)



Die Entwicklungsländer sind unsere Märkte von morgen

Wirtschaftliche Zusammenarbeit und menschliches Verständnis bahnen sich an.

Arbeitsaufgaben: Lege ein Sonderblatt an!

1. Sammle Bilder und Unterlagen über die deutsche Entwicklungshilfe!
2. Welchen afrikanischen Staaten gewährt die BRD Entwicklungshilfe?
3. Welchen politischen Weg der Afrikaner fördert die Entwicklungshilfe? Begründe!

Zuschrift eines Schülers

Ich bin in der 7. Klasse der Herderschule (Frankfurt). In Erdkunde nehmen wir gerade Südafrika durch. Die Lehrerin Griese hat uns gefragt, was es für Staaten da unten gibt. Da habe ich mich gemeldet und „Zimbabwe“ gesagt. Sie hat mich gefragt, was ich mir dabei denken würde. Ich hab' erklärt, daß Zimbabwe von der weißen Minderheitsregierung nach dem kolonialistischen Ausbeuter C. Rhodes Rhodesien genannt wird. Daraufhin sagte sie, daß das wohl nicht zum Thema gehören würde und verließ die Klasse und hat das dem Konrektor Lenz erzählt. Nachdem sie wiederkam, haben wir in der Klasse schon über den bewaffneten Befreiungskampf diskutiert. Die Griese hat mir eine Sechs angedroht! Darin kann man gut sehen: Paukt man nicht die bürgerliche Ideologie ein, so wird der Notenknüppel eingesetzt. Nach der Stunde wurde ich vom Lenz abgefangen, der mir erklärte, daß ich den Unterricht stören würde, und daß ich beim nächsten Mal auch nach Hause gehen könnte. Dadurch habe ich mich jedoch nicht einschüchtern lassen; einige Schüler habe ich dafür gewonnen, daß ich das nächste Mal ein Referat über Zimbabwe halte, worin der bewaffnete Befreiungskampf behandelt wird und die Rolle der Jugend darin. – (KJB Frankfurt/Main)

Schulbuchmonopole: „Verantwortungsvolle Eltern kaufen ihren Kindern wieder selber Schulbücher, um Lernerfolge zu sichern“

90 Verlage reaktionärer, chauvinistischer Schulbücher jagen in der BRD nach Profit. Der Markt ist groß und profitträchtig: „460 000 Lehrer unterrichten 12 Millionen Schüler“, so schwärmt ein eigens von den Verlegern eingerichtetes „Institut für Bildungsmedien e.V.“, dessen „wissenschaftliche“ Informationen den Schulbuchkapitalisten 1971 500 000 DM wert waren. 5 Kapitalisten beherrschen 80% des Marktes, sie haben ihre Preise von 1963–1975 um 113% erhöht (der durchschnittliche Preisanstieg bei Büchern beträgt 85,6%). Die Schulbücher sind teurer als die übrigen Bücher. Nackter Profit ist ihr Gesichtspunkt: nach eigenen Angaben erwarten sie dieses Jahr bei einem Umsatz von 500 Millionen DM runde 35 Millionen DM Profit.

Bei ihrer Jagd auf Höchstprofite kommt ihnen die Streichung von Lernmittelzuschüssen in den einzelnen Bundesländern gerade recht, jedes Jahr verkaufen sie damit ihre Auflagen. Jedes Jahr neu direkt aus den Taschen der Volksmassen – das ist ihr Schlachtruf!

„Ersatzteile für die LKWs der ZANU“

Anfang Juni hat die Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe (GUV) Frankfurt beschlossen, eine Kampagne „Ersatzteile für die LKWs der ZANU“ durchzuführen. Diese LKWs – gespendet vor einem Jahr – benötigen Ersatzteile. Die GUV Frankfurt hat sich zum Ziel gesetzt, dafür 38 000 DM zu sammeln.

Dazu wurde bisher eine Agitationsrallye durchgeführt, in deren Verlauf Kundgebungen in Frankfurt und Umland stattfanden. In einem kleinen Dorf bei Friedberg wurde die Rallye mit einem Sportfest zusammengefaßt, die Polizei konnte dies nicht verhindern.

Die Versteigerung einer Fahne von Zimbabwe auf einer Veranstaltung der GUV erbrachte 1 757 DM. In vielen Betrieben und Schulen haben die Genossen der GUV mit ihren Kollegen diskutiert, welche Ziele der Befreiungskampf in Zimbabwe hat und welche Pläne die Imperialisten verfolgen. Dabei wurden über 6 000 DM von den Kollegen gespendet. Damit ist die Kampagne aber noch nicht abgeschlossen: die Grundeinheit Bornheim plant einen Basar, die Grundeinheit Gallus eine Aktion vor den Adlerwerken. In Frankfurt wurden bisher 18 575 DM gesammelt.

Die Kampagne wird inzwischen auch in anderen Städten durchgeführt. Die GUV im Bezirk Westliches Westfalen hat zum Beispiel eine Rallye mit anschließendem Fest durchgeführt, wo ca. 750 DM gesammelt worden sind. Von der GUV Köln wurden bisher 1 610 DM gesammelt.

Insgesamt hat die Kampagne die Beschaffung von Ersatzteilen für 3 LKWs im Wert von 63 320 DM zum Ziel.

„Gewehre für die Jugend Zimbabwes“ Seite 11

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Seite 2
Sofortige Aufhebung des Haftbefehls gegen Helga Rosenbaum!
Seite 3
USA: Carters Reformen
SU: Imperialistische Fäulnis und soziales Elend
Seite 5
Pläne der Stahlmonopole und des Finanzkapitals
Seite 4
Frister – die Laufbahn eines Schulrats
Seite 9
Sinken der Geburtenrate und Verschlechterung der Bedingungen der Kindererziehung
Seite 11
Neutronenbombe: „Superwaffen“ für die Weltmachtsträume des Finanzkapitals
Seite 12
Englische Arbeiterklasse rüstet sich für große Lohnkämpfe
Seite 13
Gipfelkonferenz der lateinamerikanischen kaffeeproduzierenden Länder / Weltkaffeemarkt
Seite 14/15
Steuern: „Der Kampf wird entschieden werden zwischen der zahlenden und der bezahlten Gewalt“